

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Belastungs-
 Verzeichnisse für 1901 unter Nr. 7671.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsgepaltenen Monats-
 zettel oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerbliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 20. Februar 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Bauernnot und Getreidezölle.

Man schreibt uns aus Süddeutschland:
 Was uns doch das herrliche Reich für wunderliche
 Segnungen bringt. Da haben wir z. B. eine Masse Schulden,
 allerhand indirekte Steuern, das Militärämtertum, die
 referveoffizierliche Schneidigkeit unserer Beamten, dann die
 Weltpolitik, bei der keine Mutter mehr sicher ist, ob ihr Sohn
 nicht eines Tags in einem überseeischen Land für die heiligsten
 Güter und „die Größe“ Berliner „Staatsmänner“ verbluten
 muß, und nun soll uns auch noch das Brot verteuert werden zu
 Nut und Frommen der Herren Junker. Diese furchtbare
 Raste, die seit 1871 auch der Süddeutsche füttern muß, verdient
 es freilich voll und ganz, daß man ihr zuliebe den Kern des
 Volkes jeden Dissen Brot verteuert. Schon die hochseligen
 Ahnen der Herren Junker waren ausgezeichnete Leute. Stets
 monarchisch gesinnt, haben sie Gattinnen und Töchter als
 Maitresses an den Hof geliefert und nur wenn ihnen der ge-
 liebte Landesvater die Volksanspöndelung etwas wehren
 wollte, mußteten sie auf. Und das gegenwärtige Geschlecht
 hat Preußen mit einem so ausgezeichneten Vorden, wie den
 Volkzeitredakteur v. Meerfeldt, beglückt, und weiter hat es dem
 stammenden Publikum solche Musterjünglinge, wie jene, die
 unter dem Namen „Garnlose“ berühmt wurden, vorgestellt.
 Um eine derartige, geradezu unentbehrliche Raste zu erhalten,
 ist es allerdings angezeigt, eine Nation von mehr als fünfzig
 Millionen bis auf das Blut zu schröpfen. Auch
 ist es in diesem Falle erlaubt, den Kleinbauern
 anzulügen, daß er blau wird. O nein, nicht
 wegen der Junker, die in Anbetracht ihrer Bescheiden-
 heit eigentlich alle ein Reichen im Wappen führen sollten,
 wird der Brothverweurer inszeniert, sondern nur wegen der Klein-
 bauern. Wenn die Getreidezölle ordentlich in die Höhe ge-
 schraubt werden, so klagt das Vieh, dann beginnt auch für
 den Kleinbauern eine herrliche Zeit. Kein Mensch weiß zwar,
 wie das zugehen soll, da der Kleinbauer doch kein Getreide
 verkaufen und daher vom höheren Getreidepreis keinen
 Groschen profitieren kann; aber was thut es! Das Schlag-
 wort „Hohe Getreidezölle“ ist einmal in die ländlichen
 Massen geworfen und wirkt weiter wie ein Zauberspruch,
 das keiner der davon Hypnotisierten auf seinen
 Inhalt prüft. Mit Verlaub, in unseren Augen ist es eine
 zum Himmel schreiende Gewissenlosigkeit, dem Kleinbauern
 immer und immer wieder vorzumachen, daß durch hohe Ge-
 treidezölle seine, wie nicht geleugnet werden soll, mißliche
 Lage verbessert würde, denn solche Behauptungen
 ziehen seine Aufmerksamkeit von der
 eigentlichen Quelle des Übels ab und
 verhindern so den Bauern direkt daran,
 die Verbesserung seiner Situation an der
 richtigen Stelle zu betreiben.

Es ist genau so, wie wenn der Arzt einem Lungen-
 leidenden wider besseres Wissen sagen würde, daß er magen-
 krank sei. Wir wollen den Herrschaften hiermit verraten,
 wo es dem Bauern wirklich heißt.
 Erstens drücken ihn auf das schwerste die Militär-
 Lasten. Der junge Bauernburche ist meist der Gehilfe
 seines Vaters. Nur er zum Militär einrücken, dann bleibt
 dem Vater sehr häufig nichts übrig, als einen neuen Anecht
 einzustellen. Weiter muß der Vater, dank der großartigen
 Löhnung und Verpflegung, die in der deutschen
 Kaserne üblich sind, seinen Sohn auch noch unterstützen, so
 daß dem Bauern jedes Militärjahr seines Sproßlings
 auf mindestens 800 M. zu stehen kommt. Hierzu gesellen sich
 dann noch die Einquartierungen, mit denen die Dörfer durch-
 schnittlich in jedem vierten bis fünften Jahre heimgeschickt
 werden. Möge doch der Herr Kriegsminister im Reich ein-
 mal folgende Statistiken veranlassen. Erstens eine solche über
 die Zahl der im Jahre einlaufenden und genehmigten Re-
 klamationen (Gesuche um vorzeitige Ent-
 lassungen zur Reserve wegen mißlicher wirtschaftlicher Ver-
 hältnisse der Eltern), ausgetrennt nach Landwirtschaft und
 übrigen Berufsweigen; zweitens eine solche über
 die in den letzten fünfzehn Jahren stattgehabten
 Einquartierungen unter Angabe der Einwohnern-
 zahl der betreffenden Orte und der Stärke der in
 Betracht kommenden Truppen. Diese Statistiken würden
 darthun, wie sehr die heutigen Heeresverhältnisse den Bauern
 bedrücken. Aber von solchen Dingen wollen die Konservativen,
 die sich als feurige Freunde des Bauern ausspielen, nichts
 wissen. Die Armee liefert ihnen ja gut gedrückte Anechte und
 bietet außerdem den jungen Jünglingen und Schnitz-
 brigen Offiziersstellen. Auch das Centrum, dieser seine
 Compagniebruder der Firma Brothverweurer, ist hier nicht
 zu sprechen, dieweilen es selbst eilichen Militärvorlagen
 zum Leben verholfen hat und noch weitere bewilligt, sobald
 es gewünscht wird.

Ein weiterer Umstand, der ungünstig auf die Lage des
 Bauern wirkt, ist sein zähes Festhalten an ver-
 alteten Einrichtungen, seine Unlust, sich
 nach den neuen Verhältnissen zu richten.
 Den modernen Mitteln, die die Landwirtschaft gewinn-
 reicher machen, stehen nur zu viele Bauern zweifelhaft
 oder unwissend gegenüber. Wie rückständig es in
 manchen ländlichen Kreisen zugeht, wollen wir an
 einem Beispiel zeigen. In der Gegend um Dachau

(bei München) haben die Bauern eine alte ehr-
 würdige Rangordnung auch für die Tiere konstruiert: Zuerst
 kommt das Pferd, oder, wie der Bauer sagt, das Ros, und
 dann erst die Kuh. Was die Menschen anbelangt, so steht an
 erster Stelle der Bauer und an zweiter sein „Weib“ (Weib).
 Diese beiden Rangordnungen wirken nun in der Weise weiter,
 daß der Bauer sich nur um den Pferdestall kümmert, den
 Kuhstall aber verächtlich seiner Frau überläßt. Bei der
 vor mehreren Jahren eintretenden Futternot ereignete es sich
 sogar, daß die Bauern ihre „Röher“ die und fett fütterten,
 die nach ihrer Meinung tiefer stehenden Kühe aber nahezu
 verhungern ließen, trotzdem die Kuh das nützlichere Tier ist.
 Wie wenig ferner der Bauer sein Geschäft versteht, wurde vor
 wenigen Jahren anläßlich einer Münchener Mehrgewer-
 versammlung gezeigt. Damals erklärten die Mehrgewer-
 leute, wenn nur genügend gezüchtet würden. Aber die
 Schweinezüchtung liege hier, trotzdem sie sehr einträglich sei,
 völlig danieder. Man sieht daraus, daß der Bauer sich in
 seiner Produktion vielfach um die Nachfrage gar nicht kümmert.

Warum ist aber der Bauer Neuerungen und Belehrungen
 so schwer zugänglich, warum ist er so wenig beweglich? Sehr
 einfach, wegen der miserablen Schulbildung, die ihm zu teil
 wird. Und wer ist an dieser Schuld? Doch nur die Herren
 Junker und Centrümmer, die den Beschützer der Bauern so
 unentwegt mimen. Den Herren ist es eben bequem, wenn
 der Bauer möglichst wenig lernt. Je dümmer er ist, um so
 leichter halten sie ihn am Karrenseil.

Eine dritte Kalamität besteht für den Bauern darin, daß
 er bei der Uebernahme des Gutes im allgemeinen zu hohe
 Lasten mitübernehmen muß. Namentlich die Entschädigungen,
 die er an seine Geschwister bezahlen muß, greifen tief in seinen
 Säckel. Dieses Uebel wird durch die Erhöhung der Getreidezölle
 aber nur noch verschlimmert, denn infolge der durch den
 höheren Zoll verursachten Steigerung des Bodenpreises werden
 auch die Anteile der Geschwister am elterlichen Vermögen
 größer. Der kleinere Bauer hat dann eine mißliche Be-
 schwerung: Einerseits muß er mehr „herausbezahlen“, ander-
 seits aber bedeutet für ihn die Zollserhöhung keine Mehreinnahme,
 weil er überhaupt kein Getreide verkaufen kann.

Wenn es den junkerlichen und schwärzlichen „Freunden“
 des Bauern ernst ist mit ihrer Liebe, dann mögen sie die von
 uns besprochenen Mißstände ins Auge fassen. Freilich werden
 sie dies nicht thun, sondern den alten Schwindel von der
 alleinigmachenden Erhöhung der Getreidezölle aufrecht
 erhalten.

Ob die Brothverweurer ihres Sieges ganz froh werden, ist
 freilich eine andre Frage, denn aus dem Kampf um den Zoll
 wird die Socialdemokratie, mag sie auch in der Abstimmung
 unterliegen, moralisch doch als Siegerin hervorgehen. Besonders
 die Angehörigen der „christlichen“ Arbeitervereine
 werden erkennen, daß das brothverweurende Centrum keine
 Arbeiterpartei sein kann, daß jeder Arbeiter, der dieser Bauern-
 sänger-Gesellschaft folgt, sich ins eigne Fleisch schneidet.
 Und endlich wird dem Volk noch eine sehr gesunde Auffklärung
 werden. Ebenso wie es den Herrn Grafen Posadowsky und
 Excellenz Breßlau als Vertreter der Scharmacher
 sah, wird es den neuen Reichsstanzer als den Mann
 der Großgrundbesitzer bewundern können. Und wer dann
 noch nicht einseht, daß das deutsche Volk nur dazu da ist,
 den Großindustriellen und Krautjunkern die Taschen zu füllen,
 der — ist unheilbar.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 19. Februar.

Der Reichstag

trug heute agrarischen und manchesterlichen Bedenken gegen
 einen Beschluß des Bundesrats Rechnung, der in § 16 der
 Gewerbe-Ordnung den Kreis der konzessionspflichtigen Betriebe
 in der Ziegel- und Thonwarenindustrie erweiterte. Die zweite
 Beratung wurde ausgesetzt, um den Herren Camp von den
 Freikonservativen und Hoffmeister von der freisinnigen Ver-
 einigung Gelegenheit zu geben, über eine Fassung des Be-
 schlusses nachzusinnen, die den landwirtschaftlichen Ziegeleien
 und den kleinen Töpfermeistern, deren Betrieb nach Angabe
 der Regierungsvertreter die Nachbarschaft am meisten belästigt,
 nicht mehr weh thut.

Hierauf wurde die zweite Beratung des Post-Etats
 fortgesetzt. Seit 3 Jahren fordert der Reichstag vergebens die
 Besserstellung der Assistenten und Oberassistenten der Post-
 und Telegraphenverwaltung. Zwar ist es ihm seiner Zeit
 gelungen, ihr Höchstgehalt zu erhöhen, aber die Anfangsstufen
 der Gehaltskala sind so ungünstig geblieben, wie sie waren.
 Alle Parteien des Hauses sind sich darin einig, daß die zweite
 Gehaltsstufe 1800 und nicht 1700 M. betragen und daß die
 weiteren Stufen um je 100 M. bis zur vorletzten entsprechend
 erhöht werden müssen. Es handelt sich hier wirklich nicht um
 eine weltumstürzende Reform, aber welche Schwierigkeiten
 werden ihr von der Regierung, d. h. von Herrn v. Miquel
 in den Weg gestellt. Charakteristisch für die bescheidene Rolle,
 in die sich die Volksvertretung stellen läßt, sind die matten
 Versuche, die der Reichstag im Lauf der letzten Jahre unter-
 nommen hat, um seinen Willen durchzusetzen. Im Jahre 1899 wird
 eine Resolution gefaßt, die den Reichsstanzer auffordert, im
 Etat für 1900 die erforderliche Summe für diese Veränderung

in den Gehaltsstufen einzuführen. Fürst Hohenlohe war schwer-
 hörig und that es nicht. In seiner Langmut beschließt der
 Reichstag im März 1900 in einem Nachtragsetat das Ver-
 säumte nachzuholen. Nachtragsetats scheinen aber bei uns
 grundsätzlich nur für Kautschou oder die ostasiatische Expedition
 erlaubt zu sein. Der Bundesrat rührt sich nicht. Ja noch
 mehr, im vorliegenden Etat bleiben wieder die Wünsche des
 Reichstags auf Besserstellung der Assistenten unbeachtet. Nun
 sollte man meinen, mühte der Volksvertretung endlich die
 Geduld reizen, aber wer so denkt, kennt die Langmut der
 Mehrheit nicht.

Statt von dem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu
 machen und die erforderlichen Summen selbständig in den
 Etat einzustellen, begnügt sich die Budgetkommission trotz des
 lebhaften Widerspruchs der Linken damit, den Reichsstanzer
 nochmals höflich einzuladen, in einem Nachtrags-Etat den
 Forderungen des Hauses endlich Rechnung zu tragen. Er ist
 ja so liebenswürdig, der neue Herr, und der nationalliberale
 Abg. Möller hat die frohe Hoffnung, daß er sich erweichen
 lassen wird. Nur keine innere Kränkel, dies Lösungswort des
 Grafen Bülow bildet auch das Leitwort der Mehrheitsparteien.

Singer trat sehr energisch für die Rechte der Volks-
 vertretung ein und geißelte die verhängnisvolle Schläffigkeit
 der Majorität. Die Resolution wurde schließlich einstimmig
 angenommen.

Selbst Herr v. Kardorff beschränkte sich nur noch auf
 theoretischen Widerstand, indem er die Frage aufwarf, wo
 das Geld für diese Erhöhung der Gehälter der mittleren
 Beamten eigentlich herkommen solle. Es handelt sich um
 eine Vappalie, verglichen mit der Viertelmilliarde, die uns
 China kostet.

Gleichfalls angenommen, diesmal aber gegen die Stimmen
 der Rechten, wurde eine zweite Resolution, die die Abkürzung
 der biatrischen Dienstzeit fordert. Auch die Nationalliberalen
 stimmten für sie und ließen ihren Parteigenossen Paasche in
 Stich, der seine Referentenrolle dazu gemißbraucht hatte, in
 einem Schlusswort gegen den Antrag der Budgetkommission
 zu sprechen, deren Vertreter er war. Herr Paasche
 hat sich als Referent schon einigemal in derartigen
 Seitenstücken gefallen. Diesmal wurde ihm nichts geschenkt
 und in einer sehr lebhaften Geschäftsordnungsdebatte er-
 innerten ihm die Redner der Linken an seine Pflicht zur
 Objektivität.

Noch eine dritte Angelegenheit nahm einen beträchtlichen
 Teil der Debatte in Anspruch. Der famose Flotten-
 verein leidet unter der Verständnislosigkeit des Vese-
 publikums für seine entsehrlich langweilige Zeitschrift „Uebersall“:
 15 Mark im Jahre ist den Lesern für ein wöchentlich einmal
 geliefertes Schlafmittel zu viel. Aber wozu haben wir denn
 Beamte? Und so erging im Einverständnis mit dem Staats-
 sekretär ein Circular an verschiedene Postämter, in dem unter
 Vermittelung der Herren Vorgesetzten die Beamten ermuntert
 wurden, in die wässrige Litteratur des Vereins gefälligst Einsicht
 zu nehmen. Singer brachte den Fall zur Sprache und sand
 energische Worte des Tadelns für diesen Wink mit dem Zaun-
 pfahl an die Beamten. Herr v. Podbielski stellte sich tot.
 Nach seiner Ansicht hat er sich bei der ganzen Angelegenheit
 „draus“ gehalten, wie er wörtlich sagte. Dabei wagte er das
 Wort, daß der Flottenverein gar kein politischer Verein wäre.
 Dieser Versuch, den Raiven zu spielen, weckte allseitige
 Heiterkeit.

Morgen ist Scherminstag. Die Debatte über die Theater-
 censur geht weiter; außerdem steht der Antrag des Centrums
 auf Anwesenheitsgeelder und unbeschränkte freie Eisenbahnfahrt
 für die Abgeordneten zur Verhandlung.

Der zweite Bred-Brief im Abgeordnetenhause.

Das preussische Abgeordnetenhause hat in seiner Vorentscheidung vom
 Montag den Etat des Ministeriums des Innern genehmigt
 und die dazu vorliegenden Anträge betr. die Besserstellung der
 Gendarmen und Schutzeinheiten an die Budgetkommission verwiesen.
 Ein weiterer, von dem Abgeordneten Schmidt-Barburg (Centr.)
 eingebrachter Antrag bezweckte, an dem Fonds von 300 000 M. zu
 geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei einen
 Abstrich von 40 000 M. vorzunehmen und diese 40 000 M. zur Erhöhung
 des Dispositionsfonds zu Ausgaben im Interesse der Strafanstaltsver-
 waltung zu benutzen. Nachdem aber Herr v. Rheinbaben angesichts
 der Anwendungen gegen die „Anarchistengefahr“ eine Herabziehung
 des Geheimfonds als ganz unthunlich erklärt hatte, zog Herr Schmidt
 seinen Antrag schleunigst zurück. Der Minister wird nun wohl die
 „Anarchistengefahr“ mit den 300 000 M. endgültig beseitigen. Die
 übrige Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Frage der
 Beschäftigung von Strafgefangenen, über deren
 Konkurrenz gegenüber den freien Arbeitern wie alljährlich lebhaft
 Klage geführt wurde.

Am Dienstag erledigte das Haus in einer einzigen Sitzung
 den Etat der Bergverwaltung. Dabei kam es zu interessanten
 Meinungen über die Kohlenfrage, den Bred-Brief
 und die Verhältnisse der Bergarbeiter. In
 der Kohlenfrage herrschte allgemein die Ansicht, daß die jetzigen
 Preise zu hoch seien und daß der Preis mit einer Preisoberbegrenzung
 vorzugehen müsse; sonst würde sich besonders die Krise in der
 Eisenindustrie zuspitzen! Aus der Antwort des Ministers ergab sich
 nur, daß Herr Preßler die Absicht hat, mindestens bis zum 1. April
 eine Ueberreinsimmung der Kohlenpreise der staatlichen und der
 Privatgruben herbeizuführen. Daß aber die Preise herabgesetzt
 werden, konnte der Minister nicht versprechen.

Der Bred-Brief brachte auf vorherige Bestellung der
 Abg. Freiherr v. Jedlich (fl.) auf's Tapet, indem er zu seiner
 Freude konstatierte, daß es den Arbeitern heute noch besser gehe,

Deutsches Reich.

Die Politik des Zollkriegs.

Das Wollische Telegraphenbureau übermittelte einen Artikel der Petersburger „Handels- und Industrie-Zeitung“, in dem die russische Regierung Stellung nimmt zu der Aufstellung des Zolltarifs in Deutschland und den Forderungen des Reichsanzeigers an die Agrarier. Der äußerst bedenkliche Artikel bespricht in seiner Ironie die Abhängigkeit der deutschen Regierung von einer Interessentente und die unerlösten Zollserhöhmgs-Versprechungen des Grafen Bülow, um sodann die Absicht und die Befähigung Russlands zum ernstlichen Widerstand gegen die deutschen Pläne nachzuweisen. Die „Handels- und Industrie-Zeitung“ schreibt:

„Die russische Regierung braucht nicht zu versprechen, daß sie die Interessen des Volks im Jahre 1903 berücksichtigen wird. Man (d. h. die deutsche Regierung) kann den Industriellen und Händlern, die ihre Waren ins Ausland ausführen, eine Ermäßigung des Einfuhrzolls in einem bestimmten Staate versprechen und den Zoll für die Rohstoffzufuhr aus demselben Staate erhöhen. Es kann noch vieles versprochen werden, um dem eignen Staate Wohlstand zu sichern. Aber die russische Regierung läßt nicht einmal den Gedanken aufkommen, daß viele der erhobenen Forderungen darauf abgesehen seien, Rußland auszunutzen. Jeder unabhängige Staat hat das Recht, beliebige Bedingungen für seinen auswärtigen Handel aufzustellen und wenn z. B. Deutschland, welches seit langer Zeit in Beziehungen mit Rußland steht, zugeben kann, daß es bei dem enormen Anwachsen der Industrie und dem auf äußerste getriebenen Wettbewerb der Produkte vorteilhaft ist, dem Arbeiter viel teureres Getreide als von seinem Gegner konsumiert wird, zu bieten, und wenn der Reichsanzeiger kein andres Mittel zur Wahrung der produktiven Kräfte seines Landes kennt, als weitere Verteuerung des Getreides, so darf hieraus nicht geschlossen werden, daß der Reichsanzeiger, dem die gegenwärtige ökonomische Lage der Staaten zur Genüge bekannt ist, bei seiner Mitteilung die Absicht verfolgte, jemand glauben zu machen, daß Rußland auf einen solchen Vertrag, bei welchem seine landwirtschaftlichen Produkte noch höher verzollt werden, eingehen wird. Es ist allgemein bekannt, daß Rußland keine Agrarwaren, sondern landwirtschaftliche Produkte, vorzugsweise Getreide, welches die Industriestaaten nicht einbeziehen können, ausführt. Das Getreide bringt die ganze industrielle Welt in Aufregung und wenn dennoch ein Industriestaat sich findet, welcher im Interesse seines Wohlstandes den Import von Getreide aus Rußland zu erschweren beabsichtigt, so braucht Rußland Mangel an Käufern nicht zu befürchten. Der Weltmarkt für russisches Getreide ist noch immer groß genug. England, Belgien, Holland und die Schweiz konsumieren ein weit größeres Quantum russischen und ausländischen Getreides als Deutschland, und wenn letzteres einen Staat findet, der sich bereit erklärt, Deutschland mit Getreide unter den vom Reichsanzeiger den Agrariern versprochenen Bedingungen zu versorgen, so wird sich der Absatzmarkt Rußlands in den Staaten, die keinen Getreidezoll haben, dadurch noch mehr erweitern. Das Gebot von Angebot und Nachfrage schafft die politischen Kombinationen ganz unabhängig von diesen oder jenen Parteien, und Rußland, welches das Getreide, diesen notwendigen Bedarfsartikel aller europäischen Völker, zu bieten vermag, hat immer die freie Wahl der günstigsten internationalen Handelsbeziehungen. Man kann nicht außer Acht lassen, daß Handelsverträge bilateral (gegenseitig) sein müssen und wer zur gegebenen Zeit anknüpft, den fremden Import mit erhöhtem Zoll zu beladen, mußte wohl voraussehen, daß er gleiche Maßregeln von seinem Gegner zu erwarten habe. Wenn jetzt die Staatsmänner wachsen und vergleichend die Kräfte ihrer inneren Parteien verfolgen und mit Versprechungen künftiger Siege bei Handelsunterhandlungen mit fremden Staaten ihre Autorität im Innern befestigen wollen, werden sie dann, wenn die Frage praktisch auf internationalen Boden erscheint, ihre relative ökonomische Kraft nicht an den Parteien, sondern an den Staaten zu bemessen haben, um zu bestimmen, wer bei dem gegenwärtigen Organismus der internationalen ökonomischen Beziehungen mehr Not leiden und für wen die Aufhebung der Vertragsbeziehungen schädlicher erscheinen werde. Denn wird der gesamte wirkliche Bestand der inneren ökonomischen Interessen jedes Landes zur Erscheinung kommen und durch die jammliche Dringlichkeit dieser Interessen und nicht nach der Geschicklichkeitswage dieses oder jenes Ministers wird das wirkliche Gleichgewicht der Vertragsparteien bestimmt werden. Das kann das russische Volk in Ruhe abwarten. Unter der Regierung Kaiser Alexanders III. trat Rußland fast mit allen Staaten in Handelsbeziehungen und erleichterte den Ausländern den Handelsverkehr mit Rußland, was auch jetzt noch als ein wertvolles kulturelles Gut anerkannt ist, welches Rußland weiter mit allen Kräften schützen wird, freilich ohne von seiner Würde und den Interessen des Landes etwas preiszugeben. Die Beachtung dieser friedlichen und wechselseitig nützlichen Beziehungen ist nur bei beiderseitigem gutem Willen möglich, und wenn eine Partei dieses wechselseitige Interesse aus dem Auge verliert, und nur ihre eigenen Interessen verfolgt, und ihrem Gegner nur Nachteile entgegenbringt, so kann sie nur mit einem hilflosen und von ihr irgendwie abhängigen Staate einen Vertrag schließen, keineswegs aber mit Rußland, welches zwar selbst aus dem Handel Vorteil und Nutzen zieht, aber auch andern bei sich einen reichen und vorteilhaften Markt überläßt. Wenn aber der Warenabzug Rußlands durch jemanden beschränkt wird, so ist es ganz natürlich, daß auch Rußland zu gleichen Maßregeln greifen wird.“

Der Artikel des russischen Blatts giebt ferner den unzweideutigen Hinweis auf die volle Gleichberechtigung, die bisher deutsche Handel- und Gewerbetreibende in Rußland genossen haben. Im Schlusse des Artikels der „Handels- und Industrie-Zeitung“ heißt es: Im Falle der Nichterneuerung des Handelsvertrags würde auch der Vorteil entfallen, der den Ausländern gewährt wurde, und wenn dies für Rußland auch kaum bemerkbar wäre, so würden dennoch Angehörige anderer Staaten, zum Beispiel Dentsche, die von Alters her in Rußland in weitestem Maße verschiedene Handels- und Industriezweige betreiben, sehr fühlbare Nachteile erleiden, wenn man sie mit schwereren Steuern belegen würde, als sie die Unterthanen der meistbegünstigten Staaten zahlen. Der Artikel läßt keinen Zweifel, daß Rußland bereits heute mit dem Zollkrieg rechnet. Es lehnt jede Erhöhung der Kornzölle ab und verweigert den Abschluß eines neuen Handelsvertrags unter Bedingungen, wie sie nach der Erklärung des Grafen Bülow seitens Preußen und Deutschland gestellt werden sollte. Nicht ganz mit Unrecht steht die „Handels- und Industrie-Zeitung“ für den Fall des Abbruchs der Handelsbeziehungen die Situation Rußlands als günstiger an als die Deutschlands. Rußland sei in der Lage, sein Getreide in anderen Staaten abzusetzen und die Bedürfnisse seiner Industrie aus anderen Staaten zu befriedigen. Vorläufig — so spöttelt das russische Organ — könne man in Deutschland noch auf der „Gerechtigkeitswaage“ den Arbeitern teureres Brot zuwiegen, könne man mit Versprechungen, die den Agrariern gefallen, seine Autorität im Innern befestigen wollen, aber sobald die Frage praktisch wird, dann wird es sich fragen, wer bei der deutschen Zollpolitik mit größtem Schaden arbeite.

Es mag dem offiziellen Telegraphenbureau nicht leicht geworden sein, den störrischen Hohn der russischen Antwort auf die zollpolitischen Vorbereitungen der deutschen Regierung zu übermitteln. Doch man dürfte diese Antwort unmöglich unterschlagen, da sie eine ernsthafte Mahnung für alle diejenigen bedeutet, welche nicht um einer handvoll dreier Junter willen schwerste Schädigungen über den deutschen Gewerbesitz hereinbrechen lassen wollen.

Die großen und die kleinen Landwirtschaftler. Auf der Generalversammlung des Bundes der Landwirte hiesig Herr Lude, ein früherer Gutspächter oder Gutsbesitzer in Ostelbien, der jetzt in der Pfalz als Agent des Bundes der Landwirte lebt, mit der vollen Macht seines ausgiebigen Schemmmaterials die muthörte funkelgelbene Offenbarung in die Welt hinaus, daß „nur“ $\frac{1}{4}$ des deutschen Ackerbodens den Großgrundbesitzern gehöre, $\frac{3}{4}$ aber den kleinen und mittleren Besitzern. Ja, dieser „Pauer“ forderte noch mit wuchtiger Eindringlichkeit die Berichterstattung auf, diese Offenbarung ja nicht zu überhören.

Man greift sich an den Kopf und fragt sich, wie es möglich ist, daß solche Trips von Leuten, die auf ernste Beachtung Anspruch erheben, verübt werden. Welche Beachtung müssen die Bundesredner für ihre Anhänger haben, wenn sie Herab von ihnen annehmen, daß sie nicht fähig seien, die einfachsten Äußerungen ihrer Redner in ihrer Bedeutung aufzufassen.

Die grobe Täuschung liegt in dem „nur“ und in der pathetischen Aufforderung an die Berichterhalter, ja die Zahlen nicht zu unterschlagen. Dadurch sollte bei den biederen Circusgästen der Glaube erweckt werden, als ob Herr Lude mit seiner Angabe eine Thatsache festgestellt hätte, die bisher von den Gegnern bestritten und deshalb ihnen sehr unangenehm wäre.

In Wirklichkeit giebt es keine aufreizendere Zahl als die statistische Feststellung, daß der vierte Teil des deutschen Ackerbodens einer winzigen Zahl von Großgrundbesitzern gehört, die im wesentlichen ihren Besitz den unter dem Vorwand der Bauernbesetzung zumierten Banerengütern veräußern. Im sozialdemokratischen Flugblatt, das kürzlich verteilt wurde, spielte dieses Viertel eine Hauptrolle und da versucht der Bundesredner durch ein „nur“ und einen Appell an die Reporter seine Anhänger über die Bedeutung einer solchen Verteilung des Grund und Bodens zu täuschen.

Freilich unterließ es Herr Lude wohlweislich hinzuzufügen, daß dieses Viertel 25 000 Betriebsinhabern gehört, während die drei Viertel auf etwa 5 533 317 Betriebe entfallen. Oder mit anderen Worten, 0,45 Proz. der Betriebe haben ein Viertel des Bodens; 99,55 Proz. müssen sich mit den restlichen drei Vierteln begnügen.

Um den bäuerlichen Mitgliedern des Bundes das Verständnis für diese Zahlen zu erleichtern, wollen wir dies Verhältnis auf den Besitz der Bundesmitglieder übertragen.

Nach der Aufstellung des Bundes der Landwirte selbst sind von seinen Mitgliedern

Großgrundbesitzer	1 480 = $\frac{3}{4}$ Proz.
Mittlere Grundbesitzer	25 520 = 12 $\frac{3}{4}$ „
Kleingrundbesitzer	202 000 = 87 „

Wir wissen nicht, nach welchen Grundbesitzen der Bund die Dreiteilung vorgenommen hat. Wir wollen annehmen, daß wie es in der amtlichen Statistik üblich ist, die Besitzer von 100 Hektar aufwärts als Großgrundbesitzer gerechnet werden, während der Bund möglicherweise die untere Grenze höher hinausrückt. Als mittlere Besitzer sollen die Eigentümer von 20 bis 100 Hektar angesehen werden, was darunter liegt, als Kleinbauern.

Der Großgrundbesitz zählt in Deutschland	25 061 Betriebe,
mittlere Besitz	251 767 „
Kleinbauernstand	5 251 480 „

Während nun die Statistik des Bundes über die Vertretung der verschiedenen Besitzgruppen falsche Vorstellungen erweckt, weil nur die absoluten Mitgliederzahlen prozentual verglichen werden, nicht aber das Verhältnis der Mitglieder zur Zahl der Betriebe der betreffenden Besitzklassen überhaupt festgestellt wird, so wollen wir diese notwendige Umrechnung vornehmen.

Von den Großgrundbesitzern überhaupt gehören	5,9 Proz. dem Bunde an,
mittleren Besitzern	10,1 „
kleinen Besitzern	3,8 „

Diese Zahlen korrigierten bedeutend den Eindruck der offiziellen Bundesrechnung, sie ergeben, daß die kleinen Besitzer — und das sind überdies zweifellos die größeren unter den kleinen — verhältnismäßig in geringerer Zahl im Bunde vertreten sind als die Großgrundbesitzer.

Wie aber steht es nun um die Besitzverhältnisse der Bundesmitglieder, vorausgesetzt, daß dieses ungefähr die allgemeinen agrarischen Verhältnisse widerspiegelt?

Überhaupt hat der Großgrundbesitz	25,5 Proz. der Gesamt-Bodenfläche,
mittlere Besitz	30,4 „
Kleinbesitz	44,1 „
Auf einen Betrieb der Großenklasse über 100 Hektar kommen durchschnittlich	440 Hektar,
20—100	47 „
unter 20	3,6 „

Danach besitzen innerhalb des Bundes der Landwirte die

1 480 Großgrundbesitzer	651 200 Hektar.
25 520 mittleren Besitzer	1 340 440 „
202 000 kleinen Besitzer	727 200 „

Die 1 480 Großgrundbesitzer verfügen also „nur“ über fast genau so viel Eigentum wie die 202 000 kleinen Besitzer. Diese Zahl entspricht dem „nur ein Viertel“, von dem Herr Lude sprach. Wir wissen nicht, ob er großen Erfolg damit gehabt hätte, wenn er in dieser Weise seine Zahlen erläutert hätte: In den Händen des Großgrundbesitzes befindet sich nur ein Viertel des gesamten deutschen Ackerbodens, die andern drei Viertel gehören den Bauern. Das bedeutet auf die Mitglieder unseres Bundes berechnet: In den Händen unserer 1 480 Großgrundbesitzer befindet sich nur ebenso viel Boden wie in denen unserer 202 000 kleinen Besitzer. Ja erhalte die Berichterhalter, das gefälligst nicht überhören zu wollen. —

Das Centrum im Spiegel. In einer der letzten Nummern gaben wir bereits einige Stilproben aus einem „polemischen Erguß des katholischen „Bairischen Kurier“, der sich gegen die ultramontane „Augsburger Postzeitung“ richtete. Diese Bestände eines geistlichen Gemüths — der Redakteur des „Bairischen Kurier“ ist ein früherer bairischer Stadtpfarrer — können wir heute durch folgenden Passus vervollständigen:

„Ein Ultramontaner ist ein zur Heuchelei und Verdrehung neigender Reaktionsär, ein Pharisäer allerdinges Coris, der unter dem Vorgeben, der heiligen Sache zu dienen, unedlen Leidenschaften dient, Politik und Religion mit einander verquibt und viele Menschen vom Religionsbekenntnis abhält, die, wenn die Ultramontanen nicht ihr Unwesen trieben, der Religion vielen Nutzen bringen würden.“

Der dem journalistischen Handwerk obliegende Confrater muß ganz bössartige Erfahrungen mit seinen Centrumskollegen gemacht haben, um eine so schmeißelhafteste Definition des Begriffs „ultramontan“ geben zu können. —

Graf Podjowski ist Domherr von Brandenburg geworden. Die Mitglieder dieses Domkapitels, zu denen u. a. auch Herr v. Goltz gehört, beziehen so ansehnliche Pründen, daß der 12 000 Mark-Graf sogleich jetzt sein Gehalt als Staatssekretär entbehren kann. —

Verbungen für Traudvaal. Zu unserer gestrigen Notiz geht und folgende, die Nachricht über Verbungenverträge in Saarbrücken beachtigende Mitteilung an: Die in der Nr. 42 des „Vorwärts“ enthaltene Notiz über „Verbungen für Traudvaal“ ist infoweit

als zur Zeit, wo Herr Bued von dem Minister Briesfeld huldvollst empfangen wurde. Auf diese an den Haaren herangezogene Bemerkung erwiderte Herr Briesfeld in längerer Rede, die im wesentlichen darauf hinauslief, daß er sich jetzt nach $4\frac{1}{2}$ Jahren des Gesprächs mit Herrn Bued nicht mehr genau erinnern könne, daß aber Herr Bued ihn wahrscheinlich mißverstanden habe; er betraue gar nicht, wie man von ihm glauben könne, daß er die soatliche Fürsorge für das Gros der Arbeiter für abgesehen halte. Und nun erging sich der Minister in einem langen Lobes-Schwärm auf das, was er alles für die Verbesserung der Arbeiter-Verhältnisse plant. Fürwahr, wir haben Herrn Briesfeld bisher verkannt, wir haben nicht geahnt, daß er Tag und Nacht darüber sinnt, wie der Arbeiterzweig ausgebaut, wie die Gewerbe-Lustigkeit vermehrt werden kann, ja wie wissen nicht einmal, daß Herr Briesfeld derjenige Minister ist, der, wenn er lange genug im Amte bleibt, demalst die Wohnungsfrage lösen wird. Doch der Minister mag sich drehen und wenden wie er will, er vermag Herrn Bued und den Centralverband nicht loszuwerden, er muß eingestehen, daß er sich von dem Centralverband „Informationen“ holen muß, und er ist auch nicht in der Lage, die Äußerung Bued's über den Unterstaatssekretär Lohmann zu entkräften. Es war eine Verteidigungsrede, und nicht einmal eine gute Verteidigungsrede eines schuld-beladenen Mannes, der in seiner Verantwortung gar nicht merkt, daß er sich immer tiefer hineinredet. Für das Dreiklassen-Parlament allerdings ist die Rede gut genug, diese Gesellschaft ist mit Herrn Briesfeld höchlichst zufrieden. Die Minister nach ihrem Herzen brauchen ja nur stark zu scheinen, um mit Herrn von Ströher zu reden.

Und nicht nur wegen seines Hörigkeitsverhältnisses zu Bued, sondern auch wegen seiner zahlreichen Unterlassungsünden auf dem Gebiet des **Bergarbeiterschutzes** fand der Minister äußerst milde Richter. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß als Ankläger der Abg. Goldschmidt (fr. Wp.) auftrat, der als echter Hirsch-Dundecianer sich äußerlich bemühte, selbst bei dieser Gelegenheit in Harmonieduselei zu schwelgen. Herr Goldschmidt tabelte es, daß noch immer keine Assistenten aus dem Arbeiterstande zur Grubeninspektion hinzugezogen seien, er wies auf die zunehmende Zahl der Betriebsunfälle, auf die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte im Bergbau und auf die niedrigen Löhne hin, ja, er war sogar led genug, den Achtstundentag für Bergarbeiter zu fordern, allerdings unter der ausdrücklichen Vorbehaltung dagegen, daß er etwa gleich dem Socialdemokraten überhaupt für alle Arbeiter den Achtstundentag verlange. Wir müssen Herrn Goldschmidt das Zeugnis ausstellen, daß er wenigstens einen schwachen Versuch gemacht hat, die Arbeiterinteressen im Junterparlament wahrzunehmen, aber es blieb bei diesem Versuch. Anstatt energisch seine Ansichten zu verfechten, nöhte ihm eine kurze, völlig inhaltslose Erwiderung des Ministers einen solchen Schred ein, daß er sofort Abbitte that und der Überzeugung Ausdruck gab, daß Herr Briesfeld das Wohl der Arbeiter am Herzen liege; nur wünsche er ein schnelleres Tempo in der Socialreform, damit die Arbeiter sehen, daß ihre Wünsche auch in der bürgerlichen Gesellschaft erfüllt werden können. Diese Rede des Abg. Goldschmidt reißt sich der seines Freundes Hirsch über den Pferdebohrerstreif vom vorigen Jahre würdig an die Seite.

Am Mittwoch beginnt die Beratung des Handelsbills.

Die abermalige Isolierung Deutschlands.

Waldersees neue Expeditions-Projekte haben bereits den von uns vorausgesagten Einspruch gefunden. Und zwar ist es wieder Amerika, das an der Politik der offenen Thür und der vernünftigen handelspolitischen Erschließung Chinas das größte Interesse hat, das die Gefahren neuer kriegerischer Aktionen sofort erkannt und gegen die von neuem proklamirte Politik der gepanzerten Faust energischen Protest erhoben hat. Wie der „Ref. Jg.“ aus New York gemeldet wird, ist der amerikanische Senat in Beijing, Conger von seiner Regierung angewiesen worden, gegen die neuen Expeditionen Einspruch zu erheben, da von denselben, schlimme Folgen für den Frieden mit China befürchtet werden müßten. Der amerikanische General Chaffee hat dementsprechend den Befehl erhalten, sich der von Waldersee vorbereiteten großen Expedition nicht anzuschließen. Ferner beabsichtigt nach Washingtoner Befehlungen die amerikanische Regierung, in Berlin und nötigenfalls auch noch in anderen Hauptstädten Vorstellungen wegen Waldersees kriegerischer Pläne zu erheben.

Selbst wenn also die harmlose Deutung der großen Rüstungen Waldersees, dieselben hätten nur den Zweck, China einzuschüchtern und zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, mehr wären, als ein Versuch, der Offenlichkeit Sand in die Augen zu streuen, so wäre dieser schlaue Schachzug deutscher Chinapolitik bereits durch den Protest Americas vereitelt.

Dem Protest Americas wird der Rußlands wahrscheinlich auf dem Fuße folgen. Denn gerade Rußland muß alles verthäten, was es in seiner ruhigen Verdauung des verschlungenen Fegens chinesischer Beute stören könnte. Möglicherweise steht aber die außerordentliche diplomatische Mission des greifen Generals v. Werder in Petersburg mit der neuen Phase der deutschen Chinapolitik in engem Zusammenhang. Das Gemüth, daß diese auffallende Legation den Zweck habe, vorübergehende Unklarheiten zwischen Berlin und Petersburg zu beseitigen, hat allerdings ein schleuniges offizielles Dementi gefunden. Nun, es könnte ja sein, daß die Mission des 77-jährigen, dem verdiensten Ruhestand so plötzlich entzogenen Diplomaten, der in Petersburg lange Jahre persona grata war, nicht darin bestünde, aus der Vergangenheit resultierende Mißlichkeiten zu schlichten, sondern dem durch Waldersees Vorgehen zu befruchtenden Konflikt die Spitze abzubrechen. In Petersburg wird man sich in dem unerbittlichen Verfolgen der bisherigen zielbewußten Chinapolitik freilich kaum durch Sentiments abhalten lassen. Rußland wird sich wie bisher mit dem nötigen Nachdruck alle ihm unbequemen China-Abenteuer verbitten.

England, der vernünftige Anstifter zu allen Unbefolgenheiten der Abholpolitik, hat bis jetzt noch nicht offen Farbe bekant. Auf die Anfrage Harcourts in der Montagssitzung des Unterhauses gab der Regierungsvertreter, Unterstaatssekretär Cranborne, eine sehr ausweichende und gewundene Antwort. Er erklärte, so weit die Regierung Kenntnis habe, gebe es keine auswärtige Regierung, die eine Expedition ins Innere von China auszuführen wünsche. Wenn eine solche geplant wäre, so würden sicherlich die englischen Befehlshaber die Anweisungen ihrer Regierung einholen, ehe sie einem solchen Unternehmen zustimmen. Der wirkliche Sachverhalt sei, daß die Regierung keinerlei Informationen über diesen Punkt befige.

Die Regierung erklärte sich also weder für noch gegen das Waldersee-Projekt, sondern begnügte sich mit der Antwort, daß die englischen Befehlshaber sich in keine Unternehmung ohne Einwilligung der Regierung einlassen würden.

Deutschland hat sich also abermals in der schlimmsten Weise bloßgestellt. Beharrt Waldersee auf seinem Plan, so treibt Deutschland in den schwersten Konflikt mit andern Mächten hinein, weicht Waldersee aber zurück, so hat er damit zweifellos wieder einmal erheblich zur Erhöhung des Prestiges Deutschlands beigetragen. —

richtig zu stellen, daß diese Werbungen nicht für Transvaal bestimmt waren. Man wollte vielleicht Streikbrecher nach London anwerben. Bekanntlich befinden sich unsere deutschen Kollegen in London im Streik. In England findet man keine Streikbrecher; auch in Deutschland ist dies unmöglich. Nun erschien jener verächtliche Streikbrecher Stoffels in Saarbrücken unter dem Vorgeben, daß er junge Gasarbeiter nach Transvaal suche. Er ist jedoch entlarvt worden und mußte er eingekerkert, daß er Gasarbeiter nach London suche. Er ist infolgedessen wegen Betrugs und Verhinderung falscher Thatsachen verhaftet und in das Amtsgerichts-Gefängnis in Saarbrücken eingeliefert worden.

Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar. Nachdem der außerordentliche Landtag in zwei geheimen Sitzungen über die Fortschritte der Schuldigungsfeier schlüssig geworden war, fand diese Feier am Sonntag im großherzoglichen Schloß statt. Mit Ausnahme des Abg. Pöhlert, welcher die Erklärung abgab: „Er sei bereit, die Verfassung voll anzuerkennen und sie zu beschützen, aber den vorgeschriebenen Eid leiste er nicht und bleibe er deshalb diesem höflichen Cerimonell fern.“ — hatten sich alle Abgeordneten eingefunden. Im Anschluß an die Huldigungsfeier hat der Großherzog als ersten offiziellen Regierungsakt eine weitgehende Amnestie erlassen. Sogenannte politische Verbrecher — die bei Strafen bis zu 2 Monaten oder Geldstrafe bis zu 300 M. mit einbegriffen sind — sind aber zur Zeit im Großherzogtum nicht vorhanden.

Ausland.

Der Kampf um die Gleichheit.

Unter diesem Titel hatten wir kürzlich die Ursachen und den Verlauf des Calais-Striks geschildert. Der Streik ist zu Ende und noch liegen etwa 1200 Streikende auf dem Pflaster. Ohne Zweifel könnten die Unternehmer mehr einstellen, sie thun es nicht, um die zur Entbehmung Verurteilten zu zwingen, von dem Ministerium die Aufhebung des Gesetzes Millerand in ihrem Interesse zu verlangen. Dieser Tage fand nun in Calais eine Abstimmung der Arbeiter über die Wiedereinführung des Schichtwechselsystems statt, die durch das Gesetz verboten ist. Vier der Spigenweber hatten große Malate angehängt, in denen zur Beteiligung an der Abstimmung aufgefordert wurde. Dieses Manöver ging von den Fabrikanten aus, das Resultat war aber ein höchst klägliches, von der großen Masse der Spigenweber beteiligten sich nur 174 und stimmten für Wiedereinführung der Schichtschichten. Die Abstimmenden waren durchweg solche, welche in Arbeit stehen, meist Mitglieder der Streikbrecher-Organisation; viele wurden von ihren Fabrikanten an die Lüne geführt.

Beide Arbeiterorganisationen von Calais und auch der dortige Unternehmerverband hatten dieser Tage Delegationen nach Paris entsandt. Der Unternehmerverband und die „Emanzipation“ (Arbeiter) wurden beim Minister Millerand um Aufhebung des Gesetzes vorstellig. In diesen gesellten sich merkwürdigerweise noch die Spigenweber von Lyon, St. Quentin und Cambry, deren Delegierte ebenfalls für die Wiedereinführung der alten Arbeitsmethode eintreten. Der Handelsminister lehnte dies Ansuchen rundweg ab. Er verwies auf das Urteil des Kassationshofes, wonach die Fabriken in Calais unter das Gesetz fallen, und betonte, daß er jedem Versuch, von dem Gesetz abzuweichen, entschieden entgegenzutreten werde. Auch der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau hat die Delegationen empfangen und versprochen, die Beschwerden zu prüfen. Die Abgeordneten der „Union der Calais-Spigenweber“, der Organisation, welche den Streik durchgeföhrt hat, traten selbstverständlich für Aufrechterhaltung des Gesetzes Millerand ein.

Die sozialistische Kammerfraktion hat ebenfalls die Delegationen der Arbeiter empfangen und sodann einstimmig — mit Einschluß der Guesdisten — nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Die sozialistische Gruppe beschließt nach Anhörung der Delegierten von Lyon und Calais, daß die Achtung vor dem Gesetz vom 31. März 1900, welches das Relais-System (Wechselschichten) verbietet, vollständig unangefastet bleiben muß, und warnt die Arbeiterklasse vor den Wagenschaften der Unternehmer, welche den Zweck haben, die alten Arbeitsmethoden wieder einzuföhren.“

Diese Resolution soll dem Handelsminister unterbreitet werden. Das letztere ist mittlerweile durch eine Delegation bereits geschehen und Millerand hat versichert, daß von der Wiedereinführung des Relais-Systems nicht die Rede sein könne. Dagegen ist von anderer Seite angekündigt worden, daß einige Deputierten in der Kammer Modifikationen des Gesetzes beantragen würden, so daß sich das Parlament demnächst mit der Frage zu beschäftigen haben wird.

Merkwürdig bleibt die Stellungnahme der einzelnen Arbeitergruppen. Sie behaupten, daß für die äußerst feine Arbeit, die sie zu leisten haben, die zehnständige ununterbrochene Arbeitszeit viel zu lang sei. Das ist sicherlich richtig, der einzig vernünftige Ausweg ist aber dann die Erstrebung weiterer Verkürzungen, nicht aber die Rückkehr zu einem System, durch das der Arbeiter zu Aus und frommen des Unternehmens fast den ganzen Tag an die Fabrik gekettet wird. Demnächst läuft es in der Praxis hinaus, wenn es dem Fabrikanten erlaubt ist, jeden Arbeiter pro Tag zweimal 5 Stunden mit einer Zwischenpause von einigen vier oder fünf Stunden beschäftigen zu dürfen. Der Druck der Unternehmer und auch andre ministerfeindliche Einflüsse scheinen übrigens mitbestimmend auf die unklaren Entschlüsse jener Arbeiter gewirkt zu haben.

Dänemark.

Zu den bevorstehenden Folkethingwahlen war unter andern auch der Vorsitzende des „Dänischen Eisenbahner-Verbands“, der Padmeister Pedersen von der sozialdemokratischen Partei aufgestellt worden. Padmeister Pedersen erhielt nun vom Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Zustellung, wonach seine Kandidatur als nicht vereinbar mit den Pflichten eines Staatsbahn-Angestellten erklärt wurde. Daraus fand in Kopenhagen eine Protestversammlung statt, auf der 15 000 Staatsangestellte vertreten waren. Hier wurde eine scharfe Resolution gegen das Vorgehen des Ministeriums gefaßt. Bereits am andern Tage, ehe noch die sozialdemokratischen Abgeordneten die Sache zur Sprache bringen konnten, gab der Verkehrsminister Jul-Nyensen vor dem Folkething die Erklärung ab, daß es nicht in seiner Absicht gelegen hätte, Pedersen die Kandidatur zu verbieten, sondern nur in dem Falle, daß Pedersen wirklich gewählt werde und dann an den Verhandlungen des Reichstags teilnehmen müsse, er der Frage näher treten müsse, ob dessen außerordentlich schätzenswerte Arbeitskraft dem Betriebe der Staatsbahn noch fernerhin erhalten bleiben könne.

Norwegen.

Der norske Arbeidersamfund, die Centralisation norwegischer Arbeitervereine, die bisher der radikal-liberalen Partei Porselge leistete, hat sich auf ihrem kürzlich stattgefundenen Kongress von dieser Partei losgesagt. Es wurde eine scharfe Kritik an der bisherigen Leitung der Partei geübt, die nach und nach alle arbeiterfreundlichen Programmpunkte veräußert und sich immer mehr der „Rechten“ nähert. Man beschloß eine eigene politische Partei zu bilden. Reihe der lokalen Organisa-

tionen darf in Zukunft mehr einer andern Partei angehören. Die meisten Redner sprachen sich dahin aus, daß, falls man Ansehlich an eine Partei suchen wolle, könne das nur die sozialdemokratische sein. Nach der Stimmung des Kongresses zu urteilen, ist die Zeit nicht mehr fern, wo sich dieser große Verband mit der Sozialdemokratie verschmelzt.

England.

Protest eines Londoner Gemeinderats gegen den Transvaalkrieg. Der Gemeinderat des Londoner Stadtviertels Battersea hat gestern der Regierung folgenden Beschluß zugefandt: Der Gemeinderat wünscht, daß die Regierung zur Ehre Englands und zum Wohl der Menschheit den Kriege in Südafrika ein Ende mache und Maßregeln treffe, um beiden Boerenrepubliken ihre Unabhängigkeit zu lassen und den Führern derselben annehmbare Bedingungen zu machen.

Wie in Deutschland retten auch in England die Arbeiter die moralische Ehre der Nation! —

Italien.

Zu Unterstaatssekretären wurden ernannt: De Ractino für das Aeußere, Rondelli für das Innere, Tolamo für die Justiz, Mozzioni für die Finanzen, De Robili für den Schatz, Corlele für den Unterricht, Riccolini für die öffentlichen Arbeiten, Alfred Vaccelli für den Ackerbau, Pulci für Post und Telegraphen. Die Unterstaatssekretäre (Krieg) und Serra (Marine) sind vom König von neuem bestätigt worden.

Spanien.

Wiederaufhebung der Präventivcensur. General Beyler teilte den Leitern der Madrider Blätter mit, die Präventivcensur sei, da die Ruhe andauernd, aufgehoben unter der Bedingung, daß die Blätter eine Besprechung der letzten Ereignisse in Madrid unterlassen und bei Besprechung der Vorfälle in der Provinz Zurückhaltung beobachten.

Barrikadenkämpfe. Aus Granada wird berichtet, daß daselbst das aufgetragene Boll-Barrikaden errichtet habe. Die Truppen feuerten und töteten einen Arbeiter einer französischen Elektrizitätsgesellschaft. Die Zolnhäuser wurden in Brand gesteckt.

Rußland.

Zum russisch-amerikanischen Zollkonflikt. Die offiziöse Petersburger „Handels- und Industrie-Zeitung“ schreibt: „Die internationalen Beziehungen Rußlands zu den Vereinigten Staaten von Amerika haben sich seit jeher verhältnismäßig gestaltet, daß sie in den letzten Jahren eine immer größere Stütze in dem stets sich entwickelnden, wechselseitig vorteilhaften Warenverkehr fanden. Wenn in diesen freundschaftlichen Beziehungen in den letzten Tagen eine Dissonanz bemerkt wurde, so kam man dies als eine Uebergangsercheinung betrachten. Der Widerwille, mit dem man beiderseits zu den zu ergreifenden Maßregeln schritt, zu denen Rußland völlig nothgedrungen überging, und endlich die dauernden freundschaftlichen Bande zwischen beiden Staaten lassen die baldige Lösung dieses zufällig entstandenen Mißverständnisses erwarten.“

Nicht so friedfertig soll sich nach den „Times“ der amerikanische Schatzsekretär Gage zu dem Konflikt geäußert haben. Derselbe habe erklärt, daß er die jetzige Wirtschaftspolitik gegen Rußland in nichts ändern werde. Er tröstet sich vielmehr damit, daß, da Rußland den Import amerikanischer Maschinen nicht beschleunigen könne, die amerikanische Stahlindustrie keineswegs in der beschriebenen Weise durch die russischen Repressivzölle geschädigt werde.

Bulgarien.

Unruhen. Aus Sofia wird gemeldet: Die Situation ist hier äußerst kritisch. Das macedonische Komitee entwickelt eine sehr tege Agitation, um die Bevölkerung gegen die Regierung zum offenen Aufruhr aufzubringen. In den Provinzen fanden bereits blutige Zusammenstöße zwischen den Bauern und der bewaffneten Macht statt.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Stichwahl in Selisch griffen die Banern die Gendarmerie an und gaben Flintenschüssen auf dieselbe ab, durch welche ein Gendarm verwundet wurde. Die Gendarmen erwiderten das Feuer; drei Bauern wurden getötet, fünf verwundet.

Parlamentarisches.

Die Budget-Kommission

beschäftigte sich in ihrer Dienstadt-Sitzung mit dem außerordentlichen Etat der Heeresverwaltung. Zunächst wird mit Zustimmung des Kriegsministers die Summe von 1 000 000, die als fünfte Rate für die Beschaffung von Feldbahn-Material verlangt war, auf 500 000 Mark herabgesetzt. Ebenfalls mit Zustimmung des Kriegsministers wird die Summe von 2 943 800 M., die für Bekleidung und Ausrüstungswesen ausgesetzt ist, um 1 000 000 vermindert. Für Festungsanlagen und Einweihungsarbeiten werden als 9. Rate 15 000 000 M. gefordert. Der Kriegsminister setzt auseinander, daß die gesamten vorhandenen Festungen nach und nach einem gründlichen Umbau unterzogen werden müßten. Es handele sich um die Errichtung großer Lager an Stelle der jetzigen Befestigungen. Die Städte drängen nach Entwicklung und die encoints müsse fallen auch aus militärischen Gründen. Die jetzigen, sehr weit tragenden Geschütze erfordern ein Herankommen der Befestigungen vor den Städten. An Stelle der geschlossenen encoints tritt die Verteidigung durch Forts, die in weitem Umkreis um die zu schützenden Städte aufgeführt werden, da die modernen Geschütze 10—11 Kilometer weit tragen. In der an diese Ausführungen sich anschließenden Debatte tritt man dafür ein, daß diese stets wiederkehrende Forderung im außerordentlichen Etat Aufnahme finde. Auch sei es notwendig, über die Verwendung der Summe jährlich stets Mitteilung zu machen. Bis jetzt sind in den vorausgegangenen Raten 59 000 000 M. bewilligt worden, mit der neugeforderten Summe würden es 74 000 000 sein. Abg. Gräber (C.) beantragt, statt 15 nur 12 000 000 zu bewilligen. Die Abstimmung wird ausgesetzt bis zur Erledigung des einmaligen ordentlichen Etats. Gleichfalls wird die Abstimmung ausgesetzt über den Antrag des Abg. Müller-Juda (Centr.), wonach künftig die Ausgaben für Festungsbauten in den ordentlichen Etat einzustellen sind.

Die Beratung wendet sich nun wieder den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats“ zu. Für weitere Beschaffung von Geräten für die „Luftschiffer-Abteilung“ werden als letzte Rate 436 000 M. verlangt. Die Kommission streicht hiervon 200 000 M. Gleichfalls gestrichen wird die Forderung für Neubau eines Magazin-Gebäudes in Bonn (100 000 M.).

Der Boeren-Krieg.

Die Jagd auf De Wet.

Der Korrespondent der „Daily Mail“, welcher die Uebergabe De Wets bereits als bevorstehend gemeldet hatte, hat seinem Blatte folgendes Telegramm zugesandt welches vom 17. Februar von der Kolonie Semice, die sich 20 Meilen westlich von Hoptown befindet, datiert ist: De Wet ist an der Ausführung seines Plans verhindert worden. Er befand sich auf dem Marsch nach Hoptown und ist von den Engländern gezwungen worden, eine andere Marschroute einzuschlagen. Während des Vormarsches beschloß er die Kolonne Plumer mit automatischen Geschützen, ohne jedoch den Engländern große Verluste beizubringen. De Wet hat zahlreiche Pferde in der Umgegend requiriert und läßt eine äußerst strenge Disziplin in seinem Kommando.

Es ist bezeichnend, daß diese Nachricht noch mit einer Art von Genugthuung meldet, daß der fliehende De Wet den Verfolgern durch Geschützfeuer keine großen Verluste zugefügt habe.

Lord Kitchener meldet aus Victoria vom 18. d. M.: Nach den letzten Meldungen marschirt De Wet noch nordwärts und soll jetzt westlich von Hoptown stehen. Er wird wahrscheinlich einen Rückzug in südwestlicher Richtung unternehmen, unsere Truppen sind hierauf vorbereitet.

Diese Nachricht klingt ebenfalls nicht allzu zuverlässlich.

Eine Proklamation De Wets.

„Daily Mail“ berichtet aus Kapstadt: De Wet gab die Erklärung ab, er werde während seines Verweilens in der Kapkolonie sämtliche willigen Bewohner der Kolonie in seine Reihen aufnehmen und die von ihm durchgezogenen Gebiete unter seine eigene Verwaltung stellen.

Diese Proklamation verrißt auch nicht gerade, daß De Wet die Schlinge um seinen Hals fängt.

Starke Boerenabteilungen

werden aus dem östlichen Kapgebiet signalisiert. Es heißt, daß Boeren Vosburg besetzt haben, da die Verbindung mit Vosburg abgeschnitten ist. In Strydenburg stehen 1000 Boeren, ebenso stehen zahlreiche Boeren in dem 21 Meilen von hier gelegenen Houtwater.

Aber auch für Kapstadt selbst scheint man wieder Befürchtungen zu hegen, da nach einer Meldung aus Kapstadt ein Teil der Militärtruppen nach Worcester geschickt wird, um sich dort den Vordringen der Boeren entgegenzustellen. Worcester liegt nur 100 Kilometer östlich von Kapstadt.

Der Streik der eingeborenen Dockarbeiter

in Kapstadt dauert noch immer fort. Erst 150 von ihnen haben die Arbeit wieder aufgenommen. Auch sind wieder drei neue Pestfälle vorgekommen. Zudem hat der oberste Sanitätsbeamte der Kapkolonie erklärt, man habe Grund zu der Befürchtung, daß die Kaffern eine Anzahl Pestfälle, die unter ihnen vorgekommen sind, verheimlichen.

Neuseeland verweigert Verstärkungen.

Aus Sydney wird gemeldet: Die Regierung von Neuseeland protestierte gegen weitere Truppenanwerbungen für Südafrika.

registriert 6 Tote, 32 an Krankheiten Verstorbene, darunter 1 Offizier, 30 Verwundete und 12 Vermißte.

Partei-Nachrichten.

Die Vertretung Hamburgs im Reichstage. In unserer Koliz über die Wahl des Genossen Stolten zur Hamburgischen Bürgerschaft waren bezüglich der Vertretung Hamburgs im Reichstage einige Irrtümer enthalten. Der Gegenkandidat Babels bei der Wahl im 1. hamburgischen Kreise am 15. April 1893 hieß nicht Richter sondern J. H. Nabe. Sodann war Babel gar nicht der erste Sozialdemokrat, der Hamburg im Reichstage vertrat. Schon am 24. Februar 1880 wurde bei einer Nachwahl im 2. hamburgischen Wahlkreise der Schuhmacher Georg Wilhelm Hartmann mit 13 155 Stimmen gegen 6135 fortschrittliche und 3681 national-liberale Stimmen gewählt. Ihm folgte bei den allgemeinen Wahlen 1881 der Genosse Diez, der den Streik noch heute vertritt. Diez wurde damals allerdings erst in der Stichwahl gewählt, wo er mit 12 315 Stimmen den Fortschrittler besiegte, der nur 11 340 Stimmen erhielt.

Der sozialdemokratische Verein von Ottensen zählt jetzt 1894 Mitglieder und hatte im verflohenen Jahre eine Einnahme von 8564 M. Von den Ausgaben entfallen 1000 M. an den Vertrauensmann zur Agitation, 500 M. an den Parteivorstand, 300 M. an das Arbeitersekretariat in Altona.

Gemeindewahlen. Unsere Parteigenossen in Detmold waren nach dem ersten Siege bei den Landtagswahlen auch energisch in den Kampf um die Gemeindevertretung der Stadt Detmold eingetreten, da sich in einer Nachwahl in der dritten Klasse hierzu die Gelegenheit bot. Der Landtags-Abgeordnete Genosse Bierig kandidierte. Er wurde allerdings nicht gewählt, doch vereinigte er eine ganz respektable Stimmenzahl auf sich, die für die Zukunft zu den besten Hoffnungen berechtigt. Er erhielt 217 Stimmen, während der Gewählte 291 und ein dritter Kandidat 130 Stimmen erhielt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Einsach scheidig.** Der Genosse Leber in Jena hatte bei dem großherzoglichen Ministerium in Weimar Beschwerde geföhrt über verschiedene Versammlungsverbote durch untere Polizeibehörden. Darauf erging folgender Befehl:

Weimar, 14. Januar 1901.

Der Herr Bezirksdirektor wolle dem Herrn Leber in Jena auf seine Beschwerde durch den Gemeindevorstand in Jena eröffnen lassen, daß der verfassungs- und gesetzmäßigen Stellung des Staatsministeriums nicht entgegen und nicht statthaft erscheint, daß dieselbe sich über die Gesetzmäßigkeit der von ihm nachgeordneten Behörden getroffenen amtlichen Verfügungen in einen Anstand und Meinungsäusserung einlasse.

Dies bedeutet mit andern Worten, daß die Einwohner des Großherzogtums Weimar keinerlei Beschwerderecht gegen die Maßnahmen der Polizeibehörden haben. Es bleibt ihnen nur übrig, sich an den Landtag zu wenden.

Das sächsische Regiment des Herrn v. Wurmb hat es übrigens noch nicht für nötig gehalten, gegen den von Prof. Abbe erhobenen schweren Vorwurf der gegenwärtigen Handhabung des Versammlungsrechts die Gerichte anzurufen.

— **Das Flugblatt zur Reichstagswahl**, das in Posen verbreitet wurde, ist wegen Verleumdung des Reichskanzlers mit Beschlag belegt worden. Die Verleumdung wird in einigen Stellen gefunden, die sich mit der Erhöhung der Getreidezölle beschäftigen. Sollte Herr v. Bülow auch nach dem Rufme zeigen, sich im politischen Kampfe unter den Schutz der Gerichte zu stellen?

Sociales.

Der zweite Jahresbericht des Arbeitersekretariats Frankfurt a. M. konstatirt mit Genugthuung, daß nicht nur die Frequenz überhaupt stark gestiegen ist, sondern daß es auch vielfach von Unternehmern in Anspruch genommen wurde und gleichfalls bei den Behörden im allgemeinen stets freundliches Entgegenkommen gefunden hat. Die Zahl der Besucher betrug im abgelassenen Jahre 20 756, unter denen sich 2872 Frauen befanden. Die Einnahmen beliefen sich auf 10 097 M., die Ausgaben auf 9023 M. Die Aufsichtskommission konstatirt ihre volle Zufriedenheit mit der Thätigkeit des Sekretariats.

Auch das Arbeitersekretariat in Waldenburg, dessen zweiter Bericht uns gleichfalls vorliegt, kam mit Befriedigung auf das abgelassene Geschäftsjahr zurückzublicken, obwohl es in dieser Hinsicht erklärlicherweise mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, als vielleicht irgend ein andres. Hof man doch, um seine Wirksamkeit zu paralysieren, selbst von Unternehmern nicht zu sagen. „Arbeitersekretariat“ gegründet, um den dortigen Arbeitern, meist Bergarbeitern, Gelegenheit zu geben, den Tadel bei seiner Großmutter zu verlagern. Das hat aber, wie der Bericht zeigt, dem Arbeitersekretariat bis jetzt nichts geschadet und wird ihm vermutlich auch in Zukunft nichts schaden.

Ein „**Märkischer Arbeitsnachweis-Verband**“ wurde auf einer Konferenz von Vertretern der allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweise der Provinz Brandenburg begründet. Als Hauptaufgabe stellt sich der Verband die Förderung der Begründung von allgemeinen öffentlichen Arbeitsnachweisen in der Provinz Brandenburg.

und den Austausch von Arbeitsangebot und Nachfrage unter den männlichen Arbeitern auf telephonischem Wege. Zum Sitz des Verbands wurde die Stadt Charlottenburg und zum Vorsitzenden des Verbands Herr Stadtrat Dr. J. Astrow in Charlottenburg gewählt.

Kinderausbeutung. In einer Waschbretfabrik in J. u. N. in Sachsen werden 11 Kinder im Alter von 8-14 Jahren beschäftigt und erhalten dafür einen Lohn von 2-2 1/2 Pf. pro Stunde. Die Kinder, die von 7-9 Uhr früh die Schule besuchen, arbeiten von 10-1/2 Uhr und dann noch nachmittags manchmal von 1-8 Uhr. Auch zu noch späterer Stunde sind die Kinder schon beschäftigt worden. Unser Chemischer Parteiblatt, dem wir diese Mitteilungen entnehmen, ruft mit Recht energisch die Fabrikinspektion zum Einschreiten gegen diesen Missbrauch auf.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Militäreffekten-Zattler werden sich bereits heute, den bestehenden Verträge entsprechend, an das Gewerbegericht wenden, um sich mit den Fabrikanten über den aufgestellten Lohnsatz auseinanderzusetzen. Wie die Vertrauensmänner in der gestrigen, stark besuchten Versammlung berichteten, haben verschiedene Fabrikanten auf einzelne Artikel allerdings eine Lohnsenkung zugestanden, aber den Tarif im Allgemeinen abgelehnt. Die Firma Loh & Söhne hat den Tarif zunächst in vollem Umfang anerkannt und auch bereits danach bezahlt, dann aber anscheinend von anderen Fabrikanten beeinflusst, eine erhebliche Reduzierung der vereinbarten Preise in Aussicht gestellt.

Sollte vor dem Gewerbegericht in den nächsten Tagen keine Einigung erzielt werden, so soll die Arbeitseinstellung erfolgen. Die Konjunktur ist eine außerordentlich günstige.

Die Herren-Maschinenbauer der kaufmännischen Geschäfte in Berlin haben eine allgemeine Lohnbewegung eingeleitet. Sie beschließen zunächst für die dreiklassigen Geschäfte, wo noch außerordentliche Lohnunterschiede für ziemlich gleiche Arbeiten herrschen, einen einheitlichen Tarif zu schaffen und Mindest-Stundlöhne festzulegen. Die alte Forderung: die Errichtung von Betriebsverwaltungen sei auch wieder zu stellen. Eine öffentliche Versammlung am Montagabend beschloß, die mehr oder weniger der Bewegung noch fernstehenden Hausindustriellen und Heimarbeiter durch persönliche Agitation, massenhafte Verteilung von Flugblättern und Einberufung neuer Versammlungen für diese Lohnbewegung zu gewinnen.

Die Arbeitszeit der Steinbildhauer muß nach einem mit den Unternehmern geschlossenen Vertrage am 1. März von 7 auf 7 1/2 Stunden verlängert und eine dementsprechende Lohnerhöhung vorgenommen werden. Zum Zweck der Kontrolle, daß die Vertragsbestimmungen auch allgemein beachtet werden, sollen in allen Geschäften gleich am ersten Sonnabend, an welchem die Lohnzulage fällig geworden ist, das Votumrecht abgehalten und möglichst umgehend der Kommission bezug. dem Vertrauensmann das Resultat berichtet werden. Die am Montag im Gewerkschaftshaus abgehaltene Steinbildhauer-Versammlung beschloß, daß den eventuell gemäßigten Kollegen außer der statutarischen Unterstützung seitens des Centralvereins noch ein besonderer Zuschuß von 4,50 M. wöchentlich gewährt werden soll. — Nach dem Bericht des Vertrauensmanns B. K. K. wurden im vergangenen Jahr 19 Sitzungen und 8 Versammlungen abgehalten. In dem Specialfonds befindet sich ein Bestand von 91,90 M. Die Neuwahl des Vertrauensmanns wurde vertagt, da der bisherige Inhaber die Wiederwahl ablehnte.

Achtung Bildhauer! In der Werkstätte Neumann und Dunar, Kaufinger-Platz 14/15, sind Differenzen ausgebrochen und haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Inzug ist fernzubehalten. Die Ortsverwaltung.

Achtung Arbeiter! Bei der Firma Seifert, Ansbacherstr. 19, haben sämtliche Arbeiter, 14 Mann, wegen Lohnunterschieden (Nichtbezahlung des Tarifs) die Arbeit niedergelegt. Folgende Bauten sind g e s p e r t: Bäckerstr. 42/43, Ede Gneisenaustraße; Monumentenstraße sämtliche drei Bauten; Herderstr. 12.

Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

An alle im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäftigten Arbeiter Deutschlands.

Kollegen! Auf Grund der Beschlüsse des 3. Kongresses in Leipzig berufen die Beauftragten zum Freitag, den 5. April 1901, nach R. u. N. in den Gasthof „Zur goldenen Rose“, Weberplatz 6, den 4. Kongress unseres Berufs mit folgender Tagesordnung ein: 1. Bericht der Geschäfts-Kommission, 2. Rechenschaftsbericht, 3. Rapport über internationale Kongresse in Paris und Wahlen von Delegierten für den Kongress im Jahre 1902 zu Stockholm, 4. Die Erhebungen der Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik im Transportgewerbe, 5. Der Reiz der Kadenschluß in der Theorie und Praxis, 6. Die Stellung der Behörden zu den Straßenbahn-Bewegungen.

Wir bitten nunmehr die Kollegen allerorts, zu diesem Kongress in ihren Versammlungen usw. Stellung zu nehmen und bemerken, daß die Delegierten öffentlich gewählt werden müssen.

Mandatsformulare sowie Sammellisten werden nicht verausgabt; wir bemerken aber ausdrücklich, daß die Mandate von den Büros der öffentlichen Versammlungen unterzeichnet sein müssen. Nach stattgehabter Wahl bitten wir, uns die Namen der Delegierten mitzuteilen. Mit kollegialem Gruß:

Joß. Hoffmann, Karl Altboldt, Engel-Str. 15, II, Berlin C., Auguststr. 38.

Zur Glasarbeiter-Bewegung. In der Fabrik zu Gerresheim hatte die Direktion verstanden, den gesonten Vorstand des örtlichen Filialverbandes sowie sämtliche Kollegen, die ein Amt in der Organisation bekleiden, an einem Glasofen zusammenzubringen. Man hatte man plötzlich Arbeitsmangel erblickt und will den Ofen, an dem die „Agitatoren und Heger“ arbeiten, ausgedehnt lassen, und so sind 39 Familienväter gemahregelt worden. Eine am Donnerstag, den 14., und am Sonntag, den 17. Februar abgehaltene, von weit über 1000 Personen besuchte Glasarbeiter-Versammlung nahm auf Anraten des Centralvorstands folgende Resolution an:

„Die Versammlung fordert die Glasarbeiter auf, nochmals mit Herrn Heger wegen der geschiedenen Maßregelungen in Verhandlung zu treten. Gleichzeitig wird Herr Bürgermeister Vender gebeten, im Verein mit dem Arbeiterausschuß diesen Verhandlungen beizuwohnen. Sollten wider Erwarten der Glasarbeiter die gedachten neuen Verhandlungen scheitern, so wird das Gewerbegericht zu Düsseldorf als Einigungsamt angerufen.“

Inzwischen hat nun Herr Heger kein wohlthätiges Herz angeschickt, er hat sämtliche Gemeindegewerkschaften ein Schriftstück des Inhalts zugehen lassen, daß sie Arbeit in der Fabrik des Herrn Lagerhausen in Stadtlagen erhalten könnten, wenn sie den von den Fabrikanten errichteten Arbeitsnachweis in Hamburg, jenes neu errichtete Maßregelungsbüreau anerkennen würden. Die Glasarbeiter werden dem Wunsch des Heger aber nicht nachkommen und die Fabriken leer stehen lassen, wenn sie Arbeit ohne jenes Bureau nicht finden sollten.

In Rindburg treten ebenfalls am Mittwoch, den 27. Febr., und einigen späteren Tagen insgesamt 560 Glasarbeiter in den Aufstand. Dazu kommen die schon 28 Wochen im Streik stehenden Glasarbeiter von Schwanelein, so daß nach den bis jetzt eingetretenen Ereignissen der Verband der Glasarbeiter vom 27. Februar ab circa 800 Personen zu unterstützen hat.

Streikbrecher heranzuziehen ist fast unmöglich, so daß, wenn die Ausgesperrten einige Wochen unterstützt werden können, der Sieg sicher ist.

Ueber Unzuverlässigkeit in der Berichterstattung haben sich Zeitungsredactoren vielfach zu beklagen. Bei der Aufmerksamkeit, die namentlich der Arbeiterpresse von Seiten der Staatsanwaltschaft zu teil wird, ist dies für die Redactoren natürlich sehr gefährlich. Dieser Tage stand der Redacteur Schulze vom „Bedruf der Eisenbahner“ wegen Verleumdung eines Regierungsbaumeisters des Eisenbahndirektionsbezirks Magdeburg vor dem Hamburger Schwöfengericht. Der Baumeister hatte eines Tages eine Lokomotive bestiegen und hatte sich dabei Hände und Hufe beschmutzt. Kergelich darüber, hatte er beim Absteigen ausgerufen: „So ein Schweinehund!“ Jemand ein unzuverlässiger Mann machte daraus: „Hören Sie dem Schweinehund (Heizer) einen hinter die Ohren!“ und hatte die so zurechtgemachte Äußerung dem „Bedruf“ mitgeteilt, das Vertrauen desselben in sämmtlicher Weise mißbraucht. Da durch Verneinung einer Reihe von Zeugen festgestellt ist, daß die Äußerung die zuerst wiedergegebene und nicht die letztere Form gehabt hat, wird Sch. zu einer Geldstrafe von 60 M. oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. — Die Sache ist in diesem Falle noch ziemlich glimpflich abgegangen, es ist nicht desto weniger eine außerscharfe zu verurteilende Nichtwürdigkeit, wenn ein Redacteur auf diese Weise hineingelegt wird von denjenigen, deren Rechte er vertritt.

Gegen die Gewerkschaften wech gegenwärtig in P. ein scharfer Wind. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiter- und des Holzarbeiter-Verbands sind von der Polizei aufgelöst worden, ihre genauen Mitgliederlisten eingezogen.

Im **Wurmrevier** ist unter den Erdarbeitern, welche bei dem Tagesbruch beschäftigt sind, ein Streik ausgebrochen. Ueber 300 Erdarbeiter sind in den Aufstand getreten, weil der Unternehmer eine Lohnreduzierung von 30 Pf. pro Tag vornahm. Es hatten sich so viele Arbeitslose aus Wachen gemeldet, daß der Unternehmer glaubte, die Lohnreduzierung vornehmen zu können; er hatte aber nicht mit dem Solidaritätsgefühl der Arbeiter gerechnet.

Einen schönen Erfolg errangen die modernen organisierten Gewerkschaften bei der Gewerbe-Wahl in dem Fabrikstädtchen Roth a. S. bei Rünberg, indem die von ihnen aufgestellte Liste der Arbeiterzeitung mit 218 gegen 84 Stimmen, die auf die Dirsch-Dundersche Liste fielen, durchging. Bei der Wahl der Arbeitgeber-Vertreter erhielt die gegnerische Liste 28-33, die der Gewerkschaften 25-28 Stimmen, so daß zwischen zwei Kandidaten das Loos entscheiden mußte, das auf unsterblichen Genossen J. Sand fiel.

Ausland.

Aus Wien wird mitgeteilt: Seit 4. Februar stehen 72 Eisenarbeiter der Firma R. Sambrun, Söhne in Göblersbruck bei Wilhelmsburg in Niederösterreich im Streik. Die unangenehmen Lohnreduzierungen sowie die brutale Behandlung seitens des Suhmeisters Aebri sind Ursache dieses Aufstands. Der eine Inhaber beabsichtigt, die Streikenden dadurch zur Rückgehrigkeit zu bewegen, daß er in Deutschland für seinen Betrieb Weicheisenarbeiter engagieren will. Durch den Kartellvertrag der österreichischen Weicheisenarbeiter-Vertreter erhalten die Hieser dieser Firma nirgends Arbeit. Es ergab sich daher an die deutschen Metallarbeiter das dringende Ersuchen, alle Weicheisenarbeiter darauf aufmerksam zu machen, daß die österreichischen Kollegen treues solidarisches Verhalten der deutschen Berufsangehörigen erwarten.

Die **Handels- und Bureau-Angestellten Kopenhagens** hielten in der vorigen Woche fünf öffentliche Versammlungen ab, um ihrer Organisation neue Mitglieder zuzuführen. Die Versammlungen waren äußerst gut besucht. Folgende Forderungen wurden als das mindeste bezeichnet, was man von den Prinzipalverlangungen müsse: einen Monatslohn von 100 Kr., Gleichstellung der männlichen und weiblichen Arbeitskraft. Die Arbeitszeit soll höchstens zehn Stunden betragen; für Comptoiristen 8 Stunden. Alle Sonntagsarbeit soll abgeschafft werden und Ueberzeitarbeit extra vergütet werden.

Sociale Rechtspflege.

Verpflichtung zur Unterbrechung einer Accordarbeit. Der Schuldner S. war von seinem Arbeitgeber Verh. aufgefördert worden, seinen Accord zu unterbrechen und eine andre Arbeit zu machen. S. lehnte dies ab, indem er davon ausging, daß er zur Unterbrechung des Accords nicht verpflichtet sei. Verh. entließ S. deshalb, worauf S. im Klageweg wegen vertragswidriger vorzeitiger Entlassung 10 Mark Lohnentschädigung beanspruchte. Die Kammer III des Gewerbegerichts kam aber zu einer dem Kläger ungunstigen Auffassung. Auf Anraten des Vorsitzenden nahm S. die Klage zurück. Gewerberichter Dr. Meier führte dann aus: Wenn der Arbeitgeber dem Arbeiter während des Accords einmal eine andre Arbeit übergebe, dann sei der Arbeiter zu ihrer alsbaldigen Ausführung verpflichtet, besonders wenn diese nur kurze Zeit erfordere, wie im vorliegenden Fall. Verweigerung der Arbeiter die Ausführung während des Accords, so habe man es mit einer unberechtigten Arbeitsverweigerung im Sinne des § 123 der Gewerbe-Ordnung zu thun, welche zur sofortigen Entlassung berechtige.

Gerihts-Zeitung.

Das Postgesetz und die Verbreitung socialdemokratischer Zeitungen an Sonn- und Feiertagen. Die Parteigenossen A. und B. verbreiteten Exemplare des Stettiner „Volksboten“ am Himmelfahrtstage in einem pommerischen Dorfe, indem sie mit den Wägen Zeitungen von Haus zu Haus gingen und die Wäcker in den Wohnungen abgaben. Das Landgericht als Berufungsinstanz verurteilte sie deshalb wegen Vergehens gegen die pommerische Verordnungs-Ordnung vom 8. Dez. 1899. Diese zum Schutze der äußeren Heiligsaltung der Sonn- und Feiertage erlassene Verordnung bestimmt, wie gleiche Verordnungen in allen andern preussischen Provinzen, daß an Sonn- und Feiertagen öffentlich bemerkbare Arbeiten nicht verrichtet werden dürfen. Die Angeklagten legten Revision ein und hoben hervor, daß von einer Störung der Feiertagsheiligung im vorliegenden Falle nicht die Rede sein könne. In der öffentlichen Verhandlung vor dem Kammergericht machte Rechtsanwalt Wolffgang keine noch folgendes geltend: Wenn jemand innerhalb eines Hauses ein Flugblatt erhalte und sich wirklich darüber ärgere, dann wäre das noch nicht eine Störung der äußeren Heiligsaltung der Sonn- und Feiertage, welche allein durch die Verordnung geschützt werden solle. Ferner sei zu bestreiten, daß es sich bei dem Herumtragen der Zeitungen auf den Straßen um eine Arbeit handele. Aber selbst wenn es eine Arbeit wäre, dann sei sie noch lange nicht geeignet gewesen, die äußere Heiligsaltung der Feiertags zu beeinträchtigen. In der gegenseitigen Annahme komme der Vorderichter nur durch die merkwürdige Auffassung, daß die Angeklagten, als sie über die Straße gingen, von Leuten beobachtet wurden, welche wüßten, daß sie socialdemokratische Tractschen verteilen wollten. Das könnte insofern für die Annahme einer Störung der äußeren Sonntagsfeier gar nicht in Betracht kommen. — Der Strafsenat des Kammergerichts hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache mit folgender wichtigen Begründung an das Landgericht zurück: Allerdings habe das Landgericht ohne Rechtsirrtum festgestellt, daß die Angeklagten durch das Herumtragen der „Volksboten“ auf den Straßen eine öffentlich bemerkbare Arbeit vorgenommen hätten, welche geeignet gewesen sei, das religiöse Gefühl des Publikums zu stören. Was den Begriff der Arbeit angehe, so sei als solche anzusehen jede mit einer gewissen Anstrengung verbundene Thätigkeit. Die Sache habe aber trotz alledem von dem Vorderichter zurückgewiesen werden müssen, weil möglicherweise Artikel III des Gesetzes, betreffend Aenderung von Bestimmungen über das Postwesen vom 20. Dezember 1899, zu Gunsten der Angeklagten heranzuziehen sei. Danach sei die Beförderung von unverschlussten politischen Zeitungen innerhalb der Gemeindegrenzen eines Orts jedermann auch an Sonn- und Feiertagen während der Stunden gestattet, in denen die Kaiser-

liche Post dort bestelle. Es frage sich nun, ob die Verteilung erfolgt sei während der Stunden, während welcher die Kaiserliche Post in dem Orte bestelle. Das müsse das Landgericht feststellen. Je nach dem Ergebnis der Nachprüfung seien die Beschuldigten freizusprechen oder zu verurteilen.

Eine der Reden, die der Graf Wäcker-Tschirne im verflochtenen Herbst in der Tonhalle hielt, führte ihn gestern wiederum unter der Anklage, verächtliche Bevölkerungslaffen in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise gegeneinander zu Gemüthlichkeitsaufregung zu haben, vor die 9. Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorfall führte Landgerichtsrat Dieg, die Anklagebehörde vertrat Staatsanwalt Veed, ein Verteidiger war nicht zur Stelle. Der beanstandete Inhalt der Rede betraf sich im wesentlichen mit den Reden, wegen der der Angeklagte früher zur Verantwortung gezogen worden war. Er hatte behauptet, daß die Judenfrage nur durch rücksichtslose Kells gelöst werden könne; wenn sich im Theater, im Konzert oder in einem öffentlichen Lokale ein Jude zeige, solle man ihn mit Knippen und Stößen hinausdrängen, man solle ihre Führer an die Wand drücken, daß ihnen die Knochen im Leibe knarren usw. Wenn die Juden nicht zum Lande hinausgetrieben würden, müsse das deutsche Volk zu Grunde gehen. Es wurden die beiden Polizeileutenants Wodrich und Mundt vernommen, welche die Versammlung überwacht hatten. Sie bestätigten, daß der Angeklagte die erwähnten Ausführungen gemacht habe, meinten aber, daß dieselben nur symbolisch und bildlich aufzufassen seien und von dem durchweg anständigen Publikum auch so aufgefaßt worden seien, denn sie hätten nur Heiterkeit erregt. Der Staatsanwalt meinte, daß auch ernste Sachen Heiterkeit hervorzurufen könnten. Er halte es für zweifellos, daß der Angeklagte beabsichtigt habe, den Zandstich, der nun einmal gegen die Juden vorliege, zur Flamme zu entfachen und Ausschreitungen hervorzurufen, wie solche bereits in den 70er Jahren vorgekommen seien. Er beantrage gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 150 M. Der Angeklagte hat um seine Freisprechung, die ihm in gleichen Fällen schon dreimal zu Theil geworden. Das Publikum konnte keine bittere Sprache und werde sich dadurch nicht zu Gewaltthätigkeiten hinreizen lassen. Er kämpfe für das Wohl des deutschen Volks und werde dies thun bis zum letzten Atemzuge.

Der Gerichtshof kam wiederum zu einem freisprechenden Urteil. Zweifellos sei es, daß die Rede des Angeklagten objektiv aufreizender Natur sei, aber es fehle das Thatbestandsmerkmal der Gefährdung des öffentlichen Friedens, denn nach den Befundungen der Zeugen sei nicht zu befürchten gewesen, daß einer der Zuhörer sich zu Gewaltthätigkeiten hinreizen lassen würde.

China.

Die Waldersee-Expedition.

„Morning Post“ meldet aus Taku, daß die neue Expedition am nächsten Sonnabend aufbrechen werde. Mit Ausnahme von Russland und Amerika würden sich sämtliche Mächte an der Expedition beteiligen. Die Gesandten würden sich weigern, das letzte kaiserliche Edikt anzunehmen und verlangten die Einrichtung sänftlicher Vorgesührer.

Die „Agence Havas“ bringt dagegen die einstweilen mit einem starken Fragezeichen zu versehen Nachricht, daß Li-Hung-Tschang und Tsching den Gesandten mitgeteilt hätten, daß der Hof einwillige, die von den Gesandten verlangten Strafen zu vollstrecken. Wahrscheinlich wird es sich nur um ein neues Verschleppungsmanöver Chinas handeln. Eine derartige prinzipielle Einwilligung hat China schon wiederholt erklärt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

China im englischen Parlament.

London, 19. Februar. (W. T. O.) Unterhaus. Dillon fragt an, ob es wahr sei, daß die Generale der Verbündeten beschließen haben, im Herzen von Peking eine ausgedehnte Festung zum Schutze der fremden Gesandtschaften zu errichten, und ob die britische Regierung dies billige. Unterstaatssekretär Lord Cranborne erwidert, die Frage der Maßnahmen zum Schutze der Gesandtschaften werde gegenwärtig von den fremden Vertretern in Peking erwogen, die britische Regierung sei indeß noch zu keiner Entscheidung gekommen, sie sei sich aber dessen voll bewußt, daß es geraten ist, derartige Einrichtungen in vernünftige Grenzen zu halten.

Transvaal im englischen Parlament.

London, 19. Februar. (W. T. O.) Unterhaus. Asquith nimmt die Redebehalte wieder auf. Er bestritt zunächst, daß die Opposition eine Rückkehr nach dem früheren politischen Status in Südafrika befürworte. Die Annäherung sei auf lange Zeit hinaus das einzige wirksame Hilfsmittel gegen die Wiederkehr solcher Gefahren, wie die letzte gewesen sei, und sichere Recht und Freiheit für ganz Südafrika. Holländer und Engländer sollten verstehen, daß England nicht beabsichtige, künstlich das Uebergewicht der einen Klasse durch das der andern zu erringen. Der Kriegsminister Brodrick entgegnet, die Rede Asquiths, welche einen ganz andern Ton angeschlagen habe als die Ausführungen der übrigen Mitglieder der Opposition, sei — ein bedeutsames Zeichen — auf den Västen der Opposition mit einiger Kälte aufgenommen worden. Der Augenblick sei gekommen, sich endlich einmal von diesen veralteten Parteizänkereien frei zu machen, und alle Mitglieder des Parlaments sollten sich bemühen, die Beendigung des Kriegs zu beschleunigen. Redner bestritt, daß die Regierung in eine Periode der Unthätigkeit geraten sei und sagt: Wir haben nicht nur den Wünschen Kritiker entsprochen, wir sind ihnen sogar zuvorgekommen. Als Richter am 18. Dezember noch mehr Soldaten verlangte, versprach ich ihm 2500 Mann Kavallerie und 1000 Mann berittene Infanterie. Wenige Tage später sind diese in See gegangen und nehmen schon jetzt an der Verfolgung Theil. Binnen drei Wochen wurden in der Kapkolonie 10 000 Mann ausgehoben und von uns ausgerüstet und beritten gemacht. Dreißigtausend Pferde haben wir in drei Monaten über eine Strecke von 6000 Meilen transportiert. Kritiker hat Ende März alle Pferde, die er verlangt, zur Verfügung. Seine berittenen Mannschaften werden um etwa 20 000 Mann vermehrt werden. Es ist auch wünschenswert, daß die Generale, welche nunmehr 15 Monate im Felde gestanden haben, nach Hause zurückkehren, um sich zu erholen. Wir werden dafür alle Generale hinsichtlich, die Kritiker wünscht.

Köln, 19. Februar. (W. T. O.) Das Befinden des Reichstags-Abgeordneten Dr. Ueber hat sich, wie die „Kölnische Volkszeitung“ erfährt, zwar soweit gebessert, daß Dr. Ueber morgen zu seiner weiteren Erholung nach Lamberg abreisen kann; von den parlamentarischen Arbeiten werde er sich jedoch voraussichtlich noch längere Zeit fernhalten müssen.

Homburg v. d. S., 19. Februar. (W. T. O.) Die Kaiserin ist heute Abend nach Berlin abgereist.

Stuttgart, 19. Februar. (W. T. O.) Die heutige Aktionär-Versammlung der „Gesellschaft zur Förderung der Luftschifffahrt“ hieß, wie der „Schwäbische Merkur“ meldet, die Liquidationsbilanz gut und nahm das Gebot des Grafen Zeppelin von 120 000 M. für den Ballon und sämtliches Inventar an.

Brüssel, 19. Februar. (W. T. O.) Das „Journal de Bruxelles“ meldet, Belgien verhandelt seit mehreren Monaten wegen einer neuen Konferenz in Brüssel, begegne aber lebhaftem Widerspruch, insbesondere der Vereinigten Staaten. Es sei jedoch eine baldige Lösung zu erwarten.

Madrid, 19. Februar. (W. T. O.) Der oberste Gerichtshof laßte das Urteil des Appellgerichts in der Angelegenheit des von den Jesuiten zum Eintritt in ein Kloster veranlaßten jungen Mädchens, Ramens Ibaos. Diefelbe wird nunmehr ihrer Familie wiedergegeben werden.

Reichstag.

51. Sitzung vom Dienstag, den 19. Februar 1901, nachmittags 1 Uhr.

Vorlesung des Beschlusses: v. Bobbielsti.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abg. Graf Wiedemann-Wohlsen (L.) in üblicher Weise.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und eventuell zweite Beratung folgenden Beschlusses des Bundesrats:

In dem Verzeichnisse der einer besonderen Genehmigung bedürftigen gewerblichen Anlagen (§ 16 Abs. 2 a. a. O.) die Worte „Kalk-, Ziegel- und Gipsöfen“ durch folgende Worte zu ersetzen: „Anlagen zur Herstellung von Cement, gebranntem Kalk, entwässertem Gips, von Ziegelsteinen und andern gebrannten Thonwaren.“

Auf eine Anfrage des Abg. Camp (Sp.) erklärt

Geheimrat Werner,

dass unter landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, die nicht unter § 16 der Gewerbe-Ordnung fallen, diejenigen Betriebe zu verstehen sind, in denen der Landwirt Lehnte, den er von seinem eigenen Grund und Boden gewinnt, unter Verwendung von Arbeitskräften seines Guts im wesentlichen für seinen Bedarf verarbeitet. Auch Feldbrände stellen nicht unter den § 16 der Gewerbe-Ordnung.

Abg. Hoffmeister (fr. Bg.)

befürchtet, dass auch die kleinen, handwerksmäßigen Töpfereien unter die konzessionspflichtigen Betriebe fallen und wünscht daher Aussetzung der zweiten Beratung.

Geheimrat Werner

bestätigt, dass auch diese Töpfereien unter den § 16 der Gewerbe-Ordnung fallen. Dies sei auch angebracht wegen ihrer mangelhaften Einrichtung. Es seien aber nur die neu angelegten kleinen Töpfereien unter diese Bestimmung.

Abg. Camp (Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Hoffmeister im Interesse der Erhaltung des kleinen Gewerbestands an.

Abg. Scharf (L.) schließt sich diesem Antrag ebenfalls an. Darauf wird die zweite Beratung ausgesetzt.

Hierauf wird die zweite Lesung des Postgesetzes fortgesetzt bei den fortwährenden Ausgaben (Vertriebsverwaltung: Postkassierer und Telegraphenamtskassierer).

Abg. Eichhoff (fr. Bp.):

Die Postkassierer und die Oberpostdirektions-Sekretäre wünschen in die 5. Klasse der höheren Provinzialbeamten aufgenommen zu werden. Jetzt gehören sie noch zu den Subalternbeamten 3. Klasse. Die Lage dieser Beamten hat sich in den letzten Jahren sehr verschlechtert, sie müssen oft jahrelang auf Anstellung warten. Das liegt vor allem daran, dass nicht genug Postämter II. Klasse in Postämtern I. Klasse umgewandelt werden.

Staatssekretär v. Bobbielsti:

Der Grund der schlechten Avancementsverhältnisse dieser Beamten liegt vor allem darin, dass früher über das vielfache des Bedarfs hinaus Poststellen angenommen worden sind. Ich kann aber wieder erklären, dass die Reorganisation der höheren Laufbahn in der Bearbeitung ist. Wenn diese Reorganisation abgeschlossen ist, werden auch die wie ich durchaus zugeben muß, berechtigten Wünsche dieser Beamten erfüllt sein. Für die Umwandlung von Postämtern zweiter Klasse in solche erster Klasse ist nicht allein die Größe, sondern die postalische Bedeutung des Amtes maßgebend. Ich bin der Ansicht, dass ein Postdirektor für jede Stadt — ausgenommen natürlich die ganz großen Städte — genügt. Für Berlin halte ich eine organischer Gliederung in gewisse Bezirkspostämter I. Klasse für angebracht. Damit schließt die Diskussion.

Der Titel wird bewilligt.

Zum folgenden Titel (Oberpostassistenten usw.) liegen folgende Resolutionen vor:

- a) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch einen Nachtragsetat für 1901 die Gehaltsstufen für die Bureauassistenten und Kassisten der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung sowie für die Ober-Post- und Ober-Telegraphen-Assistenten, Post- und Telegraphen-Assistenten und Postverwalter anstatt auf 1500, 1700, 1900, 2100, 2300, 2500, 2700, 3000 Mark auf 1500, 1800, 2000, 2200, 2400, 2600, 2800, 3000 Mark festzusetzen;
- b) den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Kürzung der diätarischen Dienstzeit und Verbesserung der Anstellungsverhältnisse der nicht etatsmäßig angestellten Post- und Telegraphen-Assistenten hinzuwirken.

Abg. Singer (Soz.):

Der Herr Staatssekretär ist ja zu freundlichen Erwiderungen sehr geneigt, es wäre mir sehr wünschenswert, wenn er sie mehr in die That umsetzen möchte als bisher. Er hat des öfteren betont, dass seine Beamten nicht politischen Zwecken dienbar gemacht werden. Die Thatfachen stehen doch damit aber nicht in Einklang. Ich habe hier ein Circular, das den Postämtern zugegangen ist, in welchem das Präsidium des Deutschen Flottenvereins mit Bezug auf einen an das königliche Staatsministerium ergangenen allerhöchsten Befehl, der Zeitschrift „Heberald“ des Deutschen Flottenvereins Untersagung durch die Behörden der Monarchie angeht, auf den Postämtern in Umlauf gesetzt wird. Die Verbreitung dieses Circulars auf den verschiedenen Postämtern schließt zweifellos eine Beeinflussung der Postbeamten in sich. Es ist klar, dass viele Beamte die 15 M., welche die Zeitschrift kostet, zahlen, die diese Summe viel besser für sich und ihre Familie gebraucht hätten. Ich bitte also den Staatssekretär, die Ausbreitung solcher Circulars in Zukunft zu unterlassen. Jedenfalls ist diese Thatsache ein neuer Beweis dafür, dass die Versicherung des Herrn Staatssekretärs, die Post sei befreit von jeder agitatorischen Thätigkeit, nur nach einer Seite hin richtig ist, nämlich wenn es sich um aus Volkstheorien kommende Wünsche handelt, und darum, dass die Beamten ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben können. Kurz, wenn es sich darum handelt, dass in dem Beamten auch der Staatsbürger zu seinem Recht komme. Wenn die Post aber zum Werkzeug gemacht wird von oben her konspiratorischer Bestrebungen, wenn es sich darum handelt, dass eine Agitation, wie sie der deutsche Flottenverein treibt, in die Beamenschaft hineingetragen wird, wenn man vielleicht glaubt, an hoher und allerhöchster Stelle ein Wort der Anerkennung dafür zu finden, dass auch in Beamtenkreisen Sinn für die Flotte vorhanden ist, dann scheint man in der Postverwaltung von dem Prinzip der absoluten Parteilosigkeit sehr schnell abzugehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Was nun den Titel selbst anlangt, so möchte ich darauf aufmerksam machen, dass der Reichstag bereits im März 1899 eine Resolution beschloss, hat, worin der Herr Reichskanzler aufgefordert wurde, in den nächstjährigen Etat diese Veränderungen in dem Gehalt der Assistenten vorzunehmen. Damals ist dieser Wunsch nicht erfüllt worden. Darum beschloß der Reichstag im März 1900, den Reichskanzler zu ersuchen, durch einen Nachtragsetat für 1900 diese Angelegenheit zu regeln. Auch dieser Beschluß hat beim Bundesrat keine Gegenliebe gefunden. So möchte ich die Kommission fragen, was denn der Reichstag jetzt thun solle gegenüber dieser wiederholten Nachachtung seiner Beschlüsse. Nachgerade ist diese Frage zu einer Angelegenheit geworden, die zwischen dem Reichstage und den verbündeten Regierungen spielt. Nachdem der Reichstag wiederholt sogar im Einverständnis mit den beteiligten Vertretern der Regierung beschloß, daß die Gehaltskala der Postassistenten abgeändert werden müsse, ist es doch eine Miß-

achtung des Reichstags, wenn 3 Jahre hinter einander seinen Beschlüssen nicht nachgekommen wird. Es ist ja klar, daß der Widerstand auch in dieser Frage bei dem Vater aller Hindernisse, dem preussischen Finanzminister von Wiquel, liegt. Es ist doch aber eine Stellung, die der Reichstag nicht würdig ist, wenn er sich den Geboten vom Konventionenwälden aus fügen muß und erst dann nachmarkieren soll, wenn von Seiten eines einzelnen Bundesstaats „vorwärts“ gebahnt wird. Der Reichstag muß sich mit den verbündeten Regierungen über das, was notwendig ist, verständigen können und muß es erreichen, daß dann der Widerstand eines Einzelstaats gebrochen wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Angesichts der Haltung der Regierung sollte der Reichstag endlich dazu kommen, seinerseits von dem Mittel Gebrauch zu machen, die er in der Hand hat, und die parlamentarischen Kanonen, die ihm zur Verfügung stehen, aufzufahren. Er sollte einfach die Sache in den Etat einbringen und es den verbündeten Regierungen überlassen, ob sie den Etat in seiner Gesamtheit annehmen oder verwerfen wollen. Die Herren werden sich das sehr überlegen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In der Kommission hat man aus Sorge vor einem Konflikt einen dahingehenden Antrag abgelehnt. Es wurde sogar die Ansicht geäußert, daß der Reichstag kein Recht habe, einseitig höhere Beträge in den Etat einzufügen, aber auch von dem Vertreter der maßgebenden Partei des Centrums wurde mit aller Energie der Grundsatz vertreten, daß dies Recht dem Reichstag sehr wohl zustehe. Ich bin überzeugt, daß die von der Kommission vorgelegene Resolution ebenfalls wirkungslos bleiben wird wie die früheren. Es sei denn, daß von Seiten des preussischen Finanzministers der Regierung gnädigst gestattet wird, dem Beschluß des Reichstags nachzukommen. Der Reichstag hat aber, wenn er wirklich eine Volkvertretung und ein gleichberechtigter Faktor mit dem Bundesrat sein soll, sich nicht von der Regierung an canaille behandeln zu lassen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Was die Verkürzung der diätarischen Dienstzeit anlangt, so hat ja der Herr Staatssekretär zugestanden, daß diese Zeit 5 Jahre nicht überschreiten soll. Die Zeit darüber soll den Herren, wenn sie angestellt werden, angedreht werden. Ich meine aber, die Postverwaltung sollte mit Nachdruck darauf sehen, daß die 5 Jahre in keinem Falle überschritten werden.

Nach ein kurzes Wort zu den bekanteten Prozessen. Diese entsprangen ja daraus, daß während eine Bundesratsberatung bestimmt, daß den Militärämtern drei Viertel des Stellengehalts, in welches sie anfallen, zu teil werden soll, die Postverwaltung eine erheblich geringere Summe gezahlt hat. Die Verkürzung ist ja nun von Seiten der Post nicht mehr geltend gemacht worden. Der Staatssekretär hat in der Kommission mitgeteilt, daß nach dem eine Anzahl dieser Beamten vom Kammergericht ein obfideientes Urteil erlangt hatte und er seinerseits schon bereit war, die Nachzahlungen zu leisten, innerhalb der verbündeten Regierungen die Auffassung zum Ausdruck gekommen ist, daß diese Urteile auf einem Rechtsirrtum beruhen und man an das Reichsgericht gehen müsse. Der Reichstag wird sich ja bei dieser Erklärung vorläufig beruhigen müssen, ich würde es aber lebhaft bedauern, wenn durch das Reichsgericht das bisherige Urteil aufgehoben würde. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, den betreffenden Beamten nach Möglichkeit entgegen zu kommen, denn die Sache ist für die Beamten von viel größerer Bedeutung, als für die Reichskasse.

Die Frage des Wohnungsgeldzuschusses muß für die unteren und mittleren Beamten anderweitig geregelt werden. Es ist ausgeschlossen, daß die Beamten mit den angelegten Summen auskommen. Diese Frage kann nicht durch Anreizgesetze gelöst werden. Diese sind etwas Vorübergehendes, die Wohnungsmisere aber und die Steigerung der Wohnungsmieten hängt nicht mit vorübergehenden Zuständen zusammen, sondern ist der Ausdruck der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, der Ausdruck der Spekulation, die mit dem Grund und Boden getrieben wird. Dasselbe, was die Landarbeiter mit der Erhöhung der Getreidepreise wollen, wollen die städtischen Hausbesitzer mit der Erhöhung der Mieten, nämlich eine erhöhte Grund- und Bodenrente. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Beamten müssen daher dauernd erhöhte Wohnungsgeldzuschüsse bekommen.

Wir werden also zwar für die Resolution der Kommission stimmen, ich muß aber noch einmal meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß der Reichstag viel zu langsam ist und sich nicht zu dem Entschlusse aufmachen kann, die Summe in den Etat einzustellen und dann abzuwarten, ob die verbündeten Regierungen den Konflikt aufnehmen werden. (Weiß! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.):

Ich kann mich den Ausführungen des Herrn Vorredners nur anschließen. Die „Deutsche Verkehrszeitung“ hat sich wiederholt für die in der Resolution niedergelegten Forderungen ausgesprochen. Gegenüber dieser Haltung des postoffiziellen Organs ist es ganz unverständlich, daß die Regierung der Forderung des Reichstags nicht immer nachgekommen ist. Wo bleibt da die vom Herrn Reichskanzler in Aussicht gestellte Eintheilung innerhalb der Regierung? (Sehr richtig! links.) Mein Antrag auf Einstellung der Posten in den Etat ist leider in der Kommission abgelehnt worden und würde auch hier keine Annahme finden. Daher wiederhole ich ihn nicht, bin aber auch der Meinung, daß es der Würde des Reichstags nicht entspricht, Jahr für Jahr denselben Beschluß zu fassen und dann zuzusehen, wie die Regierung dem Beschluß nicht nachkommt. Könnte es durch die Einstellung der Summen in den Etat zum Konflikt, so träte nicht den Reichstag, sondern die Regierung die Schuld.

In postalischen Kreisen nimmt man an, daß infolge der Einführung des automatischen Fernsprechverkehrs eine große Anzahl von Postbeamten aus Berlin vertrieben werden soll. Von Seiten der Postverwaltung ist bereits eine Umfrage ergangen, welche Beamten dazu freiwillig bereit wären. Bedauerlich ist mir, daß den betreffenden Beamten die Umzugskosten nicht erlegt werden sollen. Gerade in diesem Jahre sind uns sehr viele anonyme Bescheide von Beamten zugegangen, mehr als je zuvor. Das läßt darauf schließen, daß die Beamten in außerordentlicher Eile vor Maßnahmen leben. Der Herr Staatssekretär sollte auch das Geiraten seinen Beamten nicht erschweren; häufig sind sie geradezu durch die Verhältnisse — das Wort in doppeltem Sinne genommen (Heiterkeit) — dazu gezwungen. Statt daß diese Beamten wirtschaftliche Erleichterungen finden, wird ihnen der Anwalt der Verwaltung durch Verletzungen und Fortfall der Nebenemnahmen vernichtet gemacht. — Die Ansprüche auf Verbesserung der Verhältnisse sollte man nicht mit dem Schlagwort Titelhucht abthun. Wir stehen ja alle noch bis über die Ohren in der Titelhucht drin, unsere ganze gesellschaftliche Stellung hängt davon ab, und wenn der Mann auch über den Titel erhaben ist, die Frau ist es nicht. (Heiterkeit.) Wenn es einen Dr. med., Dr. phil., Dr. ing. gibt, warum soll es nicht auch einen Dr. post geben? (Große Heiterkeit.) Redner tadelt die Verwendung der Beamten für die Agitationszwecke des Flottenvereins und die damit verbundene unzulässige Beeinflussung der Beamten und Unterbeamten durch ihre Vorgesetzten. Das ist der Postverwaltung unwürdig. (Bravo! links.)

Abg. Müller-Quiburg (natl.):

Die Resolution der Budgetkommission wird vom Plenum wohl ebenso einstimmig angenommen werden, wie in der Kommission. Mit der Annahme dieser Resolution sollte man sich aber begnügen und nicht die erhöhten Positionen in den Etat einstellen. Der vorliegende Fall ist nicht geeignet, es aus einem Konflikt mit der Regierung aufkommen zu lassen.

Abg. v. Kardorff (L.):

Herr Singer ist eigrig dabei, wenn es gilt, die Reichsausgaben durch Erhöhung der Beamtenghälter zu vermehren. Für neue

Steuern besteht aber im Reichstag vorläufig noch keine Mehrheit und Einigung mit der Regierung. Niemand will auch, daß das Reich neue Schulden macht. Was soll da geschehen? Kann man sich da wundern, daß der Bundesrat Resolutionen des Reichstags keine Folge giebt, die das Reich finanziell engagieren? Herr Singer macht sich die Sache furchtbar leicht. Er sagt, wir führen eine progressive Reichs-Einkommensteuer ein, dann läßt sich alles bezahlen. (Abg. Singer: Sehr richtig.) Ja, die Mehrheit will aber von dieser Reichs-Einkommensteuer nichts wissen.

Abg. Eichhoff (fr. Bp.):

Die Resolution wird hoffentlich angenommen werden; ich bedauere nur, daß der Herr Staatssekretär sich noch nicht dazu geäußert hat.

Abg. Werner (Antisemit):

Die Zahl der Bekandenen hat sich unter dem jetzigen Herrn Staatssekretär erfreulicherweise vermindert. Hoffentlich sorgt er auch dafür, daß der Resolution des Reichstags bald nachgekommen wird. Herr v. Tschelmann ist noch tausendmal schlimmer als Herr v. Wiquel.

Staatssekretär v. Bobbielsti:

Eine Diskussion zwischen mir und dem Herrn Reichs-Schatzsekretär besteht absolut nicht, Herr v. Tschelmann ist meinen Wünschen stets entgegengekommen. Was die Gehaltskala anlangt, so kann von einer Mißachtung der Beschlüsse des Reichstags nicht die Rede sein, die ganze Anomalie in der Gehaltskala ist vielmehr seiner Zeit durch den Reichstag selbst geschaffen worden. Durch einen Bescheid kann die Sache nicht geregelt werden, sondern die Umgestaltung mußte bei allen Ressorts gleichmäßig vorgenommen werden. Daß eine Anomalie besteht, die zu beseitigen ist, gebe ich zu. Die „Deutsche Verkehrszeitung“ ist kein offizielles Organ, es steht vieles drin, was mir nicht sehr angenehm ist. Allerdings muß ich zugeben, daß Herrn von der Verwaltung bei der Herausgabe der Zeitung beteiligt sind. — Die Stellung der Diätäre ist bei der Post nicht schlechter als bei anderen Verwaltungen. Die Zahl der Beamten noch zu vermehren ist ganz unmöglich, ich habe schon jetzt einen Ueberschuß von Beamten, viel mehr, wie ich eigentlich ordnungsmäßig verdauen kann. (Große Heiterkeit.) Ich muß mich aus dieser schwierigen Lage endlich befreien. (Erneute Heiterkeit.)

Ueber den automatischen Fernsprech-Verkehr kam eine Entscheidung vor Mitte Mai nicht erfolgen. Jedenfalls ist dieser automatische Fernsprech-Dienst nur als Nebenanlage, nicht etwa als Ersatz des anderen Fernsprech-Dienstes gedacht. — Betreffs der Umzugskosten halten wir an dem Prinzip fest, daß Umzugskosten nur gezahlt werden, wenn die Veretzung im dienstlichen Interesse erfolgt.

Was das Circular des Flottenvereins anlangt, so wollen die Herren geneigtest meine Verfügung einsehen, die ich in der Budgetkommission zur Kenntnis der Herren gebracht habe. Ich fordere die Herren auf, mir irgend eine Verfügung von mir oder einem Oberpostdirektor zu zeigen, die an das Postamt ergangen ist. Ich kann versichern, wir haben es abgelehnt, aber ich kann nicht einen Beamten hindern, daß er sich an das Amt wendet. Von meiner Seite ist nie eine Verfügung ergangen, man solle substituieren.

Regierungskommissar Geheimrat Reumann

bittet die Resolution b) abzulehnen. Die Verwaltung thue das Möglichste, um die Stellung der Diätäre zu verbessern. Die Resolution sei daher gegenstandslos.

Abg. Müller-Sagan:

Die Anomalie der Gehaltskala ist nicht vom Reichstag verursacht. Man kann dem Reichstag höchstens vorwerfen, daß er nicht von Anfang an energischer aufgetreten ist. (Sehr richtig! links.)

Abg. Kirch (L.)

bittet um Annahme der Resolution.

Abg. Singer (Soz.):

Ich muß noch einmal auf das Circular des Flottenvereins zurückkommen. Der Staatssekretär hat sich die Sache doch sehr leicht gemacht. Es ist sehr bequem, emeritens zu erklären, ich gebe meine Verwaltung nicht dazu her, politische Agitation zu treiben und andererseits zu sagen, wenn diese Leute sich direkt an die Oberpostdirektion wenden, so kann ich nichts thun. So liegen die Dinge nicht. Ich möchte mit einer Gegenfrage antworten. Was würde der Staatssekretär thun, wenn der Vorstand der socialdemokratischen Partei an die Oberpostdirektion das Ersuchen richtete, unter den nachgeordneten Beamten Positionen einzulassen zu lassen gegen die Erhöhung der Getreidezölle, oder wenn der „Vorwärts“ die Oberpostdirektion bäre, bei ihren Beamten ein Circular umgehen zu lassen, welches auf das Abnommen auf den „Vorwärts“ verweist. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich glaube, der Staatssekretär würde mit einem Mal die Macht haben, seinerseits zu verhindern, daß die Oberpostdirektion einem dergleichen Ansuchen nachkommt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn er in der That meint, daß die Beamten gegen detariage Ansprüche geschützt werden sollen, dann hat er jetzt, nachdem ein solcher Versuch zu seiner Kenntnis gekommen ist, die Pflicht, der Oberpostdirektion zu verbieten, einem solchen Ansuchen nachzukommen. In dem betreffenden Circular steht übrigens ausdrücklich, daß die Anforderung an die betreffenden Beamten im Einverständnis mit dem Gv. Hochwohlgeboren unmittelbar vorgelegten Behörden geschieht. (Hört! hört!) Danach müßte der Staatssekretär Auflage erheben lassen wegen Verletzung falscher Thatsachen oder wegen Mißbrauchs des Namens der vorgelegten Behörden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Ich glaube schon, daß der Herr Staatssekretär nicht eine Generalverfügung erlassen hat, dem Ersuchen des Flottenvereins nachzukommen, aber er hat jedenfalls geglaubt, daß von verschiedenen Seiten dieser Wunsch erfüllt werden wird und hat nicht nur eins, sondern beide Augen zugedrückt. Ich hoffe, daß der Herr Staatssekretär die Direction anweisen wird, nicht mehr dem Flottenverein beihilflich zu sein, sonst würde er sich sagen lassen müssen, daß er zwar jede politische Thätigkeit der Beamten verhindert, wenn sie ihm nicht paßt, aber jede andere politische Agitation, die an hervorragender Stelle gem gesehen ist, fördert. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Staatssekretär von Bobbielsti:

Herr Singer kann versichert sein, daß ich, wenn solche Wünsche, wie er sie geäußert hat, an die Beamten herantreten, dem ganz unbedingt entgegengetreten würde und zwar um so mehr, das gebe ich ihm vollständig zu, wenn Kränkungen verfolgt werden, die ich vom Grund meines Herzens aus nicht billige. Wenn Sie mir auch sagen, es wären patriarchalische Verhältnisse und es wäre die Nähe des Archhofs — ich habe ein Schreiben mit meinen Beamten nach einer Richtung hin zu fühlen und zu denken, unter Gut und Blut einzusehen für die Erhaltung des Deutschen Reichs, wie es heute besteht. (Bravo! rechts.) Ich habe mich in diesem nicht um das Detail des Flottenvereins gekümmert, aber ich habe eigentlich den Eindruck gehabt, daß bis weit hinaus, bis in die Reihen der Fortschrittspartei hinein, es Mitglieder des Flottenvereins giebt, daß das gar keine politische Demonstration, sondern nur eine Vereinigung aller der Männer ist, die für eine Erweiterung der Flotte sind. (Rachen bei den Socialdemokraten.) Jedenfalls ist von mir keine Verfügung ergangen; wir empfehlen, der Sache beizutreten, das erachte ich als einen

Eintritt in die Rechte der Beamten, sondern ich habe nur gesagt: „Ihr könnt sie zur Einsicht schicken, damit bin ich einverstanden.“ Das ist doch ein wesentlicher Unterschied, ob ich als Chef einer Verwaltung sage, ich empfehle dies Ding zur Subskription, da ist es ein Druck, oder ob ich sage: „Ihr könnt es zur Einsicht schicken.“ (Widerpruch bei den Sozialdemokraten.) Die vorgelegten Instanzen haben sich vollständig draufgehalten. Da es keine politische Angelegenheit war, so kann ich nichts Böses darin finden.

Abg. Singer (Soz.):

So schäme ich den Herrn Staatssekretär doch nicht ein, daß ich an seine schöne Unbefangenheit glauben soll, er halte den Flottenverein für nicht politisch. Ich glaube, es gibt kaum einen Menschen, der diesen Verein nicht für einen exquisit politischen Verein hält, der nur zu dem Zweck gegründet ist, die Regierungspolitik zu unterstützen. Der Herr Staatssekretär hat vergeblich versucht, es klar zu legen, daß es etwas andres sei, ob er sagt, wie empfohlen das Circular oder duden, daß es in den Postämtern angelegt wird. (Auf der rechten Seite des Hauses wird laut gegähnt.) Wenn die Herren Tierstimmen nachahmen, dann zeigen sie dadurch, wo ihr gewöhnlicher Aufenthalt ist. (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) — Der Unterschied, den der Herr Staatssekretär macht, trifft nicht zu. Wenn er die Verteilung zuläßt, so ist das ein Wink mit dem Jauchpfahl. Warum benutzt denn der Flottenverein die Post, warum benutzt er nicht den Adresskalender und schickt den Beamten, wie jedem andren Menschen das Circular ins Haus? Er will eben, daß die vorgelegte Behörde einen Druck ausübt, um seinen Absatz zu fördern. Nach der heutigen Erklärung des Herrn Staatssekretärs hat es fast den Anschein, als ob das Circular mit seiner Hilfe an die Betroffenen gekommen ist. Die Herren sollen es so machen, daß er hier der Form nach erklären konnte, er habe mit der Sache nichts zu tun. Der ganzen Sache noch können wir als Ergebnis einfach feststellen: Der Herr Staatssekretär verheimlicht, wenn es seiner Tendenz nicht paßt, die Circulation von Drucksachen unter seinen Beamten und befördert dieselbe, sobald sie von Vereinen ausgeht, die einer ihm genehmen Tendenz huldigen. Unter dieser Feststellung muß ich sagen: die Verwaltung des Herrn Staatssekretärs ist eine Parteiverwaltung und keine parteilose Verwaltung! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Der Herr Staatssekretär kann sich freuen, daß er seiner Ansicht von der unpolitischen Natur des Flottenvereins nicht denselben Ausdruck gegeben hat, wie der Postdirektor weder in Greveldberg. Dieser Herr betrieb eine Versammlung der „Jünger Bobbielias“ ein und setzte ihnen den Nutzen des Flottenvereins auseinander. Er unterließ es, diese Versammlung anzumelden und wurde nun zu einer Geldstrafe von 15 M. vom Gericht wegen Veranlassung einer nicht angemeldeten politischen Versammlung verurteilt. (Hört! hört! links.)

Damit schließt die Diskussion.

Referent Abg. Dr. Baasche (natl.)

stellt fest, daß die zweite Resolution, die die nicht angestellten Postassistenten betrifft, in der Kommission nur mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen worden sei. Der Referent legt die Gründe der Minorität sehr breit dar und verteidigt sie.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) [zur Geschäftsordnung]:

Der Referent hat sich nicht auf die Verichterstattung beschränkt, sondern unzulässigerweise seine eigene Ansicht zum besten gegeben. Ich beantrage deshalb, die Diskussion von neuem zu eröffnen. (Lebhafte Zustimmung links. Widerpruch rechts.)

Es entspinnt sich nun eine heftige Geschäftsordnungsdebatte.

Abg. Graf Noon (L.): Das Verlangen des Herrn Müller ist ganz unzulässig. Der Verichterstatte hat objektiv berichtet. (Lachen und Widerspruch links.)

Abg. Baasche (natl.): Es ist nicht nur mein Recht, sondern meine Pflicht, auch das Recht der Minorität hier zu vertreten. (Zustimmung rechts.)

Abg. Singer (Soz.): Der Referent hat die Ansicht der Mehrheit zu vertreten. Wenn er anderer Ansicht ist, dann liegt es nahe, daß er das Amt ablehnt. Er darf aber sein Amt auf keinen Fall brauchen, um für die Minorität zu plädieren. (Seht gut! links.) Das hat Herr Baasche zwar nicht mit glatten Worten, aber doch klatschlich gesagt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. v. Staudy (L.): Ich bin erstaunt über diesen Standpunkt. In jedem Referat, auch in einem schriftlichen, wird der Standpunkt der Majorität und der Minorität dargelegt.

Abg. Hirsch (C.): Der Abg. Singer würde recht haben, wenn Herr Baasche tatsächlich für die Minorität plädieren hätte. Er hat aber sowohl die Gründe der Majorität, wie, vielleicht etwas zu ausführlich, (Große Heiterkeit links.) die Gründe der Minorität hier vertreten.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.): Als Verichterstatte hat man nicht seine eigene Ansicht kund zu geben und nicht zu kritisieren. Der Referent aber hat beurteilt, welche Gründe für den Antrag der Mehrheit und welche nicht berechtigt sind. Die Gründe der Minorität hat er als berechtigt bezeichnet. Hierzu war er nicht befugt. Nachdem das Nötige gesagt worden ist, ziehe ich meinen Antrag übrigens zurück.

Rumreife wird die erste Resolution einstimmig, die zweite gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Für die zweite Resolution stimmen auch die sämtlichen Nationalliberalen.

Dem Titel „Unterbeamte“ vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr (Fortsetzung der ersten Beratung des Initiativentwurfes von G. v. Sagan u. Genossen (fr. Sp.) auf Änderung der Theatersteuer. 2. Antrag Oröder und Derno (C.) auf Abänderung des Artikels 33 der Reichsverfassung)

freie Eisenbahnfahrt und Anwesenheitsgelder für die Abgeordneten.)

Schluß 5/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

30. Sitzung vom 19. Februar 1901, 11 Uhr.

Präsident v. Kröcher eröffnet die Sitzung. Zur Beratung steht der Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung. Am Ministertisch: Vresfeld, Kommissäre.

Die Debatte beginnt bei den Einnahmen.

Abg. Dr. Schulz-Vohmann

beantragt, die Staatsregierung zu ersuchen, für die Bodenerforschung reichlichere Mittel in Zukunft in den Etat einzustellen, insbesondere aber durch Tiefbohrungen, die auf die Erschließung von Mineralogären in den vorzugsweise Ackerbau treibenden Provinzen des Ostens gerichtet sind, die Bestrebungen zur wirtschaftlichen Hebung dieser Landestteile möglichst zu unterstützen.

Abg. Gotheim (fr. Bg.)

empfiehlt u. a. die Annahme des Antrages des Vorredners. Der Staat möge aber seine Maßnahmen nicht hauptsächlich zu dem Zweck anstellen, um für sich neue Kohlenfelder zu erwerben, sondern er möge es mehr ihm im Interesse der Erschließung des Grund und Bodens. Redner bittet den Minister um Auskunft, ob es wahr sei, daß er vom 1. April ab die Kohlenpreise um 50 Pfennig pro Tonne erhöhen wolle. Diese Maßregel würde sehr verfehlt sein, denn die Lage habe sich so zugespitzt, daß die Industrie die jetzigen hohen Preise lange nicht mehr zahlen könne. Die konstante Hochhaltung der Kohlenpreise gefährde jetzt schon ernstlich die Eisenindustrie. Auch die andern Industrien leiden sehr darunter. Eine Schiffahrtsgesellschaft habe wegen der hohen Kohlenpreise 1 1/2 Proz. Dividende weniger zahlen müssen und die Dividende war vorher schon nicht hoch. Ähnlich liege es in der Textilindustrie, und auch für den Konsumenten würde die Sache bedenklich. Aus dem Waldenburger Gebiet werde ihm berichtet, daß

die Mehrausgabe für eine Arbeiterfamilie pro Woche durch die Kohlensteigerung 1 Mark beträgt. Die Studienräte hätten nicht für die Verbilligung der Kohlenpreise. Da könnte der Minister in dankenswerter Weise eingreifen, indem er für den Sommer die etwas billigeren, an sich aber immer noch hohen festgesetzten Kohlenpreise beibehält und sie nicht weiter erhöht.

Abg. Fritzen (C.) schlägt sich dem Antrag Schulz-Vohmann an. Er verlangt die hohen Kohlenpreise, die die Eisenindustrie schwer belasten.

Minister Vresfeld:

Die Regierung wendet den Tiefbohrungen lebhaftes Interesse zu. Es sind Tiefbohrungen bis zu 2000 Metern geplant und wenn die bis jetzt eingesetzten Mittel nicht ausreichen sollten, werden neue vorzulegen werden. Der Vorwurf, daß die Bergverwaltung kostfalls vorgeht, ist nicht berechtigt, die festgesetzten Gruben haben die Preissteigerungen der privaten Gruben nicht mitgemacht, sie sind deshalb mit Aufträgen so überschützt worden, daß nur der kleinste Teil ausgeführt werden konnte. Aber für die Kohle ist eine gerechte Verteilung notwendig und deswegen hofft der Fiskus bis zum 1. April mit den privaten Gruben zu einem Einverständnis über die Preise zu kommen.

Abg. Fritzen v. Jedlitz (fr.)

ist mit dem Antrag Schulz einverstanden. Der Glatschansatz ist sehr vorsichtig, aber hinsichtlich gehen die Kohlenpreise zurück, denn sie sind jetzt noch höher als normal. Die Studienräte haben zu dieser Höhe beigetragen, auch die Steigerung der Arbeitslöhne. Nach dem im „Vorwärts“ veröffentlichten Briefe des Herrn Vued hat der Herr Minister schon damals festgestellt, daß die Arbeitslöhne durchaus befriedigend waren. Waren sie damals schon befriedigend, so sind sie jetzt mehr als befriedigend, denn sie sind seitdem in Oberschlesien um 25 Proz., in Niederschlesien um 20 Proz., im Rheinland um 27 Proz. gestiegen.

Minister Vresfeld:

Der Abg. Fritzen v. Jedlitz hat in seiner Rede des sogenannten Vued-Briefes Erwähnung getan und ich will mit einigen Worten darauf eingehen. Als Handelsminister bin ich verpflichtet, mit großen Industrieverbänden in Verbindung zu treten. In diesen Verbänden gehört auch der Centralverband der Industriellen. Sie bilden für meine Verwaltung ein durchaus unentbehrliches Informationsmittel über die Produktions- und Absatzbedingungen der einzelnen Industrien. Diese Informationen kann ich nur von Arbeitgeber-Verbänden, nicht von Vereinigungen der Arbeitnehmer erhalten. Es ist deshalb nur natürlich, daß ich Vertreter solcher Verbände empfangen und ihnen Auskunft gebe, wenn sie sich an mich wenden. Auch Herr Vued ist zu mir gekommen. Ich habe nun die Gewohnheit, bei solchen Besuchen den Herren möglichst wohlwollend und aufmerksam zuzuhören und möglichst wenig selbst zu sagen. Die Herren haben ja auch meist weniger das Bedürfnis, meine Ansichten zu hören, als mir ihre Wünsche vorzutragen. Was sein, daß mancher der Herren aus meinem Wohlwollen und meiner Aufmerksamkeit den falschen Schluß gezogen hat, ich sei in allen Dingen, die er vorgetragen hat, mit ihm einverstanden. Was sein, daß auch Herr Vued aus solchen Gründen zu dieser Auffassung gekommen ist. Ich mag mich vielleicht auch einmal etwas unübersichtlich geäußert haben, Herr Vued hat vielleicht aber auch nicht ganz genau zugehört. Ich kann mich der vor Jahren stattgehabten Unterhaltung in ihren Einzelheiten nicht mehr entsinnen, habe ich auch gar keine Bedeutung beigelegt. Nur in zwei Punkten muß ich irrtümlichen Meinungen, wie sie im Anschluß an die Briefveröffentlichung in der Presse zum Ausdruck gelangt sind, entgegenreten. Man hat mir unterstellt, daß ich der Meinung sei, daß die staatliche Fürsorge für die Arbeiter abgeklungen sei. Eine solche Auffassung liegt mir vollständig fern. Gehört doch zu den hervorragendsten Aufgaben meines Amtes die Fürsorge für die gewerblichen Arbeiter, ebenso wie für die gewerblichen Betriebe. Habe ich doch der Gewerbe-Aufsicht mein besonderes Interesse zuzuwenden, habe ich doch die Wohnfrage, die ja jetzt ins Rollen kommt, immer so viel wie möglich zu fördern versucht. Unter Leitung des Unterstaatssekretärs Lohmann ist seit mehreren Jahren eine Kommission tätig gewesen, die über die Wohnungsnot einen ausführlichen Bericht an das Staatsministerium abgegeben hat, der die Grundlage für die Gesetzesvorlagen bildet, die dem hohen Hause in dieser Session oder in der nächsten Session zugehen werden. Der zweite Punkt betrifft die angebliche Konterierung über den Unterstaatssekretär Lohmann. Ich soll mich über diesen Herrn geäußert haben, als ob er jedweder selbständigen Meinung entbehre, und soll mich dabei auch auf das Urteil meines Amtsvorgängers, des Herrn von Verlesch, berufen haben. Herr v. Verlesch hat an mich geschrieben, daß er weit entfernt davon sei, eine solche Meinung über die Charakterfestigkeit des Herrn Lohmann zu haben und ich stimme dem Herrn v. Verlesch darin vollkommen bei. Ich kann mir die irrtümliche Ansicht des Herrn Vued nur so erklären: Herr v. Verlesch hat mir bei der Amtübergabe eine Charakteristik der mich nachgeordneten Beamten gegeben und mir natürlich auch einiges über meinen ersten Beamten, Herr Lohmann, gesagt. Er hat mir seine vortrefflichen Eigenschaften gerühmt und gesagt, selbst wenn Herr Lohmann einmal in dem einen oder anderen Punkte anderer Meinung wie ich sein würde, daß daraus keine Schwierigkeiten entstehen würden. Es sei ein so treuer und pflichttreuer Beamter, daß er seine Privatmeinung nicht zurückstellen werde. Diese Anerkennung des Herrn v. Verlesch mag ich auch Herrn Vued gegenüber erwähnt haben und es ist möglich, daß er sie in seiner subjektiven Weise so aufgefächert hat, wie er sie in dem Brief wiedergegeben hat.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Jmer (fr.) und Schulz-Vohmann (natl.) wird der Antrag Schulz der Budgetkommission überwiesen.

Bei dem Titel „Ausgaben“ fragt

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.)

den Minister, was aus dem Antrag Hirsch, betr. die Heranziehung der Arbeiter zur Grubenaufsicht, geworden ist. Beim Amtsantritt des Ministers habe man mit einem langsamen Tempo der Socialpolitik gerechnet. Der Minister erklärte heute, daß diese Auffassung irrig sei. Er fordere ihn auf, durch die That zu beweisen, daß Herr Vued ihn mißverstanden habe. Gerade auf dem Gebiet des Bergwerkbetriebes sei der Socialpolitik weiter Spielraum gegeben. Redner fragt, was aus der Statistik über Stein- und Kohlenfall in den Bergwerken geworden sei und fordert den Minister auf, sich nicht bloß an die Arbeitgeberverbände um Auskunft zu wenden, sondern auch an die Arbeiterverbände. Dann würde er seine geringfügige Meinung über die Letzteren schon ändern. Die Bergarbeiter-Organisation sei ein Faktor, mit dem unbedingt gerechnet werden müsse, und ein großer Teil der Forderungen der Bergarbeiter sei durchaus berechtigt. Das gelte von der Forderung des achtstündigen Arbeitstags, die er allerdings nur für die Bergarbeiter, nicht für die Arbeiter im allgemeinen eingeführt zu sehen wünsche, dem Verbot der weiblichen Arbeit. Redner wendet sich dann gegen die Behauptung, daß die Löhne der Bergarbeiter befriedigend seien. Sie betragen in Oberschlesien höchsten 800 Mark im Jahre, und wenn erst die Betriebszölle erhöht sein werden, wird die Lage dieser Arbeiter noch drückender werden.

Minister Vresfeld:

Der Herr Vorredner hat mir den Rat gegeben, ich möchte die sociale Fürsorge für die Arbeiter durch eigene Amtstätigkeit beweisen. Ich berufe mich ihm gegenüber auf meine socialpolitische Vergangenheit, denn ich habe es nie an Fürsorge für die ge-

werblichen Arbeiter fehlen lassen. Die Socialpolitik hat niemals stillgestanden, fortgesetzt sind gefällige Maßregeln zur Verbesserung des Arbeiterstandes vorgenommen worden, und bei all diesen Maßregeln habe ich nicht nur mitgewirkt, sondern auch meist die Anregung gegeben. Auch in den Bergwerkbetrieben sind in letzter Zeit sociale Einrichtungen geschaffen worden. Ich erinnere mich an die „Einfahrer“, die Begleiter der Berginspektoren. Ich habe auch angeordnet, daß zur Grubenarbeit nicht Ausländer zugelassen werden, die der deutschen Sprache nicht genügend mächtig sind. Was nun die Arbeiter-Delegierten betrifft, so habe ich mich ja schon bereit erklärt, einen Versuch mit ihnen zu machen und den Einfahrern Arbeiterrevoren zur Seite zu stellen, aber erst muß sich die Einrichtung der Einfahrer einleben. Vorläufig herrscht noch gegen sie ein gewisses Mißtrauen, auch von Seiten der Arbeiter, das aber mit der Zeit gewiß schwinden wird, wenn die Einfahrer erst mit der ihnen obliegenden, besonderen Aufgabe mehr und mehr vertraut sein werden. Früher waren die Einfahrer Bergbeamte, jetzt sind sie Aufsichtsbearbeiter, haben also eine größere Autorität. Ich will dem Arbeiterrevoren aus den Arbeiterauschüssen nehmen, d. h. ich will den Ausschüssen das Recht geben, für jeden Einfahrer 1 oder 2 Arbeiterdelegierte zu wählen. Für dies Jahr müßte das aber noch unterbleiben, in Rücksicht auf die Bedenken, die ich oben schon erwähnt habe. Herr Goldschmidt hat mich mißverstanden, wenn er glaubt, daß ich gesagt habe, ich suche mich Sachverständige lediglich aus den Kreisen der Arbeitgeber. Ich habe nur gesagt, wenn es sich um Informationen der geschäfts-technischen Einrichtungen der Betriebe handle, muß ich mich an Arbeitgeber, nicht an Arbeitnehmer halten. Wo ich aber unter den Arbeitern Sachverständige finde, da benutze ich sie auch. In der Kohlen-Insall-Kommission waren Arbeiter in jeder Sitzung zugegen. Auch für die Änderung des Anknappschäfts-Gesetzes habe ich Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer gehört. Besonders Arbeitgeber-Vereine habe ich ebenso wenig gehört wie Arbeitervereinigungen. Das würde auch zu weit gehen. Die nach dieser Richtung laut gewordenen Wünsche der Arbeitervereine sind meines Erachtens auch unerfüllbar. Sie grenzen an Utopien. Der Herr Vorredner meinte, er verlange den Achtstundentag nicht allgemein für die Industrie, aber für den Bergbetrieb halte er ihn für notwendig. Es giebt Bergwerke, wo die Leistung so groß ist, die Temperatur so hoch und die Abgänge so niedrig, daß es die Arbeiter kaum sechs Stunden unter Tag aushalten können. In andren Bergwerken, wo die Verhältnisse ganz anders liegen, können die Bergarbeiter aber acht Stunden und länger arbeiten. In Bezug auf die Frauenarbeit bin ich mit dem Herrn Vorredner ganz einer Meinung. Ich werde auf möglichste Einschränkung der Frauenarbeit hinwirken. Unter Tag sollen sie überhaupt nicht beschäftigt werden. Freilich für das Auslesen der Erze sind sie vorläufig noch nicht ganz zu entbehren. Ich glaube also, Sie werden von mir nicht sagen können, daß ich die sociale Fürsorge für die Arbeiter in meinem Betriebe außer acht lassen will!

Abg. Daback (C.):

Der Zuzug von Bergarbeitern aus Oberschlesien nach Westfalen ist sehr bedeutend gewesen, aber vielfach sind gewissenlose Agenten thätig gewesen, die die Arbeiter verleitet haben unter Verprechung höherer Löhne, die dort gar nicht einmal gezahlt werden. Die Verwertung sozialpolitischer Arbeiter in Rheinland führt zu Schwierigkeiten, da sie die deutschen Anordnungen nicht verstehen. Bedauerlich ist es, daß den Geistlichen, die die religiösen Bedürfnisse der polnischen Bergleute im Antreuer befriedigen wollen, Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Abg. Daub (natl.)

verlangt eine Herabsetzung der fiskalischen Kohlenpreise und wendet sich gegen die Annahme, daß durch einen Mosel-Saarkanal der Kohle des Saarreviers durch die Kohle des Antrreviers eine unliebsame Konkurrenz erwachsen könnte.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.):

Ich will dem Minister nicht jede reformerische Thätigkeit auf socialpolitischem Gebiet bestreiten, aber das Tempo geht nicht schnell genug. Der Minister selbst will das Beste der Arbeiter, aber das Ministerium bremst und hemmt. Es ist gesagt worden, gerade die Socialdemokraten sind schuld an dem langsamen Tempo der Socialreform. Das ist aber nicht der Weg, die Socialdemokratie zu bekämpfen. Wir müssen die Interessen der Arbeiter wahr vertreten, damit sie sehen, sie brauchen nicht zu der Socialdemokratie zu gehen, sie finden auch innerhalb der bürgerlichen Parteien für ihre Wünsche Verständnis und Unterstützung.

Abg. Stökel (C.)

weist nach, daß die Löhne der Bergarbeiter schon wieder im Sinken begriffen sind. Seien auch die Löhne gegen früher gestiegen, so folge daraus noch nicht, daß sich die Lage der Bergarbeiter gebessert habe, denn alle Bedürfnisse seien gestiegen, alle Lebensmittel teurer geworden.

Das Ordinariat wird hierauf bewilligt. Die einmaligen außerordentlichen Ausgaben werden ohne wesentliche Debatte ebenfalls bewilligt. Damit ist die Beratung des Etats erledigt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.)
Schluß 4 1/2 Uhr.

Mordprozeß Renmann.

Zweiter Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Böcker beantragt Rechtsanwalt Dr. Wendel, einen Zeugen vorzuladen, der am 10. April, dem Tage der That, seinen Geburtstag gefeiert habe und behaupten wolle, daß der Angeklagte Renmann an dieser Feier teilgenommen habe. Der Angeklagte sei seiner Zeit wegen der Diebstähle verhaftet worden, auf Wunsch der Polizei sei es zunächst vermieden worden, ihm irgend welche auf den Mord bezügliche Fragen vorzulegen, so sei es gekommen, daß er erst im Juni zum erstenmal in Verbindung mit dem Mord verhöört wurde und da sei ihm die Geburtstagsfeier vom 10. April bis zum heutigen Tage nicht eingefallen.

Hierauf wird Frau Ida Marocke, eine entfernte Verwandte des Angeklagten Ober, vernommen. Der Angeklagte hatte seiner Zeit bei der Polizei behauptet, daß er einen der bei ihm beschlagnahmten Ringe von der Frau erhalten habe; er giebt jetzt an, daß dies unwahr gewesen und er diese Aussage nur gemacht habe, weil man ihn auf der Polizei sofort einen „Fehler“ gemacht habe. Die beschlagnahmte Wiffentartens-Tasche, die der Angeklagte schon 14 Jahre besitzen will, hat die Frau bei ihm nie gesehen, wohl aber eine andre Wiffentartens-Tasche, die größer war.

Während der Vernehmung hat noch Rechtsanwalt Ad. Landau als Mitverteidiger für den Angeklagten Renmann am Verteidigerische Platz genommen.

Kriminalwachtmeister Nibel,

der mit einem Schuymann die durch einen Schloffer geöffnete Wohnung als erster betreten hatte, giebt eine eingehende Beschreibung von dem Fundort der Leiche und dem Zustande, in welchem die Wohnung befunden hat. Die Blutspuren waren über die ganze Stube verbreitet, namentlich zahlreich in der Gegend der Spiegelwand. Anfallend ist die Thatsache, daß gerade der Schreibtisch angeblich ohne Blutspuren gewesen sein soll. Es wird angenommen, daß der Mörder sich an den vorgefundnen blutbefleckten Brotbeuteln die blutigen Hände abgetrocknet habe und dann erst an die Durchsüchung der Schränke des Schreibsekretärs gegangen sei. Der Zeuge glaubt seinerseits, daß der Schreibsekretär gleichfalls Blutspuren hatte. Er hatte die Meinung, daß die alte Frau wahrscheinlich an den Schreibtisch gegangen und

von dem Mörder niedergeschlagen worden sei. Aus der Thatfache, daß eine Wunde und Schlinge, die offen dalagen, nicht gestohlen worden sind, hat der Zeuge den Schluß gezogen, daß der Mörder ein gewiegter Verbrecher sei, der alles das liegen lasse, was ihn betreffen könnte und sein Augenmerk hauptsächlich auf Geld richte. Nach seiner Meinung müßte der Mord am 10. April vormittags verübt worden sein. Auf dem Revier sei es bekannt gewesen, daß die Ermordete öfter um Unterstützungen eintrat, andererseits hat der Zeuge in einem Berichte einmal gesagt, daß die Redenwaldt manchmal Bettler, die bei ihr vorstünden, in die Wohnung riefen. — Auf Verfragen erklärt der Zeuge, daß das Gesicht der Leiche mit einem Tuch bedeckt war und der linke Arm unter dem aufgezogenen untersten Schuttsack des Schreibsekretärs lag. Nach der Meinung des Zeugen müßte die Schuttsacke über den Arm der schon am Boden liegenden Frau aufgezogen worden sein. Dem gegenüber weist Rechtsanwalt Mendel darauf hin, daß die Frau nicht weniger als 41 Wunden hatte und nach sachverständigen Gutachten noch eine Stunde nach Empfang der Wunden gelebt haben kann, so daß es doch möglich sei, daß sie eine abweichende Bewegung gemacht habe, als sie vielleicht sah, daß der Mörder an ihrem Schreibsekretär herantret. Auch so könne der Arm unter das Schuttsack geraten sein. Der Verteidiger macht ferner darauf aufmerksam, daß noch am 11. April der Magistrats-Beisitzer Fleischer den nicht mehr auszuführenden Auftrag hatte, der Redenwaldt ein Schreiben der Stiftungs-Deputation zu überbringen, in welchem sie auf ein Gesuch um eine außerordentliche Untersuchung abschlägig beschieden wurde. Es werde auch wohl allgemein bekannt gewesen sein, daß bei dieser Frau nicht viel zu holen gewesen sei. Thatsächlich habe sie monatliche Unterstützungen in Höhe von 75 M. erhalten und da sie 420 M. Miete zu zahlen hatte, sei ihr nicht viel übrig geblieben.

Die Befundungen einiger anderer Beamten enthalten nur Details über die Auffindung der Ermordeten und den Zustand der Wohnung.

Gutachten der medizinischen Sachverständigen.

Nach einer kurzen Mittagspause erstatten die medizinischen Sachverständigen ihre Gutachten. Sanitätsrat Dr. Willenzweig bekundet: Von den vorgefundenen etwa 40 Verletzungen gingen viele über den Kopf und diese waren anscheinend durch einen Hammer und zum Teil von hinten beibracht worden. Die innere Schädelkapsel war an mehreren Stellen gebrochen. Vertreibungen der Lippen schienen durch ein Messer beibracht worden zu sein, zahlreiche kleinere Verletzungen an den Händen durch einen Knüttel oder Hammer. Der Tod ist durch Verbluten erfolgt, es kann nicht gesagt werden, daß diese oder jene Verletzung die Ursache des Todes gewesen ist. Die Art der Verletzungen werden den Geschworenen an den in Spiritus aufbewahrten Weichteilen des Vorder- und des Hinterkopfes und an dem Schädel der Ermordeten demonstriert. Der Sachverständige kommt zu dem Schluß, daß die Schädelverletzungen durch Verletzungen mit einem Hammer hervorgebracht worden seien und die Verletzungen an der Stirn durch einen Hammer verursacht sein können. Wann der Tod eingetreten ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht feststellen, die im Magen vorgefundenen Semmelreste lassen darauf schließen, daß der Tod etwa eine Stunde nach dem Kaffeetrinken oder dem Frühstück eingetreten sein dürfte. Möglich sei es auch, daß der Semmelrest von dem Frühstück zum Nachmittags-

Kaffee herrührt, dann müßte der Tod etwa um 5 Uhr eingetreten sein. Daß eine schwächliche Frauensperson solche Verletzungen mit dem Hammer ausführen konnte, sei zwar möglich, aber doch nicht wahrscheinlich.

Gerichtspräsident Dr. Störmer schließt sich diesem Gutachten an. Der Tod scheint eingetreten zu sein etwa eine Stunde, nachdem die Redenwaldt ein bürgerliches Frühstück, bestehend aus Kaffee oder Bouillon und Semmel eingenommen hatte. Die Schläge, die die Kopfverletzungen verursacht haben, seien gar nicht mit so großer Kraft ausgeführt worden, jedenfalls sei Reumann kräftig genug, um solche Schläge zuzufügen.

Weitere Zeugenansagen.

Nach den medizinischen Sachverständigen wird die kleine Zeugin Emma Senft vernommen. Sie hat der Ermordeten des Morgens um 7 1/2 Uhr die Wäsche gebracht und ging des Nachmittags wieder zu ihr, um für sie Gänge zu besorgen. Am 10. April hat sie, wie gewöhnlich die Wäsche an die Stubentür gehängt und getrocknet. Die Redenwaldt hat ihr persönlich den Frühstückstisch abgenommen und ihr persönlich noch eine Postkarte mit einem Ostergruß an ihre Schwester mitgegeben, die das Mädchen auch in den Briefkasten gesteckt hat. Als sie nachmittags um 1 Uhr etwa wiederkam, hat die kleine Zeugin einmal vergeblich geschellt, es wurde ihr aber nicht geöffnet. Am nächsten Morgen, 11. April, hat ihr kleiner 7-jähriger Bruder Willy das Frühstück zur Redenwaldt getragen. Wenn das kleine Mädchen bei der M. klingelte, hat sie zumeist gleich aufgemacht, manchmal aber hat sie auch vorher gefragt, wer da sei. Das Mädchen hat auch für die Redenwaldt einen Tag um den anderen ein halbes Pfund Fleisch eingekauft, der letzte Einkauf dieser Art war am 9. April abends.

Frau Senft, die Mutter des Mädchens, bezeugt, daß das Kind am 10. April nachmittags um 1 1/2 Uhr vergeblich an der Redenwaldtschen Thür geschellt habe und daß am nächsten Morgen der siebenjährige Sohn das Frühstück hingebraucht und den Brotbeutel an die Thür gehängt habe. Ueber die Lebensgewohnheiten und den Besitz der Redenwaldt an Schmuckstücken kann die Zeugin nichts bekunden.

Kaufmann Siegmund Heilmann, der Schwager der Ermordeten, bekundet, daß die erwähnte Postkarte mit dem Ostergruß an seine Frau thatsächlich am 10. April zwischen 12 und 1 Uhr, also zu einer Zeit, als Fräulein Redenwaldt bereits tot war, bei ihm eingegangen sei. Die Schwägerin pflegte auf ein Klingeln an ihre Thür ohne besondere Vorsicht zu öffnen, so daß er ihr öfter Verwahrte in dieser Beziehung gemacht habe. Sie hatte für jeden, der sich ihr bittend näherte, eine offene Hand, und jeder erhielt von ihr kleinere oder größere Gaben. Er glaube kaum, daß sie im Besitz eines Hammers gewesen sei. Der Zeuge nimmt an, daß die 200 M., die nach ihrem Tode noch bei seiner Schwägerin vorgefunden worden, wahrscheinlich von ihr weggesteckt und alsdann vergessen worden seien. Sie pflegte, wie gesagt, ihr Geld irgend wohin zu verstecken, und hielt dieses System der Aufbewahrung für das zweckmäßigste. Auf Verfragen des Vorsitzenden bezeugt der Zeuge, daß seine Schwägerin mit der Zeugin Fräulein Seeger einen engeren freundschaftlichen Verkehr gehabt hat. Wenn sie ihre Gelder erhob, hat sie gewöhnlich bei dem „akademischen Wälder“ gegessen und dort eines Tages das Fräulein Seeger kennen gelernt. Beide hatten sich in ein Gespräch eingelassen und das Fräulein Redenwaldt als alte Dame gern eine Person um sich hatte.

So führte dies dahin, daß — etwa vor 4 oder 5 Jahren — Fräulein Seeger eine Zeit lang in der Bekleidung der Schwägerin aufgenommen wurde. Dieses Zusammenleben dauerte aber nur einige Wochen, es ging auseinander, weil nach einer Mitteilung der Redenwaldt Fräulein Seeger nicht die geeignete Person sei. Der Zeuge weiß von einzelnen Wert- und Schmuckstücken, die seine Schwägerin besaßen, kennt aber die bei Ober beschlagnahmten Gegenstände, die aus dem Besitz der Redenwaldt herrühren sollten, nicht, namentlich auch nicht die drei Ringe, weil er sich niemals über die Schmuckstücke etc. mit ihr unterhalten habe. Auch ihr Bruder, der Superintendent R., habe erklärt, daß er keine Ahnung habe, daß diese Ringe Eigentum der Ermordeten sein könnten. Wichtig ist die Bekundung des Zeugen, daß die Nähmaschine in demselben verschütteten Zustande, in welchem sie seiner Zeit aus der früheren Wohnung in die Sterbewohnung geschafft worden ist, dort vorgefunden ist, so daß es ausgeschlossen erscheint, daß sie inzwischen ausgepackt und wieder verschüttet worden sei.

Lehrerin Fräulein Bornmann ist eine der vom Angeklagten Reumann bestohlenen Damen. Reumann behauptet, daß der verdächtige Siegelring, der angeblich Besitzum der Redenwaldt gewesen sein soll, aus diesem Diebstahl herrühre. Die Zeugin giebt zu, daß ihr ein Siegelring, den sie von einer Dame geschenkt erhalten hatte, gestohlen worden sei, vermag bestimmtes über die Identität des ihr jetzt vorgelegten Ringes nicht zu bekunden, möchte vielmehr eher annehmen, daß es nicht der ihr gestohlene Ring sei. Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Verfassungen.

Die Stadt- und Schirmarbeiter traten am Montag nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rosenow der von den Berliner Parteigenossen angenommenen Resolution gegen die Kornzölle bei. Ferner ersichtete man den Stassenbericht über den Streikfonds für das IV. Quartal 1900: Außer dem Bestand von 510,40 M. betrug die Einnahme 332,20 M., ausgegeben wurden 448 M., so daß ein Bestand von 416,60 M. bleibt. Im Anschluß an die Vorlegung des Jahresberichts der von den Stadtarbeitern für den Streik der Maurer in Halle geleisteten Unterstützungen kam es zu einer längeren Debatte über das Verhalten der beiden Maurerorganisationen in diesem Streik. Die Diskussion wurde jedoch der vorgerückten Zeit wegen ohne irgend eine Beschlußfassung vertagt.

Als Gewerkschaftsdelegierter der Böttcher wurde in einer Versammlung derselben der bisherige Vertreter Kroll wiedergewählt. Außerdem wurde eine Arbeitslosen-Zählung angeregt und erging an die seit dem 1. Januar Arbeitslosen die Aufforderung, sich behufs Kontrolle zu melden. Weiter wurde den Anwesenden ans Herz gelegt, nur den Arbeitsnachweis der Organisationen zu benutzen und überall tarifmäßige Bezahlung zu verlangen.

Hermdorf. Am Sonntag tagte hier eine Volksversammlung, in der Reichstagsabgeordneter Rosenow einen anderthalbstündigen Vortrag über: „Die Jammer der Brotwinzer und das arbeitende Volk“ hielt. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt und die Protokollresolution, welche der Redner am Schluß seines Vortrags verlas, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Posamentierer!

Codes-Anzeige.

Hiermit allen Kollegen und Kolleginnen zur Kenntnis, daß unser Kollege

Oswald Ludewig

(Niedorf), am Mittwoch, den 20. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Kreis-Krankenhaus Brigg beerdigt wird.

Um zahlreiche Teilnahme ersucht

183/1 Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

Den Kollegen zur Nachricht, daß das Mitglied, Herr Tischlermeister

Friedrich Völker,

bisher Brinckenstr. 13, wohnhaft, am 17. d. M. im Alter von 51 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute (Mittwoch) um 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle der Simonengemeinde Mariendorfer Weg in Niddorf aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

198/5 Der Vorstand.

Tankfagung.

Verzichten dankt allen, die meinem unglücklichen Mann, unserem lieben Bruder und Schwager die letzte Ehre erwiesen haben.

Emma Prinz, geb. Hopfe
27235 Haumerstr. 19.

Bockanstich

Bierhaus zum Erlanger

Oranienstr. 113/114.

Selbstgebr., Bierreife, Waldbeeren, Konzert-Vorträge täglich.

Beim 6. Glas 1 Bockorden, beim 12. eine Hochzeit gratis. 8365*

Es lobet ergehen ein

Max Pönlitz.

Droschkenfutcher.

Donnerstag, 21. Februar, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal), Engelauer 15:

Oeffentl. Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Geschichtsausschusses über die dem Innungs-Vorstande im November v. J. überreichten Anträge betreffend Räume zum Sachverständigen etc.
2. Die neue Arbeitsordnung der Innung.
3. Nähere Aufklärung mit Bezug auf die Verwaltung des Agitationsfonds bis zum 17. August 1899.

Das Agitationskomitee der Droschkenfutcher Berlin und Umgegend.

Männer! Lichtenberg. Frauen!

Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokal von Höllich (Schwarzer Adler), Frankfurter Chaussee 120.

Tages-Ordnung:

1. Der geplante Auszug der Agenter.
2. Freie Aussprache.

222/5* Der Vertrauensmann.

Centralverband der Maurer etc.

Zahlstellen Berlin und Umgegend.

Freitag, 22. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung

aller zum Streifgebiet Berlin und Umgegend gehörigen Zahlstellen des Centralverbandes der Maurer Deutschlands.

Tages-Ordnung: 1. Bericht und Neuwahl der Reichsvereinskommission. 2. Stellungnahme zum Beginn des Sammelns zum Streikfonds. 3. Verschiedenes.

Regen Besuch dieser Versammlung erwartet

136/13 Die Verbandsleitung.

Achtung! Musikinstrumenten-Arbeiter. Achtung!

Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

bei Graumann, Naunynstraße Nr. 27.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Streikfonds und Bericht des Vertrauensmanns.
9. Die Einführung der Kopfmuschine in unserm Berufe.
3. Verschiedenes.

141/9 Der Vertrauensmann.

Restaurant d. Gastwirte und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Außerordentliche Generalversammlung der gewählten Vertreter der Kasse am

Freitag, den 1. März 1901, nachm. 3 1/2 Uhr

bei Herrn Bannemöder (Dresdener Garten), Dresdenerstr. 45/4

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Kassenvorstandes bezugl. der Verhandlungen zur Erreichung eines Receptarrabatts von den hiesigen Apotheken und über die etwa hierbei erforderliche Veränderung des Kassensystems.
2. Vortrag des Kassenvorstandes Herrn Dr. Bernheim über: „Die Krankheiten der Gastwirte-Gesellschaften.“
3. Mitteilung des Vorstandes über Statutenänderungen.
4. Freie Besprechung.

1370/18 Berlin, den 20. Februar 1901.

Der Vorstand.
Pöppe, Kraushaar, Vorsitzender. Schriftföhrer.

Verein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte Berlins und Umgegend.

Freitag, den 22. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Lokal des Kollegen Alerke, Schönhäuser Allee 101-102:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Aufnahme neuer Mitglieder.
4. Antrag der Kollegen Bieg und Jauer betreffend das Verhalten des Kollegen Vos.
5. Vereinsangelegenheiten.

Bu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand. H. K.: Ferdinand Ewald.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Heute, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Keller, Köpenickerstr. 29:

Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage und ihre Einwirkung auf unser Gewerbe. 2. Wirtschaftsbereinigungen und Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Vertrauensmännerliste und Mitgliederbuch legitimiert.

78/8 Zur Beachtung! Die Arbeitslosen-Zählweise müssen in dieser Versammlung abgegeben werden.

Die Ortsverwaltung.

Kleber!

Am Mittwoch, den 20. Februar 1901:

Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung der Tarifkommission.
2. Diskussion.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen, ob lokal oder central organisiert, notwendig.

101/2 Der Vertrauensmann: M. Strasser, Uferdammstr. 19.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Teilzahlung wöchentlich 7 Mark. 188/9*

Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.

Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 180,

(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7.

Achtung! Kostümschneider und -Schneiderinnen.

Am Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Oeffentliche Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Ausdehnung der Hausindustrie und der Zwischmetallerei in der Kostümbreiterei. Referent: Kollege Ritter.
2. Diskussion.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes Einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

162/3 Der Vertrauensmann.

Neue Berliner Genossenschafts-Bäckerei

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung).

Sonnabend, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenhaler Hof“, Rosenhalerstraße:

General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bilanz.
2. Anträge zur Statutenänderung.
3. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrats.
4. Geschäftliches.

Der Vorstand.
Karl Höpfer, Geschäftsföhrer. Karl Kotzold, Kassierer.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Bureau: Engelauer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 359.

Mittwoch, den 20. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Konferenz der Vertrauenspersonen für den Süden.

112/1 Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Donnerstag, den 21. Februar, abends 8 1/2 Uhr,

in der „Gambrius-Brauerei“, Wallstraße 94:

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Rosenow über: „Junker und Bauer“.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreichen Besuch ersucht

250/2 Der Vorstand.

+ Herren-Vortrag +

Carl Bruckhoff, Friedrichstraße 10 über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden“ Mittwoch, den 20. Februar, abends 1/2 Uhr in Holzmanns Hof, Lichtentbergstr. 18.

137138

Nur Herren! Eintritt frei! Keine Zellenversammlung!

Metropole der Heils-Armeer.

Das (7840*)

Riesen-Stofflager

Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Mass unter garantiertem Sitz:

- 1. Hochlegante Winterpalatos für 30 M.
- 2. Hochlegante Anzüge für 30 M.
- 3. Hochlegante Bekleidung für 10-12 M.

In allen Preislagen u. 3 M. an p. 100 St. Garantie für reelle und gute Ware, nicht faden. wird zurückgenommen. Cigarren p. 100 St. 50 Pf. bis 3 M. Versand p. Nachnahme d. 200 St. franco.

Th. Förster,

Cigarren-Import und Versand, Liegnitz. [7842*]

Anzüge nach Maß für Herren- und Knaben

Größte Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Kleider etc. werden unter Garantie des guten Sitzes zu überaus billigen Preisen (Qualitätsmaterial) im Tagesgeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Mittwoch, 20. Februar.
Opernhaus. Der Ring des Nibelungen, 3. Abend: Siegfried, Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Der wilde Reutlingen, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Göttergötzen.
Schiller. Rosmersholm, Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag, Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Die Schillingsschwester, Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft, II. Akt, Anfang 7 1/2 Uhr.
Residens. Frauen von heute, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Gattenbesitzer, Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Mam'selle Nitouche, Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Gelfin, Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Bunter Theater: Nebendrei, Akt. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Amor von heute, Anfang 7 1/2 Uhr.
Suisen. Kritik - Paris, Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Damenschneider, Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiß. Die Goldgräber von Kalifornien, Anfang 8 Uhr.
Velle. Alliance, Bourbonnische, Ronheur Vadin, Sein Geheimnis, Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Eine tolle Nacht, Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Des Löwen Erwachen, Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Bummelfreie, Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Steifiner Sänger, Anfang 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Die zwölf unverbrennbaren Fackeln, Anfang nachmittags 3 Uhr. Täglich „D“ - Vorstellung. Rosenmontag.

Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater)
 Mittwochabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
 Im Hörsaal:
Dr. Nass: Moderne Haus- und Zimmer-Desinfektion.
 Um 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Mittelmeerfahrten.
Invalidenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.

Passage-Theater
 Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
 Anfang: Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr, Ende 11 Uhr.
 Die vier Schwestern
TUA in ihrer Neuheit
 Ringelreia-Ubertanz
17. erstklassige Spezialitäten
Hanny Luxa
 die unvergleichliche
 Tyrolenne-Excentrique
Rosendienstag
 Feldweidtragödie in 1 Akt.
CASTANS PANOPTICUM
 Friedrichstr. 165.
 Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
 Die sensationellen Gruppen
 der alten Germanen.
 Der schlesische Zecher und der Teufel. Die Bernauer Bierprobe. — Der Rothenburger Meistertrunk.
 Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle.
Central-Theater.
 Mit vollständig neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen.
 Zum 578. Male:
Die Weisha.
 Minjo: Mia Werber.
 Morgen u. folgende Tage: Die Gelfin. Sonntag: Sonntagsvorstellung 3 Uhr zu halben Preisen: Der Vogelwähler. Dreifach: Eddy Milani.
 In Vorbereitung: San Toy. Chinesische Operette von Sidney Jones. Gastspiel Miss Mary Dalton.
Apollo-Theater.
 Sensationeller Erfolg!
Ada Colley.
Valentine Petit.
 Pepl Glöckner.
Des Löwen Erwachen.
 Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.
 Ferner 8 Spezialitäten.
 Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: nachmittags: Zauber-Souree. Ben-Ali-Bey. (Halbe Preise).

Palast-Theater
 früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Sensations-Februar-Programm.
 8 1/2 Uhr. Präzise! 8 1/2 Uhr.
 Kolossalster Erfolg!
Bummelfreie.
 Große Feste mit Gesang in 5 Akten.
12 Riesen-Schaummern.
 Neu für Berlin:
Das Ernest-Trio, sensationelle Sport-Hochturner.
Carl Jürgensen mit seiner Galie berühmter Männer. Unvergesslich!
Demoiselle Marchetti, einzig bestehende Kräfte-Gymnastin.
 Anfang: Rosenmontag 7 1/2, Sonntag 7 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde.“
 In Vorbereitung: Dr. Nass: „Moderne Haus- und Zimmer-Desinfektion.“ Anfang 8 Uhr.
 Rosen 4 Uhr (zu ermäßigten Preisen). „Mittelmeerfahrten.“
Invalidenstr. 57/62.
 Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Urania * * *
 Taubenstr. 48/49.
 Im Theater
 Mittwochabend 8 Uhr:
Aus dem Tagebuch der Erde.
 Im Hörsaal:
Dr. Nass: Moderne Haus- und Zimmer-Desinfektion.
 Um 4 Uhr zu kleinen Preisen:
Mittelmeerfahrten.
Invalidenstr. 57/62.
Tagl. Sternwarte.

Passage-Theater
 Unter den Linden 22.
D-Vorstellung
 Anfang: Sonntags 12 Uhr, Wochentags 3 Uhr, Ende 11 Uhr.
 Die vier Schwestern
TUA in ihrer Neuheit
 Ringelreia-Ubertanz
17. erstklassige Spezialitäten
Hanny Luxa
 die unvergleichliche
 Tyrolenne-Excentrique
Rosendienstag
 Feldweidtragödie in 1 Akt.
CASTANS PANOPTICUM
 Friedrichstr. 165.
 Neue aktuelle Serie
lebender Photographien.
 Die sensationellen Gruppen
 der alten Germanen.
 Der schlesische Zecher und der Teufel. Die Bernauer Bierprobe. — Der Rothenburger Meistertrunk.
 Im Restaurant: Konzert einer russ. Damenkapelle.

Central-Theater.
 Mit vollständig neuer Ausstattung an Kostümen und Dekorationen.
 Zum 578. Male:
Die Weisha.
 Minjo: Mia Werber.
 Morgen u. folgende Tage: Die Gelfin. Sonntag: Sonntagsvorstellung 3 Uhr zu halben Preisen: Der Vogelwähler. Dreifach: Eddy Milani.
 In Vorbereitung: San Toy. Chinesische Operette von Sidney Jones. Gastspiel Miss Mary Dalton.
Apollo-Theater.
 Sensationeller Erfolg!
Ada Colley.
Valentine Petit.
 Pepl Glöckner.
Des Löwen Erwachen.
 Komische Operette in 1 Akt von J. Brandl.
 Ferner 8 Spezialitäten.
 Kassenöffnung 7, Anfang 8 Uhr. Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag: nachmittags: Zauber-Souree. Ben-Ali-Bey. (Halbe Preise).

Palast-Theater
 früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
 Sensations-Februar-Programm.
 8 1/2 Uhr. Präzise! 8 1/2 Uhr.
 Kolossalster Erfolg!
Bummelfreie.
 Große Feste mit Gesang in 5 Akten.
12 Riesen-Schaummern.
 Neu für Berlin:
Das Ernest-Trio, sensationelle Sport-Hochturner.
Carl Jürgensen mit seiner Galie berühmter Männer. Unvergesslich!
Demoiselle Marchetti, einzig bestehende Kräfte-Gymnastin.
 Anfang: Rosenmontag 7 1/2, Sonntag 7 1/2 Uhr.
 Entree 50 Pf.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: „Aus dem Tagebuch der Erde.“
 In Vorbereitung: Dr. Nass: „Moderne Haus- und Zimmer-Desinfektion.“ Anfang 8 Uhr.
 Rosen 4 Uhr (zu ermäßigten Preisen). „Mittelmeerfahrten.“
Invalidenstr. 57/62.
 Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Mittwochabend 8 Uhr:
Rosmersholm.
 Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen. Deutsch von A. Jun.
 Donnerstagabend 8 Uhr:
Freiwild.
 Freitagabend 8 Uhr:
Rosmersholm.

Metropol-Theater.
 Behrenstr. 55/57.
 Täglich 1/8 Uhr:
Eine tolle Nacht!
 Berliner Knospen-Apothek und das vollständig neue **Februar-Specialitäten-Programm.**
 Anfang 1/8, der tollen Nacht 1/9 Uhr.
 Ständen überall gestattet.
Sonnabend, 23. Februar!
Vierter und letzter Metropol-Theater-Ball.
 In Vorbereitung:
Man lebt ja nur einmal.
 Große Gesangsposse in 5 Bildern.

Sanssouci
 Donnerstag, Sonntag und Montag:
Hoffmanns Nordd. Sänger.
 Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Luftige Bagabonden.
Cirkus Alb. Schumann.
 Heute Mittwoch, 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Grosse außerordentliche Vorstellung, sowie **Beginn der Entscheidungskämpfe zwischen den Siegern.**
 1. Paar: Celeste Moret (Paris) gegen Reinhold Thon (Berlin).
 2. Paar: Georg Stronge (Berlin) gegen Vowet (Belgien). 3. Paar: Hall Adali (Türke) Sultan's Witwe, die jetzt unterliegt, gegen Pietro II.
 Ehren-Schiedsrichter: Herr Professor Reinhold Begad.
 Rest! **Gastspiel der Steppenfönigin!**
 Auftreten des Direktor Alb. Schumann mit seinen großartigen Original-Treffern. Ferner zum 150. Male: **CHINA.** Größtes Manège- und Wasserkauf. 600 Mitwirkende.

Wo amüsiert man sich grossartig?
 Hasenheide 21 und Jahnstr. 5 in **Schnegelsberg's Festhallen.** Aus: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 8002. — Heute: **Grosser Ball,** als **Spezialität: 6 Cigarren- und Apfelsinen-Regen** verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen.
 Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
 Der große Saal nebst Nebenräumen ist Palmsonntag und 1. Pfingstfesttag an Vereine zu vergeben.
Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erfrischte **Direktion:**
 Sonntag 6 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hütt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Thalia-Theater
 Dresdenstr. 72.
 Heute und folgende Tage:
Amor von heute.
 Gr. Ausstattungsposse in 5 Akten u. 7 Bildern von G. Braun.
 Herren: Thomas, Thelmer, Helmerding, Junfermann, Paulmüller.
 Damen: Milten, Milani, Soja, Wannobius.
 Anfang 7 1/2 Uhr.

Cirkus Busch
 Mittwoch, den 20. Februar 1901, abends 7 1/2 Uhr:
Groß. Elite-Abend.
 Auftreten des berühmten amerikanischen **Pferdebändigers** Professor Norton B. Smith.
 Besonders hervorzuheben: Die **großartige Dampfschleife.** Kuber dem: Ararat, arab. Balkenflug, in der hohen Schule geritten von Herrn Durbard-Footitt. Vorzügliche Programmmummern.
 Zum Schluss: **Jum 88. Rase:**
Die eiserne Maste.
 Gr. historisches Manège-Schauspiel in 4 Akten mit 3 Hauptbildern.
Original-Pantomime des Cirkus Busch. — Besonders hervorzuheben: Die Jagd bis in die Cirkus-tupfel hinein.
 Sonntag, 17. Februar, nachmittags 4 Uhr: **Berliner Landparaden**, wozu jeder Erwachsene auf allen Stühlen 1 Kind frei hat; weitere Kinder die Hälfte. — Abends 7 1/2 Uhr: **Die eiserne Maste.**
 Künstl. **Bühne 2 Mark** bekannt vorzüglich.
 Plombieren. Schmerzloses Zahnziehen. Reparaturen in 2 Stunden, auf Wunsch während der Nacht! Sprechzeit 8-8. S. Lange, Ede Rantzstraße.

Wo amüsiert man sich grossartig?
 Hasenheide 21 und Jahnstr. 5 in **Schnegelsberg's Festhallen.** Aus: Max Schindler. — Telefon: Amt IV Nr. 8002. — Heute: **Grosser Ball,** als **Spezialität: 6 Cigarren- und Apfelsinen-Regen** verbunden mit Schlangen- u. Bomben-Regen u. diversen Ueberraschungen.
 Täglich: **Spezialitäten-Vorstellung.** Entree frei.
 Der große Saal nebst Nebenräumen ist Palmsonntag und 1. Pfingstfesttag an Vereine zu vergeben.
Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
 Karlstrasse.
 Wochentags 7 Uhr. Nur erfrischte **Direktion:**
 Sonntag 6 Uhr. **Spezialitäten. J. M. Hütt.**
 Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz ohne Nachzahlung.**

Vermietungen.
Wohnungen.
Zimmer.
Schlafstellen.
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.

W. Noacks Theater.
 Brunnenstraße 16.
Der Mattenfänger von Hameln
 Phantastisches Volksstück mit Gesang in 7 Bildern von G. Braun.
 Donnerstag:
Der Goldneffe.

Passage-Panoptikum
 und Theater.
Die 12 unverbrennb. Fakire
Neu! General Boum,
 der Heilige Mann der Welt.
 Eintritt einschließlich Theaters 50 Pf.

Reichshallen
 Steifiner Sänger.
 Zum Schluss:
Eine Soiree bei Lehmanns.
 Anf. präzis 8 Uhr.
 S. sämtl. Säulen.

Konzerthallen
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
 4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
 Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Patzenhofer Bock!
 Der Ausstoss unsres diesjährigen **Bockbieres** hat begonnen.
 Spandan Berlin Fürstenwalde.
Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen **1 M.** Plomben 1,50 M. **Tellzahl wöchentlich** **1 M. Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahn. Spr. 4-7, Reparatur sofort. * **Zähne** 2 M., Tellz. 1,50 M., Garantie. Schmerzlos. Zahnop. 1 M., Plomb. 1 M. Dr. D. S. Schröder, GutsMuths-Str. 69. (Gold. Medaille.)
Pomrill, alkoholfreier Aepfelmost, bestes erfrischendes Getränk. 1/2 Liter-Flasche: **50 Pf. mit Flasche.** Wiederverkäufer — erhalten Rabatt. — (806 L.
Eugen Neumann & Co. Amt IV. 9676.
 Bellealliance-Platz 6 u. Neue Friedrichstr. 81. Genthinerstr. 29. Oranienstr. 190. Grüner Weg 60. Elgasserstr. 71. Putbusstr. 35. Wilsnackerstr. 25. Schöneberg. Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48. Steglitz, Albrechtstr. 18.

Carl Weiss-Theater
 Gr. Frankfurterstr. 132.
 Die **Goldgräber von Kalifornien.**
 (Wein Kumpan.)
 Anfang 8 Uhr.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonnabendnachmittag 4 Uhr. Kinder-Vorstellung. Kleine Beife. Max und Moritz. Mittwoch, 27. Februar: Kindervorstellung. Nachmitt. 4 Uhr. Auf Verlangen: Tausend und eine Nacht.

Deutsche Konzerthallen
 An der Spandauer Brücke 3.
 Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
 4 ausländische Kapellen.
Bock-Anstich.
 Täglich grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Patzenhofer Bock!
 Der Ausstoss unsres diesjährigen **Bockbieres** hat begonnen.
 Spandan Berlin Fürstenwalde.
Zähne 2 M., 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen **1 M.** Plomben 1,50 M. **Tellzahl wöchentlich** **1 M. Alfred Apenburg,** Invalidenstrasse 33, Nähe Stettiner Bahn. Spr. 4-7, Reparatur sofort. * **Zähne** 2 M., Tellz. 1,50 M., Garantie. Schmerzlos. Zahnop. 1 M., Plomb. 1 M. Dr. D. S. Schröder, GutsMuths-Str. 69. (Gold. Medaille.)

Verkaufe.
Eigengeschäft wegen meiner Ausreise veräußert. Krosdorff, Rosenstraße 61. 4126.
Schlafzimmer (Lage) verkauft. Götting, Albrechtsstr. 2, Willkommstraße. 1411.
Ruhbaummöbel ganze Einrichtung, auch einzeln, billig, Gartenstr. 148, I. Link. 1411.
Möbel auf Teilzahlung Brunsstr. 62. 52/12.
Landbau! Gebrauchte und neue Latzen, Leinen, Kattuns, Bretter, Tücher, Feinherb, Tischplatte, Feuer, billig, Kottbuser Damm 22. 2606b.
Wohnschöner: Adler, Kranz, Ringelreia, Hühner, Wachs- und Wagnerschöner auf Teilzahlung. Kolonialwaren-Str. 118. 4635.
Wohnschöner: Adler, Krone, Sonnenhüter, Ringelreia, sowie Wachs- und Wagnerschöner auf Teilzahlung. Krieg, Kottbuserstr. 136. 2233b.
Wegen Verlass des Hauses mit meine Speicherräume, ca. 60 Quadratmeter, räumen. Verkauf sämtliche Möbel 25 Proz. unter Preis. Brautleuten ist Gelegenheit geboten, Wirtschaften sowie einzelne Stücke, garantierter reeller Ware, billig zu kaufen. Schillingstr. 8-8. Möbelversteiger. Moritzstr. 48. 4635.
Wegen Verlass meines Mannes verkaufe komplette Einrichtungen, auch einzelne Möbel äußerst billig. Admiralstr. 7, Hof (Tischler). 53/12.
Garbinnen und Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Köhler, Gräber Weg 80, parterre. Kein Laden. 5062.
Kanarienvogel, preisgünstig. Gebauer, Weidweg, Urbanstraße 71.
Kanarienvogel verkauft. Brandt, Goldmarkstraße 9. 55115.

Jedes 5 Pfennig. **Wort: 5** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt. **Kleine Anzeigen.** Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Eigengeschäft wegen meiner Ausreise veräußert. Krosdorff, Rosenstraße 61. 4126.
Schlafzimmer (Lage) verkauft. Götting, Albrechtsstr. 2, Willkommstraße. 1411.
Ruhbaummöbel ganze Einrichtung, auch einzeln, billig, Gartenstr. 148, I. Link. 1411.
Möbel auf Teilzahlung Brunsstr. 62. 52/12.
Landbau! Gebrauchte und neue Latzen, Leinen, Kattuns, Bretter, Tücher, Feinherb, Tischplatte, Feuer, billig, Kottbuser Damm 22. 2606b.
Wohnschöner: Adler, Kranz, Ringelreia, Hühner, Wachs- und Wagnerschöner auf Teilzahlung. Kolonialwaren-Str. 118. 4635.
Wohnschöner: Adler, Krone, Sonnenhüter, Ringelreia, sowie Wachs- und Wagnerschöner auf Teilzahlung. Krieg, Kottbuserstr. 136. 2233b.
Wegen Verlass des Hauses mit meine Speicherräume, ca. 60 Quadratmeter, räumen. Verkauf sämtliche Möbel 25 Proz. unter Preis. Brautleuten ist Gelegenheit geboten, Wirtschaften sowie einzelne Stücke, garantierter reeller Ware, billig zu kaufen. Schillingstr. 8-8. Möbelversteiger. Moritzstr. 48. 4635.
Wegen Verlass meines Mannes verkaufe komplette Einrichtungen, auch einzelne Möbel äußerst billig. Admiralstr. 7, Hof (Tischler). 53/12.
Garbinnen und Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Köhler, Gräber Weg 80, parterre. Kein Laden. 5062.
Kanarienvogel, preisgünstig. Gebauer, Weidweg, Urbanstraße 71.
Kanarienvogel verkauft. Brandt, Goldmarkstraße 9. 55115.

Verkaufte eleganter Herren-Winterpaletts und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II.
Nähmaschinen aller Systeme verkauft. Gustav Schmitz, Alexandrienerstr. 7, Hof 2 Treppen. 1438.
Nähmaschinen-Geschäft. Bienenstr. 29. Ohne Anzahlung, wöchentlich 1.00. Lager sämtlicher Systeme, dauerhafte Garantie. — fünfjährige Garantie. — Sonstige Vorzüge, auch durch Postkarte. 483.
Gasthof! Sparpläne! 1.50. Juwelenmacher 6. — Dreischöcker 10. — Bügelapparate billig! Kollman, Ballnertheaterstraße 32. 20015.
Papagenon. Kanarienvogel, Zuchtweibchen, Balzengel, Vogelbauer, Bedienungsmittel, Vogelkutter, Kollmutter (Vogelkutter), Zuchtweibchen, Balzengel, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 101, Kollmutter, Kollmutter. 1492.
Kanarienvogel. Zuchtweibchen, Gedonier, Balzengel, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 13. 23975.
Kanarienvogel. Zuchtweibchen, Zuchtweibchen, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 41. IV rechts. 26705.
Kanarienvogel. Zuchtweibchen, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 87 (Vogelkutter). 26955.
Radrad hochlegant 35,00, Schädle, Schädlestraße 8. 27205.
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anzahlung. Woche 1,00. Verkauf sofort. Postkarte. 1015. Landberg, Landbergstr. 35. 4110.
frische Wurst! Jeden Mittwoch, abends, Donnerstag früh. Empfehlung meine Band-Weber und Blutwurk. Restaurant Gerhardt, Kollmutter, Kollmutter. 77. 418.
Becken. Steppdecken, Postkarte, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 6. 53/18.
Teppiche. Gardinen, Postkarte, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 6. 53/18.
Remontoirs. Regulatoren, Spermgläser, Postkarte, Kollmutter, Kollmutter. 6. 53/18.
Vermischte Anzeigen.
 Français Leçons 0,75. Professeur Parisien Pommereh, Breitestr. 19.
Elektrotechnik. Abendkurs. Risse Tafelarbeiten 24. Jachson. 27005.
Rechtsbureau. Rechtschiller, geschäftlicher Rechtsbeistand. Andreasstr. 6 dreimündig. 12705.
Vorentwurf Dommann, Oranienstr. 57, Moritzplatz. Entwürfen schenkenwir hat abends bis neun.
Photographie. 6 Bist 2 Mark 50, Kollmuttergruppen 12 Bild 6 Mark 80, Kollmutter Gruppe 146. Fertiger. 1497.
Angakobad. Köpferstr. 60. Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 4712.
Maschinen verkauft, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 31. 451.
Maschinen verkauft, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 1. 24975.
Maschinen verkauft, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 62. 172.
Kaufberatung eleganter Herren-garderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20.*
Kaufberatung von Frau Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 48.
Reparatur jeder Art fertige Kleider, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 66. 2. Hof parterre. 23875.
Wohlfühl Salon, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 65. Empfehlung meine Saal nebst Garten Verlassen zu Teilzahlung. Otto Drel. 50405.

Saal und Vereinzimmer empfehle Jannasch, Ziehlstraße 10. 12085.
Saal und Vereinzimmer empfehle Jannasch, Ziehlstraße 10. 12085.
Vereinzimmer frei. Kramm, Scherzstraße 10. 764.
Vereinzimmer und Saal noch einige Tage frei. Gold, Große Frankfurterstr. 133. 741.
Vereinzimmer frei, auch als Badstube, Stepanstraße 31. 1433.
Vereinzimmer mit Piano empfohlen V. Dünz, Blumenstraße 35a.
Vereinzimmer. Piano, bis 50 Personen, Wegend Friedrichshagen, ist Sonntag und Dienstag zu vergeben. Oberstr. 133, Hofamt 92.
Vereinzimmer. Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 25. 27015.
Vermietungen.
Wohnungen.
Zimmer.
Schlafstellen.
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.

Saal und Vereinzimmer empfehle Jannasch, Ziehlstraße 10. 12085.
Saal und Vereinzimmer empfehle Jannasch, Ziehlstraße 10. 12085.
Vereinzimmer frei. Kramm, Scherzstraße 10. 764.
Vereinzimmer und Saal noch einige Tage frei. Gold, Große Frankfurterstr. 133. 741.
Vereinzimmer frei, auch als Badstube, Stepanstraße 31. 1433.
Vereinzimmer mit Piano empfohlen V. Dünz, Blumenstraße 35a.
Vereinzimmer. Piano, bis 50 Personen, Wegend Friedrichshagen, ist Sonntag und Dienstag zu vergeben. Oberstr. 133, Hofamt 92.
Vereinzimmer. Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 25. 27015.
Vermietungen.
Wohnungen.
Zimmer.
Schlafstellen.
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.

Saal und Vereinzimmer empfehle Jannasch, Ziehlstraße 10. 12085.
Saal und Vereinzimmer empfehle Jannasch, Ziehlstraße 10. 12085.
Vereinzimmer frei. Kramm, Scherzstraße 10. 764.
Vereinzimmer und Saal noch einige Tage frei. Gold, Große Frankfurterstr. 133. 741.
Vereinzimmer frei, auch als Badstube, Stepanstraße 31. 1433.
Vereinzimmer mit Piano empfohlen V. Dünz, Blumenstraße 35a.
Vereinzimmer. Piano, bis 50 Personen, Wegend Friedrichshagen, ist Sonntag und Dienstag zu vergeben. Oberstr. 133, Hofamt 92.
Vereinzimmer. Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter, Kollmutter. 25. 27015.
Vermietungen.
Wohnungen.
Zimmer.
Schlafstellen.
Arbeitsmarkt.
Stellungsangebote.

Schwarzblecharbeiter.
 nur adolte tüchtige, für Lokomobilt-fabrik-Beschäftigungen bei gutem Verdienst und dauernder Arbeit gesucht. Persönliche Bedingungen 753/16
Act.-Ges. Orenstein & Koppel,
 Lokomobiltfabrik
Drewitz b. Neubabelsberg.
Achtung! Tapezierer!
 Der Stiel der Firma Töpke dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuhalten. 177/7
 Die Verbandsleitung.
Achtung! Stuccateure!
 Bei den firmen Jäckel, Herrt- wick, Hänska haben sämtliche Kollegen auf Grund des Abgangs, Accord zu arbeiten, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 173/7
 Die Ortsverwaltung.
Achtung! Drechsler!
 An der Möbeldreherei von G. Schmidt, Blumenstr. 30, haben sämtliche Drechsler wegen Verlassen der Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten. 77/6
 Die Ortsverwaltung.
Achtung! Bildhauer!
 An der Werkstatt Neumann & Bunar, Kanitzplatz 14-15, sind Differenzen ausgebrochen und haben sämtliche Kollegen die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten! 20/15
 Die Ortsverwaltung.

Kommunales.

Der städtische Wohnungsausschuss trat in seiner gestrigen Sitzung in die Beratung der Anträge ein, welche auf verschiedene Art und Weise die Errichtung von Häusern mit gefunden kleinen Wohnungen zu fördern bezwecken.

Der Stadtverordnete Nylmann hatte den Antrag eingebracht, die städtischen Behörden wollen einer sich zu bildenden Baugesellschaft städtisches Bauland und Vorhöfe gewähren. Vom Stadtverordneten Haberland waren mehrere Anträge gestellt, die eine Unterstützung gemeinnütziger Baugenossenschaften, sei es durch Ueberlassung städtischer Ländereien, sei es durch Gewährung hypothekarischer Darlehen und die Errichtung von Häusern, in denen ausschließlich städtische Arbeiter und Angestellte untergebracht werden sollen, bezwecken. Die von unseren Vertretern gestellten zahlreichen Anträge finden sich im „Vorwärts“ vom 29. Januar abgedruckt. In die gestrige Beratung wurden von ihren Anträgen nur diejenigen einbezogen, welche die Errichtung von Häusern mit gefunden und billigen kleinen Wohnungen durch die Stadt auf städtischem Terrain und für den Fall der Ablehnung dieser Forderung die Vergabe von städtischen Ländereien im Wege des Erbbaurechts zum Bau solcher Häuser verlangen.

Ihr Begründung des Principals-Antrags wurde ausgeführt, daß der Antrag aus prinzipiellen wie praktischen Gründen gestellt ist. Aus prinzipiellen, weil wir bei unserer Auffassung vom Wesen der Kommune als einer socialen Gemeinschaft verlangen müssen, daß seitens der Gemeinde all die Einrichtungen geschaffen werden, die im Interesse der Allgemeinheit liegen und die geeignet sind, schwere Schäden zu beseitigen oder mindestens zu lindern. Es sei unbestrittene Thatsache, daß die ungeheure Sterblichkeit in den Arbeitervierteln, die das drei- bis vierfache derjenigen in den reicheren Quartieren beträgt, die direkte Folge der schlechten, dampfen und überfüllten Wohnungen ist, in denen die Arbeiterbevölkerung zu hause gezwungen ist. Aus praktischen Gründen werde der Antrag gestellt, weil er die einzig sichere Möglichkeit biete, nicht nur gesunde Wohnungen in genügender Zahl, sondern gesunde und billige Wohnungen herzustellen. Das Schwesternviertel solle niedergelegt, das neue große Rathaus in dem Stroßenviertel an der Stralauerstraße erbaut werden. Hunderte von kleinen Mietern werden dadurch obdachlos gemacht, der Wohnungsmangel werde verschärft, ohne daß seitens der Stadt in irgend einer Weise für Abhilfe gesorgt werde. Es wurden die Bedenken zurückgewiesen, die dahin gingen, daß man solchen Weg nicht betreten dürfe, weil die Stadt alle Mißbürger gleichmäßig behandeln müsse — als ob Berlin bisher irgend etwas gethan hätte, was man als kommunale Wohnungspolitik, sei es auch nur in den Anfangen, bezeichnen könnte — und es wurde auf das Beispiel der zahlreichen anderen Städte verwiesen, die sich nicht durch solche oder andre prinzipielle Bedenken haben abhalten lassen, mit der Errichtung eigener Häuser auf eigenem Grund und Boden vorzugehen. Hierbei gehören die deutschen Städte Freiburg i. Br., Ulm, Strahburg i. El., Schwelm, Kambrecht, Emden, Düsseldorf und in England Glasgow, Greenock, Birmingham, Liverpool, Plymouth, Gubbersfeld und London. Bis zum Ende des vorigen Jahres hatte der Londoner Gräflichkeitsrat für nicht weniger als 1.945.277 Pfund Sterling, also für nahezu 40 Millionen Mark neue Wohnungen errichtet, deren Beaufsichtigung einem eigenen Wohnungs-Direktor unterstellt ist. Es wurde ferner ausgeführt, daß der Vorwurf, der Antrag bezwecke eine unzulässige, einseitige Bevorzugung einzelner Kreise, aus dem Grunde ganz unbegründet sei, weil doch die Miethen so berechnet werden sollen, daß die Verzinsung und Amortisation der angewendeten öffentlichen Mittel gewährleistet wird.

In der Diskussion kam wegen der vorgerückten Stunde nur ein Gegner des Antrags unserer Genossen zu Wort, der die Verpflichtung der Stadt zur Errichtung eigener Häuser verneinte, sich aber einem Versuch mit dem Erbbaurecht nicht abgeneigt zeigte und den beachtenswerten Gedanken anregte, Junggeheirne errichten zu lassen, um die Schäden zu beseitigen, welche das Schlafgängerwesen hervorruft.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Erster Berliner Reichstags-Wahlkreis. Sonntag, den 24. Februar, abends 6 Uhr: Öffentliche Versammlung bei Cohn, Beuthstr. 20. Vortrag des Genossen Dr. Leo Kron: „Warum gibt es mehr Männer als Frauen?“ Nach dem Vortrag: Gemüthliches Beisammensein mit Tanz. Die Vertrauenspersonen.

Ablerhof. Am Donnerstag findet im Lokale von Schmauser die Mitglieder-Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins statt, in welcher Dr. Wollheim über: „Die Lebenshaltung als Kulturträger“ sprechen wird. Gäste willkommen.

Dalldorf. Endlich nach anderthalbjährigem Kampfe ist es den Genossen hier am Orte gelungen, ein Lokal frei zu bekommen. Es ist das Lokal „Zur Windmühle“ von Hermann Kroll, welches nun den Genossen zur Verfügung steht. Wir bitten die Arbeiterchaft von Dalldorf, nunmehr die übrigen Lokale im Dorfe zu meiden. Der Wahlverein.

Lokales.

Von der alten Charité.

In der letzten im Reichstage geflohenen Debatte über die Mißstände in der Berliner Krankenhausen beleuchtete und geißelte hauptsächlich der socialistische Abgeordnete Antrich die unwürdigen Verhältnisse in diesen Anstalten. Dabei gedachte der Abgeordnete u. a. auch der Charité, der als Igl. Institut nicht minder schwere Vorwürfe in dieser Beziehung gemacht wurden. Doch es darselbst, was Verpflegung, Wartung und Aufenthalt der Kranken betrifft, schon in der sogenannten „guten alten Zeit“ sehr schlimm, freilich noch viel schlimmer als jetzt bestellt war, finden wir in den vor 200 Jahren erschienenen, von Rosmann herausgegebenen „Denkwürdigkeiten der Mark Brandenburg“ bestätigt. Der lutherische Prediger an der Charitékirche hatte den für damalige Zeiten außerordentlichen Mut, in den „Denkwürdigkeiten“ einen Anstoß zu veröffentlichen, der die Mißstände in dem löhnl. Krankenhause unbedarft aufdeckte. Danach belamen die Krankenwärter, welche sich meistens aus „gesund“ gewordenen Patienten der Anstalt rekrutierten, monatlich 12 Groschen, der Viehwärter der Charité dagegen 1 Thaler monatlich. Unter dem männlichen Aufsichtspersonal fanden sich mehrere Epileptiker und andre Gebrüchliche, die selbst oft der Wartung bedurften. Die Küchenjungen in der Charité schildert der Pastor an einer Stelle wörtlich: „Diese Küchenjungen sind nun die liebenswürdigsten Personen, die gewöhnlich zuvor träge oder syphilitisch waren. Ihre trüglichen Kleidungsstücke werden auch nicht gewechselt, sondern mit denselben betreffen sie das Essen zu. Mit dem monatlichen Sold von vier (4) Groschen können sie ihre Bedürfnisse nicht befriedigen, daher sie gewöhnlich von den zubereiteten Speisen etwas entwinden und, da sie es außer dem Hause nicht gut unterbringen können, es an die Kranken verkaufen. Die Speisen werden in großen eisernen Kesseln zubereitet, die den Gruppen eine bläuliche Farbe geben. Die Suppen sind von altem Fett, das fleisch hart und die sämigerie Quitt mit Salz durchknetet, des fesselharten Käses nicht zu gedenken, der nicht zerschmilzt, sondern geprügelt werden muß. Die Wurst verdirbt bei warmer Witterung gar zu leicht, wie denn vor einem Jahre 300 solcher Würste den Händen vorgetworfen werden mußten. Eben diese Speisen erhalten auch die Schwangeren. Des sauren Biers will ich auch noch erwähnen.“ — Der Verfasser kommt sodann zu dem Mangel an reinlicher

Wäsche in der Charité. Die daselbst beschäftigten Wäscherinnen erhielten ebenfalls die miserable Entlohnung von 4 Groschen monatlich. Es ist kein Wunder, daß, wie es in dem Artikel heißt, bei solcher Bezahlung die Wäsche beim Anziehen fast ebenso schmutzig wie beim Ausziehen war. Die eigene Unterbekleidung der Patienten wurde von den Wäscherinnen häufig gestohlen. Im Hospital wimmelte es von Flöhen, Läufern und Wanzen und konnte das Ungeziefer in den Kleidungsstücken nur durch Ausbrennen etwas vermindert werden. Das Feigen der Stuben geschah nach dem Kalender, ohne Rücksicht auf außerordentliche Umstände. Die Sorge für Beleuchtung der Krankenzimmer und Flure war so mangelhaft, daß gewöhnlich um die zehnte Abendstunde bereits die Lampen verloscht waren. Ueber die Wohnung der Charité-Hospitaliten sagt der genannte Prediger: „Daß unsere Viehhäute reinlicher und bequemer sind als die Stuben dieses Hospitals, davon kann sich ein jeder überzeugen, ebenso liegt auch ein anderer Flögel im tiefsten Schmutz vergraben.“ Der Mangel an Aufwärtinnen in der Charité zu jener Zeit führte mitunter zu furchtbaren Katastrophen daselbst. In einer Stube lagen im Jahre 1798 12 Geisteskrante zusammen, die des Nachts ohne alle Aufsicht waren. Am 18. Mai desselben Jahres fand man einen davon früh morgens tot liegen. In derselben Stube wurde ein Soldat von seinem geisteskranten Nachbar zur Nothzeit betört mißhandelt, daß derselbe auf den Kopf lief und sich „an einem Baum erhängte“. Die Behandlung Wahnsinniger, oder Melancholischer, wie man diese Kranken damals nannte, war ebenfalls unverantwortlich. Einzelnen Geisteskranten wurden auch, wie der Verfasser offen auspricht, Ketten angelegt, welche die Haut zerrißen.“ Einem geisteskranten Offizier, dem hitzige Getränke unterzogen waren, verschaffte ein Wärter trotz dem Branntwein. Durch die entzündete Veranfassung schlug der Offizier alle Fenster ein. Anstatt den gewissenlosen Wärter zu bestrafen, wurde der Geisteskrante „weil er nicht männlich gehandelt, auf Schlechte r Koss gesetzt“. Der Anstalt gipfelt in den eigenen Worten des Verfassers darin, daß „die Einrichtungen der Charité erbärmlich sind“.

Eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die Ausübung privater Wohltätigkeit wird in dem neuesten Jahresbericht des Berliner Aylvereins für Obdachlose“ erörtert. Dieser Verein ist — im Gegensatz zu den meisten andren wohltätigen und gemeinnützigen Vereinen — der Ansicht, daß die Hilfe, die er den Obdachlosen gewährt, nicht lediglich eine Leistung freiwilliger Wohltätigkeit ist, sondern einen Beitrag zur Erfüllung einer unabweierbaren socialen Verpflichtung bedeutet. In den Anfängen des Aylvereins gilt nicht nur das Princip der Anonymität, der bedingungslosen Gewährung von Hilfe ohne Erforderniß der Personlichkeit des Hilfsbedürftigen oder der Ursachen seiner Hilfsbedürftigkeit, sondern es wird auch hier die sogenannte moralische Legitimation, d. h. der von dem Hilfsbedürftigen durch eine Arbeitsleistung zu führende Nachweis eines berechtigten Anspruchs auf Hilfe, nicht gefordert. Diese Grundsätze hat der Verein von ersten Augenblick an vertreten. (Schon in der Verammlung vom 30. November 1868, der die Begründung von Aylen beschloß, wurde die Resolution gefaßt: „In den Vereinsakten muß das Glend ungelohnt und ungenannt kommen und gehen.“ Die Polizei darf die Schwelle des Aylhauses nicht betreten.“) Der Verein hat sich auch in den nunmehr 32 Jahren seines Bestehens niemals von seinen Anschauungen abbringen lassen, obwohl es Zeiten gab, in denen sogar sein Fortbestand gefährdet schien, weil er sich zu keinem Juridischen bereit finden ließ. Die bisher betolgen Grundsätze sind in den Jahresberichten und andren Veröffentlichungen des Vereins wiederholt durch theoretische Darlegungen und an der Hand vieljähriger praktischer Erfahrungen als richtig nachgewiesen worden. Wenn sie in dem neuesten Berichte noch einmal erörtert werden, so geschieht das mit Rücksicht auf den Angriff, den sie neuerdings in der aus Anlaß der Pariser Weltausstellung im Auftrage des Gruppenvorstands der „Deutschen Untergruppe für sociale Wohlfahrtspflege“ verfaßten Schrift „Socialer Wohlfahrtspflege in Deutschland“ von Prof. Dr. G. Albrecht erfahren haben. In dem Bericht wird darauf unter andrem erwidert, daß die Forderungen der Individualisierung und der moralischen Legitimation zwar in bestimmten Zweigen der Armenpflege durchaus berechtigt seien, aber den Obdachlosen gegenüber dazu führen würden, daß sie, statt wirksame Hilfe zu erhalten, direkt geschädigt würden. Die Obdachlosigkeit ist meist ein seit langem sich entwickelndes persönlicher Nothstand, bei dem in einem gegebenen Augenblick das Glend den höchsten Grad erreicht. Hier ist sofortige, durch nichts verzögerte Hilfe nötig, die nicht nur materielle Unterstützung bietet, sondern auch die Persönlichkeit schon. Das Prinzip der Individualisierung hier anwenden wollen, das sei, sagt der Bericht, ebenso logisch, wie wenn man einen Ertrinkenden nach seinem Voh frage, ehe man ihn dem Wasser entreiße. Daß der Hilfesuchende durch eine Arbeitsleistung seine Würdigkeit nachweise, daß sei in einem großstädtischen Ayl haus aus technischen Gründen unausführbar, es hindere aber auch den Obdachlosen, sich Arbeit zu suchen, so daß die Unterstützung sogar zweckwidrig sei. In dem Grundsatz der moralischen Legitimation durch Arbeitsleistung laieine für den Obdachlosen geradezu das perpetuum mobile der Noth gefunden zu sein.

Schutz-Stellungnahme gegen die bekannte Aeußerung des Justizministers Schönstedt über die Anstellung sächsischer Rotare circulirt gegenwärtig unter den Rechtsanwältinnen der Reichshauptstadt eine Liste, um Unterschriften zum Zwecke der Einberufung einer Anwaltskammer - Sitzung zu erlangen. Es sind statistisch 250 Unterschriften erforderlich, um den Vorstand zu veranlassen, eine bezügliche Sitzung einzuberufen. Die Anwaltskammer soll beauftragt werden, gegen die in den Reden des Herrn Ministers gegebenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

Einrichtung von Sitzgelegenheit für Angestellte in Verkaufsstellen. Der Polizeipräsident bringt die auf Grund von § 139h Abs. 1 der Gewerbe-Ordnung vom Bundesrat über die Einrichtung von Sitzgelegenheit für Angestellte in offenen Verkaufsstellen erlassenen Bestimmungen zur öffentlichen Kenntnis mit der Anforderung an die Inhaber offener Verkaufsstellen, rechtzeitig dafür Sorge zu tragen, daß vom 1. April ab in ihren Verkaufsstellen für das männliche und weibliche Hilfspersonal ausreichende geeignete Sitzgelegenheit vorhanden ist. Die Bekanntmachung lautet: 1. In denjenigen Räumen der offenen Verkaufsstellen in welchen die Kundschaft be sitzt, sowie in den zu solchen Verkaufsstellen gehörenden Schreibstuben (Comptoiren) muß für die daselbst beschäftigten Schülern und Lehrlinge eine noch der Zahl dieser Personen ausreichende geeignete Sitzgelegenheit vorhanden sein. Für die mit der Bedienung der Kundschaft beschäftigten Personen muß die Sitzgelegenheit so eingerichtet sein, daß sie auch während längerer Arbeitsunterbrechungen benutzt werden kann. Die Benutzung der Sitzgelegenheit muß den be zogenen Personen während der Zeit, in welcher sie durch ihre Beschäftigung nicht daran gehindert sind, gestattet werden. 2. Unberührt bleibt die Befugnis der zuständigen Behörden, im Wege der Verfügung für ein Jahr offene Verkaufsstellen (§ 139g der Gewerbe - Ordnung) oder durch allgemeine Anordnung für die offenen Verkaufsstellen ihres Bezirks (§ 139h Abs. 2 a. a. O.) zu bestimmen, welchen besondern Anforderungen die Sitzgelegenheit in Rücksicht auf die Zahl der Personen, für welche sie bestimmt ist, sowie hinsichtlich ihrer Lage und Beschaffenheit genügen muß. 3. Die vorstehenden Bestimmungen treten mit dem 1. April 1901 in Kraft.

Stadtschulrat Gerstenberg hat von der Regierung die Befähigung erhalten.

Zur Errichtung eines Haydn-Mozart-Beethoven-Denkmal im Tiergarten sind von beiden sächsischen Körperschaften 12.000 M. bewilligt worden. Das Denkmal soll noch in diesem Jahre fertig gestellt werden.

Pünspennig-Omnibuslinien will nun auch die Neue Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft einrichten, die Gesellschaft, die zuerst die Pünspennig-Zustreden zur Einführung brachte, während die ersten Omnibuslinien, auf denen die ganze Fahrt 5 Pünspennig kostet, von der ehemaligen Omnibus-Gesellschaft „Reform“ eingeführt worden sind und jetzt vom Berliner Spediteur-Verein mit zwei Linien fortgesetzt werden. Die neue Pünspennig-Omnibuslinie soll den R o r i p l a z mit dem Hermannplatz in Hixdorf verbinden. Die neue Einrichtung dürfte in der Hauptsache mit auf die Wirkung des Pünspennig-Tarifs bei der Großen Berliner Straßenbahn zurückzuführen sein. Der Großentaris hat den Omnibus-Gesellschaften eine wesentliche Einbuße an ihren Einnahmen gebracht. Wer weitere Strecken fahren will, zieht die Straßenbahn, die schneller und bequemer ist, vor.

Wieder ein brennender Straßenbahnwagen. Ein Wagen der Linie Hermannplatz-Centralbahnhof geriet vorgestern Nachmittag an der Ecke der Kommandanten- und Oranienstraße plötzlich in Brand. Während der Wagen in voller Fahrt begriffen war, schlugen aus dem Heizungslosten Flammen hervor. Der Fahrgäste bemächtigete sich die größte Verwirrung und nur dem Umstände, daß der in Brand geratene Wagen, dessen Innenraum bald völlig verqualmt war, nur wenige Passagiere zählte, ist es zu danken, daß alle Insassen ohne Verletzung mit dem bloßen Schreden davonkamen.

Ein internationaler Taschendieb konnte am Sonntagmorgen um 6 Uhr in der Passage gerade in dem Augenblick abgefaßt werden, als er in der besten Arbeit war. Schon am Tage der zweihundert-Jahresfeier war der sächsisch-junge Mann mit seinem sächsischen Ansehen der Kriminalpolizei unter den Fingern aufgefallen, doch konnte man ihn wegen seiner großen Gewandtheit und bei dem starken Gedränge nicht festnehmen. Am Sonntag war er nicht so vorsichtig. Er nennt sich Guido Raganzi, will der Sohn eines Papierfabrikanten in Florenz sein und gab auch anfangs an, der italienischen Armee als Offizier anzugehört und sich zum Studium der deutschen Sprache in Deutschland aufzuhalten. Als man ihm aber die Taschendiebereien auf den Kopf aufzählte, gab er keine Antwort mehr und verstand auch nicht mehr deutsch. Nach den angefertigten Ermittlungen bewohnt er seit Mitte Dezember v. J. ein möbliertes Zimmer und ist als Agent angemeldet. Die Polizei hat ihn in Haft behalten und dem Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Der dreiste Dieb, der in Charlottenburg mehrere Kerze gestohlen und beizwunden hat, wurde gestern in einem Wirtschaft in der Wilmershofer Höhe, wo er seit längerer Zeit verkehrte, festgenommen. Er nannte sich Hans Richter und hatte fast immer viel Geld und auch Wertsachen bei sich. Vor einigen Tagen wollte er bei dem Wirt einen go - Chronometer, ein angelegliches Erbstück, verpfänden. Die in Charlottenburg entwandete sächsische Garettensohle wollte er dort zum Gländern machen. Auch andere Sachen, wie einen kleinen Totenkopf aus Elfenbein, aus dem eine Schlang herausbrang, zeigte er täglich. Die Festnahme erfolgte auf Veranlassung eines früheren Polizeibeamten, der den Dieb aus der Zeitungsbekanntmachung erkannt hatte.

Eine abgefeimte Taschendiebin, die in Schwerin a/W. wohnt und in Berlin ihre Gastrollen gab, um dann wieder nach der Heimat zu verschwinden, wurde am Sonntagabend abgefaßt, als sie ihre langen Finger in die Tasche einer Dame verfenkte. Manchmal war sie schon bei Verhören beobachtet worden. Eine Geldtasche, die eine geringe Summe und einen kleinen Ring enthielt, hat sie zugestandenemachen einem Dienstmädchen in der Central-Markthalle gestohlen; eine größere Summe von etwa 50 M. — die sie in einer Tasche des Unterrucks trug, — will sie aus Schwerin mitgebracht haben, um einzulösen.

Zwischen zwei Baumstämmen zerquetscht wurde am Montag, den 45. Jahre alte Arbeiter August Madde aus der Dieffenbacher Str. 54. Im Dienste eines Fuhrerwerks befand er sich bei einer Schneidemühle in der Britze Str. 19, um eichene Stämme abzuladen. Dabei glitten zwei Stämme herunter, und A. kam bei dem Versuch, zur Seite zu springen, dazwischen und wurde zerquetscht. Man versuchte noch, ihm im Krankenhaus am Urban Hilfe angedeihen zu lassen, doch war der Tod während der Fahrt dorthin bereits eingetreten.

Das Warten der Censur. Dem Festkomitee des Valles der „Lütigen Blätter“ am 20. d. M. ist die Veranstaltung eines Drauf-, Prüfer- und Drunterbreitels über der Censur“ gestrichen worden. Das Komitee hat sich daher entschlossen, eine M o r a - O b i t u e (S. m. b. N.) an dem Abend ins Leben zu rufen, für die erste Künstler unter Berliner Bühnen sich verpflichtet haben. Die eigend dazu unter sittenpolizeilicher Aufsicht nach Entlohnung von Mitarbeiter der „Lütigen Blätter“ gemalten Dekorationen sind von der bekannten Firma Georg Hartwig u. Co. hergestellt. Biletverkauf am Abend findet nicht statt.

Im Apollo-Theater hat das Programm eine sehr beachtenswerte Bereicherung erfahren. Seit einiger Zeit gastiert hier Pepi Wilschener vom Wiener Volkstheater, die über eine volltönende, geistreiche Stimme verfügt; zudem bietet ihr Repertoire eine Auswahl recht humorvoller Comedies, die mit viel Geschick zum Vortrag gebracht werden. Eine bedeutende Künstlerin des Gesangs hat die Bühne seiner in A d a C a l l e y erhalten, die in so hellen reinen Tönen die höheren Stimmlagen beherrscht, wie es nur wenigen vergönnt ist. Das Intermezzo zur Caballeria, das sie am Montagabend bei ihrem ersten Auftreten sang, fand geradezu begeisterte Aufnahme.

Uranis. Am Freitag abends 8 Uhr wird im Hofsaal der Urania, Lindenstraße, der bekannte französische Schriftsteller und Sportman G. P. Van Gontems aus Paris, welcher in 1/2 Jahren die Erde 3 1/2 Mal bereist hat und sich jetzt, auf dem Rückwege befindlich, in Berlin aufhält, einen Vortrag über seine Erlebnisse auf dieser unter ganz ungewöhnlichen Umständen zurückgelegten Zuhreise halten. Der Vortrag wird in deutscher Sprache gehalten werden.

Orgelvortrag. Donnerstag von 7-8 Uhr veranstaltet Organist Verh. Jürging in der Heilig-Kreuz-Kirche am Halleschen Thor das nächste Kirchengelänge unter Mitwirkung von Fr. Hedwig Barlow (Sopran), Fr. Joh. Haase (Orgel) und Herrn Kay Keller (Violin). Passionsprogramm. Der Eintritt ist frei.

Essentielle Hygiene-Vorträge der Centralcommission der Krankenlassen. Donnerstag, den 21. und Freitag, den 22. Februar: „Gewerbe-Inspektion und Gewerbe-Hygiene.“ Nachdem die Gewerbe-Inspektion seit vielen Jahren besteht, betrifft über die Bedeutung dieser hochwichtigen Staatsanstellung selbst bei den am meisten Interessierten, den Arbeitern, noch große Unkenntnis. Und doch kann die Gewerbe-Inspektion erst dann mit vollem Erfolge wirken, wenn sie das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Es ist auch für die am Reichstuge befaßt worden, daß die Gewerbebeamten so wenig Gelegenheit haben, mit den Arbeitern persönliche Beziehungen anzuknüpfen. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß die Centralcommission der Krankenlassen nicht nur die Bedeutung der Gewerbe-Inspektion als solche in den Vorträgen einbezogen hat, sondern daß, neben dem auf dem Gebiet der Gewerbe-Anstalten hochverdienenden Arzt, nur Beamte der Gewerbe-Inspektion das Referat übernommen haben. Der großen Bedeutung des Abends entsprechend, findet der Vortrag, wie oben vermerkt, an zwei Tagen statt: Am Donnerstag in den Schul-Rufen Nordstr. 49, Schulhaus Nr. 100a, Anienanstr. 7, Bierbrauer Str. 27. Vortragende: die Herrin Regierungsrat und Gewerbeamt Hartmann, Gewerbe-Inspektor Dr. Kauf, Gewerbe-Inspektion's Assistent Dr. Weiser, Gewerbe-Inspektor Th. Horn. Am Freitag in den Schul-Rufen Reibstr. 31/32, Panzer Str. 128, Winterfeldtr. 18. Vortragende: die Herrin Gewerbe-Inspektion's Assistent Dr. Günthermann, Dr. Theodor Sommerfeld, Gewerbe-Inspektor Donath, Gewerbeamt Professor Wente. Beginn der Vorträge pünktlich 8 1/2 Uhr abends. Zutritt für jedermann unentgeltlich ohne Legitimation.

Der Verhütungsausschuss im Verein für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend nimmt seinen Anfang am 26. Februar. Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute, welche zum 1. April Verhütung einzuführen wünschen, und sich bereit erklären, dieselben nicht nur in ihrem Verfaße gründlich auszubilden, sondern auch zum regelmäßigen Besuche der Fort-

